

**Bericht der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“
gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 26. Mai 1981
— Drucksache 9/411 —**

Inhaltsverzeichnis	Seite
<i>I. Auftrag und Durchführung</i>	5
Beschluß und Auftrag	5
Mitglieder und Sachverständige, Sitzungen	5
Vorliegendes Material	6
Selbstverständnis der Kommission	7
Reaktionen der Öffentlichkeit und der Jugend	7
<i>II. Erscheinungsformen des Jugendprotestes in den letzten Jahren</i>	8
Geschichtliche Hintergründe	8
Bürgerinitiativen, Ökologie- und Friedensbewegung	8
Alternative Lebensformen	8
Passiver Protest	8
Absichten des Protestes	9
Gemeinsamkeiten	9
Umfang der Protestbewegung	9
Zum Engagement von Jugendlichen	9
<i>III. Zum Jugendprotest in westeuropäischen Ländern</i>	9
Allgemeine Erscheinungsformen	9
Niederlande	10
Dänemark	10
Schweiz	11
Frankreich	11
Italien	11
Großbritannien	12
Folgerungen	12
<i>IV. Gründe und Hintergründe der neuen Protestbewegung</i>	12
Gesamtgesellschaftliche Probleme	12
Jugendliche über sich selbst	13
Jugendprotest und Erziehung	13

	Seite
Jugendprotest und Generationenkonflikt	13
Zur Problematik des Aussteigens	14
Zukunftsangst und Ohnmachtsgefühle	14
Der „neue Mangel“	14
Veränderungen in der Familie	14
Unpersönlichkeit der Gesellschaft	15
Jugend ohne Zukunft	15
Neues Engagement	15
Wertwandel und Sinnfrage	15
Bewertung des Wertwandels	15
— Arbeitsmoral	16
— Konsummoral	16
— „Postmaterialistische Werte“	16
Jugend und Leistung	17
Leistungsbewertung in der Schule	17
Politische Einstellungen von Jugendlichen	19
Entfremdung zwischen Jugend und Politik	19
Doppelte Erwartungen an den Staat	19
Erfahrungen mit dem Staat	19
Kritik am Staat	19
Zur Frage der Gewalt	20
Staatliches Gewaltmonopol	20
Legalität und Legitimität	20
Die Frage nach der Amnestie	20
Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz	21
Glaubwürdigkeit von Politik und Politikern	21
Fragwürdiger Dialog mit der Jugend	21
Vertrauen zurückgewinnen	21
Wertgrundlagen der Politik verdeutlichen	21
Jugend im Abseits — Gefahr für die Demokratie	22
V. Lösungsvorschläge	22
Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsfragen	22
— Auswirkungen von Arbeitslosigkeit	22
— Arbeitslosigkeit und Jugendprotest	23
— Berufsausbildung	23
— Arbeitsmarkt	23
— Mehr Ausbildungsplätze	23
— Rechte der Jugendvertreter stärken	25
— Arbeitslosigkeit bekämpfen	25
— Arbeitszeitverkürzung	25
— Berufliche Eingliederung	26
Alternative Projekte	26
— Zielsetzungen	26
— Förderungsmöglichkeiten	27
Zur Situation der Mädchen und jungen Frauen	27
— Jugendprotest und junge Frauen	27
— Mädchen in der Ausbildung	28
— Junge Frauen auf dem Arbeitsmarkt	28

	Seite
— Junge Frauen in Beruf und Familie	28
— Lösungsmöglichkeiten	29
Zur Lage der ausländischen Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland	29
— Zahlenangaben	29
— Probleme der Integration	30
— Ausbildungsfragen	31
— Freizeit	31
— Aufenthaltsrechtliche Fragen	31
Schule und Hochschule	32
— Schule und Gesellschaft	32
— Vorschläge	32
Ausbildungsförderung	33
Familie — Ort der Solidarität und der Geborgenheit	33
Wohngemeinschaften, nichteheliche Lebensgemeinschaften	34
Für ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Jugend und Staat in der Gemeinde	34
Jugendhilfe	35
Wohnraum als Lebensraum	35
Lösungen zur Hausbesetzerfrage	35
Außen- und Sicherheitspolitik	35
— Zur Friedensproblematik	35
— Militärische Friedenssicherung	35
— Alternativen entwickeln	36
— Die NATO: Grundlage unserer Sicherheit	37
— Rüstungsbegrenzung ist notwendig	37
— Abschreckung auf hohem Rüstungsniveau	37
— Zur Notwendigkeit, das Rüstungsniveau in Ost und West zu verrin- gern	37
— Internationale Aspekte	38
— Bundeswehr und Wehrpflicht	38
— Kriegsdienstverweigerung	38
— Zur Lage der Wehrpflichtigen	39
Kontroversen in den Parteien austragen	39
Öffnung der Politik	40
Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit	40
Ehrenordnung für Parteien	40
Verfassungstreue im öffentlichen Dienst	40
Polizeieinsatz und Demonstrationsrecht	40
Dezentralisierung in der Gesellschaft	41
Kleine Einheiten	41
Aktives Engagement und demokratische Entwicklung	41
<i>VI. Zukunftsperspektiven</i>	<i>41</i>
Zukunftsbilder entwerfen	41
Entwicklungshilfe als politische Aufgabe	42
Der Mensch in der Industriegesellschaft	42
Humane Zielsetzungen für die Technik entwickeln	42
Aspekte des Arbeitsmarktes	43
Humanisierung der Arbeitswelt	43

	Seite
Wachsende Bedeutung der Freizeit	44
Wohnen menschlicher gestalten	44
— Stadtplanung	45
— Soziale Beziehungen fördern	45
— Selbsthilfe unterstützen	45
— Jugendlichen Raum lassen	46
— Neue Formen des Wohnungsbaus	46
Schonender Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen	46
— Ökologische Zusammenhänge beachten	46
— Gigantomanie verhindern	46
— Umweltpolitik und Arbeitsmarkt	47
— Umweltfreundliche Technologien entwickeln	47
Entscheidungsspielräume offenhalten	47
<i>VII. Folgerungen aus der Arbeit der Enquete-Kommission</i>	<i>48</i>
Kritische Erwartungen	48
Aufgaben und Grenzen einer Enquete-Kommission	48
Politik als Prozeß	49
Bereitschaft zum Zuhören	49

I. Auftrag und Durchführung

Beschluß und Auftrag

Der Deutsche Bundestag hat am 26. Mai 1981 die Einsetzung der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ beschlossen. Grundlage war die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit (Drucksache 9/411), die den Auftrag der Kommission wie folgt bestimmt:

Die Enquete-Kommission hat die Aufgabe, Ursachen, Formen und Ziele der Proteste junger Menschen, die sich beispielsweise in Demonstrationen, Gewaltanwendung, bewußtem Hinwenden zu alternativen Lebensformen oder teilweise auch in der resignativen Abwendung von der Gesellschaft äußern, zu untersuchen. Dabei sollen auch Erfahrungen, die in anderen europäischen Ländern gemacht wurden, berücksichtigt werden.

Die Enquete-Kommission soll Möglichkeiten für eine Verbesserung des Verständnisses zwischen den Generationen, zwischen Jugend und Politik sowie für eine Förderung von Demokratie- und Staatsverständnis der jungen Menschen aufzeigen. Sie soll prüfen, welche Wege möglich und notwendig sind, um die Lage der Jugend zu verbessern und Spannungen abzubauen, die auf unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Lebenseinstellungen beruhen.

Es soll auch die Frage geprüft werden, ob gesetzgeberische Maßnahmen insbesondere in den Bereichen der Jugend-, Familien-, Bildungs-, Wohnungs-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Rechtspolitik erforderlich sind.

Mitglieder und Sachverständige, Sitzungen

Für die Enquete-Kommission wurden von den Fraktionen folgende Mitglieder des Deutschen Bundestages benannt:

- CDU/CSU-Fraktion: Abg. Paul Breuer
(ab November 1982)
Abg. Frau Irmgard Karwatzki
(bis November 1982)
Abg. Alfred Sauter
(Ichenhausen)
Abg. Matthias Wissmann
- SPD-Fraktion: Abg. Rudolf Hauck
Abg. Gerhard Schröder
(Hannover)
Abg. Frau Margitta Terborg
- FDP-Fraktion: Abg. Norbert Eimer (Fürth)

Ferner benannten die Fraktionen als Sachverständige:

- Prof. Dr. Roman Bleistein
- Frau Anke Brunn, MdA
- Prof. Dr. Henrik Kreutz
- Pfarrer Horst Seeger
- Prof. Dr. Johano Strasser.

Die Enquete-Kommission Jugendprotest im demokratischen Staat wurde am 2. Juli 1981 konstituiert. Nach Vereinbarung im Ältestenrat bestimmte die Kommission den Abgeordneten Wissmann zum Vorsitzenden und den Abgeordneten Hauck zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Die Verwaltung des Deutschen Bundestages stellte der Kommission ein Sekretariat unter der Leitung von Ministerialrat Dr. Eckart Busch mit den Verwaltungsangestellten Dr. Werner Gründler, Christoph Böhr, Oberamtsrat Gernot Weiß und den Verwaltungsangestellten Frau Helga Gieb und Frau Ute-Sibylle Weller zur Verfügung.

Die Kommission hielt in der Zeit vom 2. Juli 1981 bis 12. Januar 1983 32 Sitzungen ab.

Am 23. November 1981 führte sie in Bonn außerhalb des Bundeshauses eine Gesprächsrunde mit 33 jungen Menschen aus den Protestbewegungen und der Alternativszene durch.

Am 30. November 1981 veranstaltete sie eine Anhörung von Sachverständigen; am 1. Dezember 1981 wurden Vertreter von Jugendverbänden befragt. Am 7. und 8. Februar 1982 verschaffte sich die Kommission in Berlin durch Gespräche mit Hausbesetzern, durch den Besuch verschiedener alternativer Projekte sowie durch einen Gedankenaustausch mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Vertretern der Senatsverwaltung sowie mit Mittlern und Paten von Hausbesetzern wie der Evangelischen Kirche, dem Verein SO 36 und dem Sozialpädagogischen Institut einen Eindruck über die Probleme der Protestbewegung vor Ort.

Am 28. April 1982 verabschiedete die Kommission einvernehmlich den Zwischenbericht (Drucksache 9/1607), der am 3. Mai 1982 dem Präsidenten des Deutschen Bundestages übergeben wurde. Der Deutsche Bundestag führte am 28. Mai 1982 eine ausführliche Debatte über diesen Zwischenbericht (Plenarprotokoll 9/104).

Eine weitere Anhörung von Sachverständigen, Verbandsvertretern und Jugendlichen am 14. Juli 1982 brachte weitere Anregungen für die künftige Tätigkeit der Kommission. Diese Anhörung wurde vom Fernsehen nahezu vollständig übertragen. Am 22. November 1982 setzte die Kommission ihre Gesprächsrunden vom 23. November 1981 fort, um die

Auffassung der unmittelbar betroffenen Jugendlichen zum Zwischenbericht kennenzulernen. Ein Besuch von Kommissionsmitgliedern am 29. November 1982 in Gelsenkirchen diente der Erörterung vor allem von Problemen arbeitsloser Jugendlicher und junger Ausländer.

Vorliegendes Material

Zu Beginn ihrer Tätigkeit hat die Enquete-Kommission Jugendprotest im demokratischen Staat einen umfangreichen Fragenkatalog erarbeitet und ihn etwa 140 interessierten Behörden, Dienststellen, Verbänden, Arbeitsgemeinschaften und Einzelpersonlichkeiten, die sich mit Fragen der Jugend und des Jugendprotestes befassen, mit der Bitte um Stellungnahme zugesandt und umfangreiche Antworten erhalten.

Zu den Aussagen des Zwischenberichts hat die Kommission zusätzliche wissenschaftliche Stellungnahmen erbeten. Vornehmlich aus der Sicht der Erziehungswissenschaft hat sie wertvolle Hinweise zu Aufbau und Gliederung ihres Berichts, zu ihrer Arbeitsweise und zu einigen Sachproblemen erhalten. Dasselbe gilt für die Stellungnahmen der Fachausschüsse des Deutschen Bundestages.

Zur Unterstützung bei der Erfüllung dieser Aufgaben beauftragte die Enquete-Kommission im März 1982 die Prognos AG mit der Durchführung einer Untersuchung über Einstellungen und Motive von Jugendlichen in Alternativ- und Protestgruppen. Sie sollte die Erkenntnisse darüber vertiefen, welche Motive bei Jugendlichen, die zu bestimmten Protestgruppen gehören, vorhanden sind. Auch sollten individuelle Erfahrungshintergründe, Einstellungen und Verhaltensweisen, die zur Erklärung der Erscheinungen des heutigen Jugendprotestes beitragen können, erforscht werden.

Die Untersuchung wurde in der Zusammenarbeit mit acht Gruppen Jugendlicher durchgeführt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse sind in einem Gesamtbericht und acht getrennten Gruppenberichten niedergelegt.

Mit dieser Auftragsvergabe beabsichtigte die Kommission von vornherein nicht die Erarbeitung einer repräsentativen Studie. Aufgrund des Forschungsansatzes konnten keine allgemeingültigen Ursachen und Ausprägungen des Jugendprotestes ermittelt werden; vielmehr wurde in erster Linie versucht, bei Jugendlichen in Alternativ- und Protestgruppen die vorhandenen Motive und Einstellungen unmittelbar zu erfassen und möglichst authentisch wiederzugeben.

Das Ergebnis der Prognos-Studie bestätigte — ebenso wie andere Untersuchungen — die Annahme der Kommission, daß es für die heute zu beobachtenden Einstellungen und Verhaltensweisen in der Protestszene verschiedene Ursachen gibt. Die Untersuchung hebt insbesondere den Zusammenhang zwischen jugendlichem Protestverhalten und sozialen Entwicklungsprozessen hervor, von denen Jugendliche heute besonders betroffen sind:

— Aufgrund ihres Alters und ihrer besonderen Lebenssituation verfügen Jugendliche über eine besondere Sensibilität für gesamtgesellschaftliche Probleme. Diese Sensibilität wird in der Zeit des Übergangs zum Erwachsenenstatus noch verstärkt.

— Auch erleben Jugendliche ständig eine Vielzahl krasser Widersprüche. Eine solche Kluft zeigt sich beispielsweise zwischen der starken Betonung materieller Werte durch viele Erwachsene und der Schwierigkeit, ausreichend Arbeitsplätze als Grundlage der eigenen Existenz bereitzustellen. Ein anderes Beispiel sind die von vielen erhobenen Forderungen nach größerer Bereitschaft junger Menschen zu mehr Eigenverantwortung und im Gegensatz dazu die geringen Handlungsspielräume, die sie in Wirklichkeit antreffen.

Wenn im Jugendprotest Einstellungen und Verhaltensweisen junger Menschen als Reaktion und Lösungsvorschläge auf bestehende gesellschaftliche Entwicklungsprobleme begriffen werden, liegen hierin Herausforderungen und zugleich große Chancen für einen gemeinsamen Lernprozeß aller Generationen. Ein großer Teil der Probleme mit dem veränderten Verhalten von Jugendlichen besteht darin, daß Erwachsene wie auch junge Menschen nur schwer die Wirkungen sozialer Entwicklungsprozesse erkennen. Diese Probleme werden wegen ihrer mangelnden Durchschaubarkeit eher als bedrohlich empfunden. Die dadurch entstehende Angst kann positive Lernprozesse behindern, zumal sich oft beide Seiten gegenseitig böse Absichten unterstellen. Dem will die Enquete-Kommission mit ihrer Arbeit entgegenzutreten. Sie greift deshalb die Anregung der Prognos-Untersuchung auf, daß Politiker heute zunehmend zum Initiator und Moderator sozialer Lern- und Entwicklungsprozesse werden sollen. Politiker dürfen deshalb nicht nur einseitig ihr Augenmerk auf radikale Gruppen richten, sondern müssen sensibel auf sich abzeichnende Veränderungen in der Gesellschaft reagieren sowie im Dialog mit allen Gruppen einer pluralistischen Gesellschaft gesprächsbereit sein.

Die Kommission sah sich vor die schwierige Aufgabe gestellt, eine Fülle vorliegenden Materials aus den verschiedensten Bereichen zu verarbeiten. Vor allem sind in die Beratungen eingeflossen die Studie des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit „Jugend in der Bundesrepublik heute — Aufbruch oder Verweigerung“ (1981), die Studie des Jugendwerks der Deutschen Shell „Jugend 81, Lebensentwürfe, Alltagskultur und Zukunftsbilder“, die von der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen vorgelegten „Thesen zu den Jugendunruhen 1980“ und „Stichworte zum Dialog mit der Jugend“ (1981), die Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen „Zur Situation der Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen“ (1982) sowie die Studie „Mädchen 82. Eine repräsentative Untersuchung über die Lebenssituation und das Lebensgefühl 15- bis 19jähriger Mädchen in der Bundesrepublik“ (1982), die vom Deut-

schen Jugendinstitut im Auftrag der Zeitschrift „Brigitte“ durchgeführt wurde. Außerdem sind Ergebnisse der universitären Forschung in die Kommissionsarbeit — vor allem bei den Anhörungen der Sachverständigen — eingeflossen.

In dem Bemühen, einen knappen und lesbaren Text vorzulegen, hat die Kommission darauf verzichtet, umfangreiche statistische Angaben wiederzugeben und alle Bereiche des Jugendprotestes in die Erörterung einzubeziehen. Da bei vielen Protestaktivitäten nicht nur Jugendliche, sondern auch andere Generationen vertreten sind, sah sich die Kommission veranlaßt, einen eher weitgefaßten Jugendbegriff zugrunde zu legen. Dieser weite Jugendbegriff umgreift auch das Lebensalter eines „jungen Erwachsenen“, das heute als „Postadoleszenz“ bezeichnet wird. Im Sinne einer jugendsoziologischen Definition ist der Begriff „junger Erwachsener“ ebenso ungenügend wie der Begriff „Postadoleszenz“. Beide Begriffe wollen nur den folgenden Zustand beschreiben: Junge Menschen leben in einem Teil ihres Lebens, wozu insbesondere Reisen, Konsumansprüche, die Wohnpraxis und auch sexuelle Intimität gehören, das Leben eines Erwachsenen, sind aber in einem anderen Teil ihres Lebens, vor allem hinsichtlich der finanziellen Voraussetzungen, noch abhängig. Sie wachsen nur allmählich in die Erwachsenenwelt hinein. Daher läßt sich eine obere Altersgrenze für „Jugend“ nur schwer angeben. Der Begriff Postadoleszenz hat insoweit einen Sinn, als er zeitlich untereinander verschobene Übergänge zum Erwachsenenleben meint; er ist insoweit bedenklich, als er zur Anspruchs- und Bedürfnismentalität ermuntert und die Gefahr mit sich bringt, daß das Jugendalter begrifflich immer weiter ausgedehnt wird.

Selbstverständnis der Kommission

Die Einsetzung der Enquete-Kommission wurde maßgeblich ausgelöst durch die spektakulären und von gewalttätigen Auseinandersetzungen begleiteten Protestereignisse der Jahreswende 1980/81. Hierbei ist vor allem an die Hausbesetzungen mit dem Schwerpunkt in Berlin (West) zu denken. Aufgabe der Kommission ist es nicht, einen Bericht zur Lage der Jugend in unserer Gesellschaft zu erstellen. Sie hat sich entsprechend ihrem Auftrag auf Ursachen, Formen und Ziele der Proteste junger Menschen beschränkt. Sie möchte aber auch mit Nachdruck auf die Anliegen von Jugendlichen hinweisen, die nicht in der Form des Protestes vorgebracht worden sind. Sie appelliert deshalb an die Verantwortlichen, sei es auf staatlicher Ebene, sei es in anderen Bereichen unserer Gesellschaft, diese Anliegen aufmerksamer und einfühlsamer aufzunehmen. Die Kommission sieht es als ihre Aufgabe an, die Sichtweisen der jungen Menschen, auch im Gespräch mit den unmittelbar Betroffenen, möglichst getreu aufzunehmen. Daneben will sie die vorhandenen Erklärungsversuche zusammenfassen, Aussichten für die weitere Entwicklung aufzei-

gen und Folgerungen für die praktische politische Arbeit ziehen. Die Kommission will einen Beitrag dazu leisten, Politikern mehr Verständnis für das Gespräch mit der Jugend zu vermitteln und Jugendliche zu Gesprächen mit politisch Verantwortlichen zu ermutigen. Es geht der Kommission nicht darum, Jugend als Patienten zu behandeln, sondern Schwierigkeiten und Probleme junger Menschen in die politische Diskussion einzubringen.

Reaktionen der Öffentlichkeit und der Jugend

Öffentlichkeit und Gesprächspartner aus der jungen Generation nahmen Einsetzung, Auftrag und mögliche Erfolge der Kommissionsarbeit überwiegend skeptisch und kritisch auf. Besonders beim Gespräch mit dem „Schöneberger Besetzerrat“ am 7. Februar 1982 wurde deutlich, wie tief die Kluft zwischen einem Teil der protestierenden Jugend und den etablierten Institutionen von Staat und Parteien ist.

Der von der Kommission bei der Vorlage des Zwischenberichtes geäußerten Bitte um Diskussion und Kritik der erörterten Probleme wurde in hohem Maße entsprochen. Hierzu trug auch die breite Streuung des Zwischenberichtes bei, der in der Schriftenreihe des Bundestages „Zur Sache 1/82“ in einer Gesamtauflage von 90 000 Stück gedruckt und angefordert wurde. Das große Interesse am Zwischenbericht erfaßte alle Kreise der Bevölkerung. Auffallend war das Echo, das der Bericht in der Protestszene selbst, aber auch in der Jugendverbandsarbeit, bei Schulklassen, Jugendgruppen, in der Publizistik, in wissenschaftlicher Lehre und Forschung auslöste. Die Kommission und ihre Mitglieder erhielten zahlreiche Zuschriften, Meinungsäußerungen und kritische Stellungnahmen zum Zwischenbericht, die von Engagement und Sachverstand getragen waren. Sie wurden in die weiteren Überlegungen und Beratungen einbezogen. Wenn viele der Kommission schriftlich wie mündlich übermittelten Anregungen nicht ausdrücklich in den Schlußbericht Eingang finden konnten, lag dies allein an seiner umfangmäßigen Begrenzung. Doch stehen alle der Kommission zugeleiteten Materialien im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages der wissenschaftlichen Forschung und anderen Interessierten zur Verfügung.

Die Reaktionen der Öffentlichkeit und Ergebnisse der Kommission können die Annahme bestätigen, daß die Kommission einen Beitrag dazu geleistet hat, die Kluft zwischen Staat, Gesellschaft und Protestjugend zu überwinden und Verständnis für die Positionen und Belange auf beiden Seiten zu erzeugen und zu vertiefen. Die Kommission hat sich bemüht, ihrer schwierigen Aufgabe nachzukommen, Brücken zu bauen.

Die Enquete-Kommission Jugendprotest im demokratischen Staat des Deutschen Bundestages legt hiermit ihren Schlußbericht auftragsgemäß vor.

II. Erscheinungsformen des Jugendprotestes in den letzten Jahren

Geschichtliche Hintergründe

Der aktuelle Jugendprotest wird von verschiedenen Gruppen geprägt. Er versteht sich selbst keineswegs als Fortsetzung von Protestbewegungen der späten sechziger Jahre. Träger, Ziele und Motive der heutigen Protestströmungen unterscheiden sich in vieler Hinsicht von denen jener Zeit. Während es damals — insbesondere bei der Studentenbewegung — stärker darum ging, politische Ziele auf der Grundlage theoretischer Entwürfe durchzusetzen, ist der heutige Jugendprotest stärker von gefühlsmäßigen und spontanen Bedürfnissen bestimmt. Deshalb kann von einer einheitlichen, theoretischen Grundlage des heutigen Jugendprotestes nicht gesprochen werden. Spontaneität, die von vielen als besonders wertvoll empfunden wird, verhindert zugleich eine durchgehende Organisation der Protestgruppen.

Dies war in der Vergangenheit anders. Nach der Bildung der sozialliberalen Koalition beteiligte sich zunächst ein großer Teil der Mitglieder der Studentenbewegung an der Arbeit der Parteien, insbesondere von SPD und FDP. Zum gleichen Zeitpunkt organisierten sich Lehrlinge, die eine Verbesserung ihrer Ausbildungsbedingungen anstrebten. Zunehmend waren auch Jugendliche, die bis dahin nicht in Verbänden organisiert waren, beispielsweise in Initiativen für die Errichtung autonomer Jugendzentren tätig. Schon damals wurden zu diesem Zwecke ungenutzte Räume in Anspruch genommen und leerstehende Häuser besetzt.

Die Auseinandersetzungen um die Reform des § 218 des Strafgesetzbuches gaben der Frauenbewegung zusätzliche Bedeutung. Die Frauenbewegung nahm zu und konzentrierte sich auf die Projektarbeit — Frauengruppen, Frauenhäuser, Frauenzeitschriften, Gesundheitszentren. Heute zeigt die Frauenbewegung Überschneidungen mit dem Jugendprotest.

Bürgerinitiativen, Ökologie- und Friedensbewegung

Die zahlreichen Bürgerinitiativen auf dem Gebiet des Umweltschutzes erhielten durch die Diskussion um die Grenzen des Wachstums und die Umweltgefährdungen in einer modernen Industriegesellschaft neuen Zulauf. Da die Antikernkraftbewegung in der Nutzung der Kernenergie eine Gefährdung der Menschheit sieht, neigt sie dazu, ihre Position kompromißlos zu vertreten. Ein Teil dieser Protestbewegung zeichnet sich durch militantes Verhalten aus. Die Antikernkraftbewegung ist überregional deshalb so erfolgreich, weil das von ihr aufgegriffene Thema alle Kreise der Bevölkerung anspricht.

Ausgehend von der neuerlichen Diskussion um die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Ost und

West formierte sich die Friedensbewegung, die 1981 vor allem auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg und bei der Friedensdemonstration in Bonn zahlreiche junge Menschen mobilisieren konnte. Hier, wie auch in der Dritte-Welt-Bewegung, spielt der Wunsch nach einer moralischen Grundlegung und Neuorientierung politischen Handelns eine ausschlaggebende Rolle.

Ein erheblicher Teil der Protestbewegungen entwickelt sich neben den Parteien. Dennoch bildet sich zugleich aus Bürgerinitiativen und ökologischen Bewegungen der Kern einer neuen grünen Partei.

Ein Teil der Protestbewegung ist durch Gewalttätigkeit und militantes Verhalten in Erscheinung getreten. Außerdem äußern rechts- und linksextremistische Gruppen ihren Protest gegen den Rechtsstaat und seine auf Freiheit und Recht angelegte Lebensordnung.

Daneben ist in den letzten Jahren ein verstärktes Auftreten nicht politisch motivierter Krawalle zu beobachten. Gewalttätigkeiten in Fußballstadien beispielsweise deuten auf angestaute Aggressionen nicht nur von Jugendlichen hin und können nicht als Reaktion auf politische Mißstände gewertet werden.

Alternative Lebensformen

Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich in Hinwendung zu alternativen Lebensformen eine besondere Form des friedlichen Protestes gezeigt. Vielerorts entstanden alternative Handwerksbetriebe, Landkommunen, Therapieeinrichtungen, Verlage, Theatergruppen. Genauso vielfältig wie die Zahl der alternativen Projekte sind auch ihre Ziele. Bei aller bunten Vielfalt alternativer Projekte und Lebensformen lassen sich dennoch einige gemeinsame Merkmale ausmachen. Dazu gehören vor allem solidarisches und selbstbestimmtes Arbeiten, Gleichstellung aller Gruppenmitglieder, gleiche, allenfalls sozial abgestufte Bezahlung, weitgehende Abkehr vom Vorrang des Gewinnprinzips, Abbau der Arbeitsteilung und der einseitigen Spezialisierung, ökologische Verantwortung bei der Herstellung und Gestaltung der Produkte, Wiederherstellung der Einheit von Leben, Wohnen und Arbeiten.

Passiver Protest

Neben den Protestformen, wie sie sich in den siebziger Jahren entwickelt haben, prägen — vom Umfang her heute möglicherweise noch bedeutsamer — passive Protestformen das Verhalten vieler Jugendlicher. Hierzu zählen vor allem die Selbstzer-

störung durch Alkohol, Drogenmißbrauch, Selbstmorde, Selbstmordversuche und die Flucht in Jugendsekten. Beweggründe und Ursachen dieser Formen des Protestes sind sicher nicht allein auf soziale oder politische Probleme zurückzuführen. Hier spielt auch die Persönlichkeit der Betroffenen eine Rolle.

Absichten des Protestes

Von allen Formen des aktiven Jugendprotestes in der jüngsten Vergangenheit haben die Auseinandersetzungen um Kernkraftwerke, um den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens sowie um die Hausbesetzungen am meisten Aufmerksamkeit erregt. Bei den ersteren sind die Gefahren für eine lebenswerte Umwelt sowie die Sorge angesichts der als lebensbedrohend empfundenen Nukleartechnik beherrschende Motive. Die Hausbesetzer hingegen klagen zunächst eine ihrer Ansicht nach verfehlte staatliche Sanierungs- und Wohnungsbaupolitik an. Außerdem geht es ihnen um neue Formen der Arbeit, des Wohnens und des Lebens. Daneben gibt es unter Hausbesetzern auch sozial Benachteiligte, Arbeitslose und Menschen, die einfach ein Dach über dem Kopf suchen.

Bei Umweltschützern, Kernkraftgegnern, Anhängern der Friedensbewegung und einem großen Teil der Hausbesetzer steht die Frage nach einer gesicherten persönlichen und gesellschaftlichen Zukunft im Vordergrund. Sie begegnen deshalb einer politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, die sich in herkömmlichen Gleisen bewegt und nur das Bestehende fortschreiben will, mit Skepsis oder Ablehnung. Diese Haltung kommt etwa in dem Schlagwort „no future“ („keine Zukunft“) zum Ausdruck.

Gemeinsamkeiten

Insgesamt ist oft ein rascher Wechsel der Ziele, Themen und Anlässe für den Jugendprotest festzu-

stellen. Eine gemeinsame politische Stoßrichtung des heutigen Jugendprotestes gibt es dabei nicht. Ebensovienig gibt es ein großes, alle Protestgruppen bewegendes Thema. Allerdings lassen sich vielfältige innere Verbindungen zwischen einzelnen Themen und Anlässen des Jugendprotestes nachweisen. Dies gilt etwa für das Empfinden vieler, daß das Leben grundlegend bedroht sei und für ihre Befürchtung, daß eine Politik herkömmlicher Art dieser Herausforderung nicht gerecht werden könne. Dies zeigt sich deutlich in den gemeinsamen Motiven verschiedener Protestbewegungen und Jugendinitiativen sowie in inneren thematischen Zusammenhängen, etwa zwischen den weltweit wachsenden Rüstungsausgaben und der zunehmenden Verelendung in den Entwicklungsländern. Deshalb wundert es nicht, daß häufig die gleichen Gruppen zu verschiedenen Themen aktiv werden.

Umfang der Protestbewegung

Der zahlenmäßige Umfang der Protestbewegung ist schwer einzuschätzen. Der aktive Protest umfaßt sicher nur einige Prozent der Jugendlichen. Daneben indes gibt es eine große Gruppe, die unzufrieden ist und Protestaktionen und deren Anliegen für richtig hält, ohne selbst auf die Straße zu gehen.

Zum Engagement von Jugendlichen

Zur Wirklichkeit der Jugend in der Bundesrepublik Deutschland gehört aber nach wie vor der große Teil der Jugend, der mit sozialem, gesellschaftlichem und politischem Engagement in den Jugendorganisationen mitarbeitet. Die Jugendverbandsarbeit mit ihren Zielsetzungen spricht viele Jugendliche an. Die vielfältigen Angebote der Verbände und Vereine fördern die persönlichen Neigungen und Begabungen junger Menschen und wecken den Sinn für Gemeinschaft.

III. Zum Jugendprotest in westeuropäischen Ländern

Allgemeine Erscheinungsformen

Protestaktionen mit starker Beteiligung von Jugendlichen haben in den letzten Jahren in fast allen westeuropäischen Staaten stattgefunden. Schon in den siebziger Jahren haben Protestbewegungen auf die zunehmende Kluft zwischen Jugendkultur und gesellschaftlicher Ordnung aufmerksam gemacht. Die „Christianitter“ in Kopenhagen und die „Kraaker“ in Amsterdam seien hierfür beispielhaft genannt. So vielfältig die Strömungen jugendlichen Protestverhaltens in der Bundesrepublik Deutschland sind, so unterschiedlich sind Motive und Gründe für den Protest in Westeuropa. Er tritt in

unterschiedlicher Intensität sowie mit verschiedenen Ansätzen und Zielrichtungen in den einzelnen Ländern auf. Atomrüstung und friedliche Nutzung der Kernenergie, Umweltfragen, Probleme junger Frauen, Integrationsschwierigkeiten jugendlicher Ausländer, alternative Lebens- und Kulturformen, Ablehnung gesellschaftlicher Ordnungen und staatlicher Autoritäten sind Felder und Bezugspunkte jugendlichen Protestverhaltens auch jenseits der Grenzen. Soziale Probleme wie Wohnungsnot, Jugendarbeitslosigkeit oder mangelnde Berufsaussichten lösen in einigen Ländern wie etwa in Großbritannien und in den Niederlanden Protestaktionen jugendlicher aus, die auch mit Gewalttätigkei-

ten verbunden sind; in anderen Ländern — wie etwa bisher in Frankreich — führen dieselben Probleme nicht zu diesen Folgen.

Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt in allen westeuropäischen Staaten — mit Ausnahme der Schweiz — zu. So betrug der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren an der Gesamtzahl der Arbeitslosen im Oktober 1982 in der Bundesrepublik Deutschland 34,3 v. H., in Frankreich 46,4 v. H., in Italien 50,8 v. H., in den Niederlanden 46,3 v. H., in Großbritannien 39,7 v. H. und in Dänemark 30,1 v. H. Wegen der unterschiedlichen Zählweise in den einzelnen westeuropäischen Ländern ist der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an der Gesamtzahl der Jugendlichen nicht zu ermitteln. Dieser Anteil hat in den letzten Jahren zugenommen und zeigt weiterhin steigende Tendenz. Ob sich daraus allerdings ein ähnliches Protestpotential wie in England ergeben könnte, scheint noch offen zu sein.

Wie in der Bundesrepublik Deutschland ist der Jugendprotest auch in anderen Ländern durchweg kein Generationenproblem, sondern ein Spiegelbild strittiger und ungelöster gesellschaftlicher und politischer Fragen. Glaubwürdigkeit und Fähigkeit der Politik, die Zukunftsfragen so zu bewältigen, daß eine humane Existenz weiterhin möglich sein wird, stehen ebenso auf dem Prüfstand wie die Fähigkeit des Staates zum Interessenausgleich, zur Konfliktlösung und zur Sicherung friedlichen Zusammenlebens aller Bürger. Im Jugendprotest artikulieren sich ungelöste soziale Probleme wie vor allem Jugendarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und mangelnde Berufsaussichten. In einigen Ländern — wie in Großbritannien und in den Niederlanden — hat sich dieser Protest schon gewalttätig entladen. Andererseits kommen im Jugendprotest Unbehagen und Überdruß an der Wohlstandsgesellschaft und ihren mangelnden Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten für die junge Generation nach wie vor zum Ausdruck.

Für die Erscheinungsformen, Gründe und Hintergründe jugendlichen Protestverhaltens zeigen sich im einzelnen folgende Schwerpunkte und Besonderheiten.

Niederlande

Die in den fünfziger und sechziger Jahren von Amerika ausgehenden Protestbewegungen haben in Europa relativ früh in den Niederlanden Resonanz gefunden. Ziel dieser Protestbewegung war es, eine Gegenkultur aufzubauen, die sich bewußt vom Lebensstil westlicher Industriegesellschaften absetzte. Soweit es um politische Anliegen ging, wurden sie vor allem durch die Provos (Provokanten) und Kabouters (Kobolde) auf eine mehr friedliche und spielerische Weise in das öffentliche Bewußtsein gebracht. Auch heute noch gehören Demonstrationen zum politischen Alltag. Doch haben in den letzten Jahren auch gewaltsame Aktionen stattgefunden.

Als eine konkrete Ursache politisch motivierten jugendlichen Protestverhaltens werden Wohnungsnot und Häuserspekulation, vor allem in Großstädten, genannt. Die Diskrepanz zwischen Wohnungsbestand und -bedarf hat zu der Hausbesetzerbewegung (Kraaker) geführt, die — solange es nicht zu Ausschreitungen kommt — bei Teilen der Bevölkerung auf Verständnis stößt. Die Toleranz gegenüber Hausbesetzern erklärt sich aus dem Eingeständnis von Staat und Gesellschaft, das Wohnungsproblem nicht überall gelöst zu haben. Neben den Hausbesetzungen zur Wohnraumbeschaffung, die als „Normalfall“ angesehen werden, gibt es weiterhin die Besetzung zentralgelegener Großobjekte als politische Aktion und Provokation, bei der Zwangsräumungen mit Widerstand der Hausbesetzer einkalkuliert sind. In geringem Umfang, vor allem in Amsterdam, haben die Gemeinden besetzte Objekte gekauft und mit den Besetzern Sozialmietverträge abgeschlossen. Auch erfolgte die Zuweisung besetzter Häuser an Kraaker. Insgesamt scheint die Kraaker-Bewegung im Abklingen begriffen zu sein.

Weitere Anlässe für Protestaktionen finden sich in den Versäumnissen im Umweltschutz, im Widerstand gegen die Nutzung der Kernenergie und gegen die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen in den Niederlanden. Die staatlichen Reaktionen auf dieses Protestverhalten sind flexibel und zurückhaltend. Dies ist auch dadurch möglich, daß die niederländischen Strafverfolgungsbehörden bei Verdacht von Straftaten nicht nach dem Anklageprinzip gezwungen sind, Strafverfolgungsmaßnahmen einzuleiten, sondern daß ihr Einschreiten nach dem Opportunitätsprinzip in ihrem Ermessen steht.

Dänemark

In Dänemark entstand Anfang der siebziger Jahre aus der Besetzung eines Kasernengeländes in Kopenhagen der „Freistaat Christiania“. Christiania war das mit Abstand umfangreichste, dauerhafteste, aber auch umstrittenste Modell einer Gegengesellschaft, in der sich jedes Individuum bei gleichzeitiger Verantwortung für die selbstgewählte Gemeinschaft frei entfalten können sollte. Die neue Gesellschaft sollte ökonomisch aus eigenen Quellen leben; gemeinsam wollte man physische und psychische Verschmutzung verhindern. Dieses Modell scheiterte an inneren Gegensätzen, an der Überforderung der Christianitter durch die Betreuung überaus zahlreicher und schwerwiegender Sozialfälle, die aus ganz Dänemark und dem Ausland in den Freistaat strömten, sowie an der unzulänglichen Bewältigung des Drogen- und Kriminalitätsproblems. Insoweit wurden die Nachteile eines völlig freizügigen Ansatzes übersehen.

Heute kann man in Dänemark nicht von einer allgemeinen Jugendprotestbewegung sprechen. Es gibt nur sporadische Protestaktionen, wie sie sich an verschiedenen politischen Anlässen — Atomrüstung, friedliche Nutzung der Kernenergie, Mitgliedschaft Dänemarks in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO — entzünden. Das

Problem der Jugendarbeitslosigkeit spielt in diesem Zusammenhang kaum eine Rolle, da das enge Netz sozialer Sicherungen materielle Existenzsorgen weitgehend verhindert.

Schweiz

In der Schweiz hatten die Opernhaus-Krawalle in Zürich ab Mai 1980 eine weit über die Landesgrenzen hinausreichende Signalwirkung. Die Proteste zielten nicht nur auf die Bereitstellung von Räumen für ein autonomes Jugendzentrum ab, sondern richteten sich auch gegen insgesamt als unmenschlich empfundene Lebensbedingungen. Die im November 1980 erschienenen „Thesen zu den Jugendunruhen 1980“ der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen fassen dieses Unbehagen in Stichworten wie „Sprachlosigkeit“, „Kommunikationsverlust“, „Verständnislosigkeit“, „Entfremdung“ und „Lieblosigkeit“ zusammen. Die Parole „Nieder mit dem Packeis“ gibt diesen Ruf der jungen Generation nach mehr Wärme in der Gesellschaft ebenfalls wieder.

Mittlerweile haben sich die Protestbewegungen in der Schweiz, von gelegentlichen kleineren örtlichen Aktionen abgesehen, äußerlich weitgehend beruhigt. Mit der Begründung, daß der in ihm getätigte Rauschgifthandel nicht mehr unter Kontrolle habe gebracht werden können, gab der Trägerverein „Autonomes Jugendzentrum“ in Zürich seinen Auftrag zurück. Das Zentrum wurde darauf von den kommunalen Behörden geschlossen und abgerissen. Abzuwarten bleibt, ob die von der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen herausgegebenen „Stichworte zum Dialog mit der Jugend“ (1981) mit ihrem Plädoyer für einen offenen und fairen Dialog zwischen Jugend und Gesellschaft eine zukunftsweisende und integrierende Wirkung zeitigen werden.

Frankreich

In Frankreich sind die Ausläufer der Studentenrevolte vom Mai 1968 lange abgeklungen. Heute scheint sich die französische Jugend offenbar auf dem Rückzug ins private Glück zu befinden. „Engagement im Nicht-Engagement“ — mit diesem Schlagwort wird die Haltung eines großen Teils der französischen Jugend gekennzeichnet, die sich weitgehend auf sich selber konzentriert, gesellschaftlichen und politischen Institutionen gleichgültig bis ablehnend gegenübersteht und wenig Glauben an einen Einfluß auf den Gang der Dinge zeigt.

Alternative und ökologische Bewegungen größeren Ausmaßes konnten sich nicht durchsetzen, nicht zuletzt deshalb, weil ökologische Probleme von den bestehenden Parteien aufgegriffen wurden. Obwohl sich ein nicht unerheblicher Teil der französischen Jugend beispielsweise gegen das französische Kernenergieprogramm ausspricht, nimmt nur eine verschwindende Minderheit an Demonstrationen und Protestaktionen teil. So konnte auch die ökologische Bewegung ihren ersten Erfolg im politischen Bereich — wie bei den Europa-Wahlen 1979 mit 4,8

v. H. der abgegebenen Stimmen — später nicht mehr halten.

Demonstrationen, die in Frankreich weiterhin zum politischen Alltag gehören, sind kein Ausdruck nur jugendlichen Protestes. Ihre Anlässe reichen von direkten politischen Aktionen bis hin zur gemeinsamen öffentlichen Vertretung individueller, vor allem sozialer Interessen. Die Polizei greift in der Regel nur zurückhaltend ein, um Solidarisierungen und Gewaltausbrüche zu vermeiden. Hausbesetzungen und Gewaltausbrüche finden kaum statt, wohl aber Besetzungen von Betrieben und auch von Schulen durch Arbeiter und unzufriedene Eltern.

Italien

Die Protestbewegungen in Italien spiegeln die Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse und Strukturen nach dem Zweiten Weltkrieg wider. Die Wandlung Italiens von einer Agrar- in eine Industriegesellschaft erfolgte unter starken sozialen Spannungen und Gegensätzen.

Die Feministinnen trugen in den siebziger Jahren einen wichtigen Teil der Protestbewegungen. Ihr Kampf richtete sich gegen die Vorherrschaft der Männer in Staat, Parteien und gesellschaftlichen Institutionen, aber auch in der Familie. Die gegen den Widerstand der katholischen Kirche und der Democrazia Cristiana vor allem von den Feministinnen durchgesetzte Scheidungs- und Abtreibungsgesetzgebung ist ein Zeichen für die Säkularisierung und Angleichung der italienischen Gesellschaft an die Strukturen der anderer westeuropäischer Staaten. Die Feministinnen trugen zu einem Wandel im Selbstverständnis der italienischen Frau bei.

Ausgehend von sozialen Spannungen am Ende der sechziger Jahre entwickelte sich eine linke Opposition im politischen und gewerkschaftlichen Bereich. Sie verschärfte das soziale Klima in den Betrieben und löste spontane Arbeitskämpfe und betriebliche Auseinandersetzungen bis hin zu Betriebsbesetzungen aus. Diese Bewegung der „Autonomia“ wurde zu großen Teilen von jungen Leuten — vor allem von Studenten — getragen. Gegen Ende der sechziger Jahre verbitterte die Entwicklung der Kommunistischen Partei Italiens zu einem Teil des politischen Establishments die ihr nahestehenden politisch aktiven Jugendlichen. Die Intellektuellen formierten sich neu mit Studenten und Jugendlichen aus sozialen Gettos, diesmal freilich als offene, spontan-aktionistische Bewegung, die wie die „Stadtindianer“ die Piazza als Forum wählten. Diese Bewegung, die sich als Gegenkultur verstand, zeichnete sich durch anarchistische und utopische Zielsetzungen aus.

Ein Teil der Aktivisten der Jugendbewegung driftete in die Terrorbrigaden ab. Mit ihren gewaltsamen Aktionen, Entführungen und Sprengstoffanschlägen versuchten sie, die Staatsführung zu erschüttern und die Revolution vorzubereiten, um den italienischen Staat und seine Institutionen zu zerschlagen. Mit der Entführung und Ermordung des

ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro durch die Roten Brigaden setzte eine entschlossene Reaktion von Staat und Gesellschaft auf den Terror ein. Davon wurden auch wesentliche Teile der Jugendprotestbewegung beeinflusst.

Die Mehrzahl der jungen Italiener hat sich heute mit den bestehenden Verhältnissen arrangiert; sie strebt materielle Sicherheit an und sucht persönliche Befriedigung in der Privatsphäre.

Großbritannien

Eine neue Qualität des Jugendprotestes zeigte sich in Großbritannien, vor allem bei den Krawallen im Frühsommer 1981. Hier stand nicht das Unbehagen an der Wohlstandsgesellschaft, sondern die eigene soziale Benachteiligung im Vordergrund der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Jugendlichen und der Polizei. Bedingt durch Massenarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und sozialen Abstieg sahen diese Jugendlichen keine Chance mehr für ihren Einstieg in die Gesellschaft. Die hieraus resultierende Ausweglosigkeit machte sich in zahlreichen gewalttätigen Aktionen Luft, die sich zunächst an Konflikten zwischen farbigen Jugendlichen mit der Polizei entzündeten.

Die Krawalle in Brixton, einem Stadtteil von London, im Sommer 1981 haben schwerwiegende Mängel im Verhalten der Polizei aufgedeckt. Durch besonders hartes Durchgreifen hatte sie sich den Vorwurf der Voreingenommenheit und der Schikane gegenüber der farbigen Bevölkerung zugezogen. Das gegenseitige Mißtrauen saß tief. Die Reformvorschläge, die Lord Scarman in seinem Bericht vom 30. Oktober 1981 für das Innenministerium über die Unruhen gemacht hat, haben das übergreifende Ziel, rassendiskriminierende Einstellungen bei der Polizei abzubauen.

Insgesamt ist es nicht gelungen, farbige Einwanderer und deren Nachkommen in britische Lebensverhältnisse einzugliedern. Sie stehen auf der untersten Stufe der sozialen Leiter und sind deshalb am härtesten von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot betroffen. Hinzu kommt bei den Kindern dieser Einwanderer, daß ihre überlieferten heimatlichen Wertstrukturen und Traditionen von Familie, Brauchtum und Religion weitgehend zerbrochen, ohne daß es ihnen gelang, Neues an deren Stelle zu setzen und sich als Engländer zu fühlen.

Die schlechten Wohnbedingungen für junge Arbeitslose und Angehörige ausländischer Minderheiten haben angesichts der vielen leerstehenden, zur Sanierung anstehenden Häuser, vor allem in London, zu häufigen Hausbesetzungen (Squatting) geführt. Gleichwohl ist es zu keinen größeren, mit Gewaltanwendung verbundenen Auseinandersetzungen über Hausbesetzungen gekommen. Dies wird auch darauf zurückgeführt, daß im englischen Strafrecht der Tatbestand des einfachen Hausfriedensbruches des deutschen Strafgesetzbuches unbekannt ist. Nur unter qualifizierenden Umständen wird Hausfriedensbruch verfolgt; hierzu zählen gewalttätiges und bewaffnetes Eindringen, unbefugtes Verbleiben in einem Haus trotz Aufforderung zum Verlassen und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Vor allem die große Jugendarbeitslosigkeit in England ist ein brisantes Problem. Im Jahre 1982 waren von etwa 6 Mio. Jugendlichen in der Altersgruppe von 18 bis 25 Jahren eine knappe Million als arbeitslos registriert, davon eine Viertelmillion seit mehr als einem Jahr, über 75 000 seit mehr als zwei und fast 20 000 seit mehr als drei Jahren. Diese Probleme verschärfen sich durch die — im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland — schlechteren Ausbildungsmöglichkeiten. Es gibt weniger Lehrstellen und kein ausgebautes Berufsschulsystem. Die hieraus resultierende Ausweglosigkeit machte sich in zahlreichen gewalttätigen Aktionen Luft, die sich zunächst an Konflikten zwischen farbigen Jugendlichen mit der Polizei entzündeten.

Jugendliche Frustrationen suchen gerade in England ein Ventil in Gewalttätigkeiten eines unpolitischen Vandalismus, wie etwa in Fußballstadien.

Folgerungen

Dieser knappe Überblick über jugendliches Protestverhalten in Westeuropa ergibt kein einheitliches Bild. Neben dem Unbehagen an der Wohlstandsgesellschaft spielen immer wieder ungelöste soziale Fragen eine auslösende Rolle für Protestaktionen junger Menschen. Für die Enquete-Kommission sind vor allem die in sozialer Benachteiligung liegenden Ursachen des Jugendprotestes Anlaß, sich intensiv mit den Schwierigkeiten der ausländischen und arbeitslosen Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland auseinanderzusetzen.

IV. Gründe und Hintergründe der neuen Protestbewegung

Gesamtgesellschaftliche Probleme

Die Frage nach den Gründen und Hintergründen der neuen jugendlichen Protestbewegung stand von Anfang an im Mittelpunkt der Beratungen der Enquete-Kommission.

Zweifellos ist das Bild des gegenwärtigen Protestes stark von Jugendlichen geprägt. Auf Grund vorliegender Untersuchungsergebnisse und Erfahrungsberichte muß man indes davon ausgehen, daß es in der Sache weniger um Probleme der Jugend als um solche der gesamten Gesellschaft und um die Fol-

gen einer verbreiteten Sinn- und Orientierungskrise geht.

Die Kommission teilt die Auffassung der „Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen“, daß die für manche überraschende und erschreckende radikale „Aktivität einer Minderheit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit grundlegenden Problemen unserer Gesellschaft, unserer Kultur, unserer Politik und Wirtschaft verflochten ist“. Diese Aussage wurde in den von der Kommission durchgeführten Anhörungen mit Jugendlichen, Jugendverbandsvertretern und wissenschaftlichen Sachverständigen auch für die Bundesrepublik Deutschland bestätigt.

Jugendliche über sich selbst

Für das Selbstverständnis eines Teils der protestierenden Jugendlichen erscheint typisch, was der „Schöneberger Besetzerrat“ in einem Brief, mit dem er die Teilnahme an einer Anhörung in Bonn ablehnte, ausführte:

„Die Jugend könnt ihr nicht zum Patienten machen, wenn das System krank ist. Massive Kriegsvorbereitung, permanentes Risiko radioaktiver Verseuchung, Ausbeutung der Dritten Welt, Umweltschmutz überall, legales Spekulantentum mit unserem Wohnraum, lügende Politikermäuler, das sind die Symptome der Krankheit, die wir bekämpfen.“

Wie vielschichtig die Gründe für den Protest Jugendlicher sind und wie selbstkritisch sich junge Menschen in diesem Zusammenhang selbst beurteilen können, zeigt die folgende Aussage des Vertreters der Deutschen Jugendfeuerwehr bei der von der Enquete-Kommission durchgeführten Anhörung:

„Wir beobachten heute, wie Jugendliche deprimiert reagieren, wenn sie erfahren müssen, daß ihnen die Gesellschaft vieles schuldig bleibt, daß sie zum Beispiel gar nicht so erwünscht sind und so nötig gebraucht werden, wie es ihnen immer wieder eröffnet wird. Wenn man in unsere Gesellschaft Einstieg finden will, muß man erst einen ‚Numerus clausus‘ überwinden.“

Es ist richtig — das muß auch selbstkritisch angemerkt werden —, daß die gesellschaftspolitischen Forderungen eines Teils der Jugend oft wirr und auch widersprüchlich sind oder so erscheinen. Oft ist zu verspüren, daß die Jugend tatsächlich nicht so genau weiß, was sie eigentlich konkret will, wie eine Gesellschaft nach ihren Vorstellungen aussehen soll; aber gerade hier ist für unsere Begriffe eine Chance erkennbar, daß Vertrauen zueinander wiederhergestellt wird. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe.“

Diese beiden Zitate zeigen ebenso wie die gesamte Anhörung, daß viele — vielleicht sogar die Mehrheit — der Jugendlichen, die selbst den Schritt zu aktivem Protest nicht tun, doch die Kritik, die zum Protest Anlaß gibt, im wesentlichen teilen.

Jugendprotest und Erziehung

Die Kommission bewertet viele Formen friedlichen Protestes als Ergebnis einer im demokratischen Sinne gelungenen Sozialisation*). Sie sieht dafür Beispiele im vielfältigen sozialen Engagement gerade kritischer Jugendlicher. Auf der anderen Seite sieht sie Tendenzen zur Flucht — etwa in Alkohol oder Drogen — sowie in Akte der Gewalt und Selbstzerstörung als Zeichen einer mißlungenen Sozialisation an.

Selbst wenn eine mißlungene Sozialisation nicht einfach der Familie angelastet werden könnte, sondern von der Gesellschaft als ganzer zu verantworten wäre, spielen Familie und Erziehung in diesem Bereich eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dabei ist festzuhalten:

Die Familie stellt für viele junge Menschen immer noch und immer wieder einen Ort der Geborgenheit und Orientierung dar und ist deshalb — zumal für Wertbindung und Sinnfindung — erzieherisch bedeutsam.

Je mehr die Nachbarschaft zerstört und auch der Klassenverband in der Schule aufgelöst wurden, um so größere Erwartungen kamen auf die Familie zu. Diese wurden — zumal in bedrängten Familien — als eine Belastung empfunden und trugen eher zu Konflikt und Desorientierung als zu Harmonie bei.

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Erziehungsvorstellungen in der Gesellschaft des öfteren geändert: konservative, autoritäre, liberale, anti-autoritäre, permissive und partnerschaftliche Modelle haben einander abgewechselt. Durch diesen Wechsel wurde zwar die weitgehend autoritäre Erziehung wilhelminischer Zeit abgebaut und eine demokratische Erziehung ermöglicht. Zugleich aber wurden dadurch auch Eltern und Erzieher in ihrer Autorität verunsichert. Sie entzogen sich oft der Orientierung und Auseinandersetzung und überließen die Kinder weithin sich selbst.

Zum Zusammenhang von bestimmten Erziehungsstilen und Jugendprotest läßt sich heute nur sagen, daß sowohl eine streng autoritäre Erziehung als auch eine allzu nachgiebige, permissive (mißverstanden anti-autoritäre) Erziehung am ehesten unter den Ursachen des gewaltsamen Jugendprotests zu entdecken sind. Eine partnerschaftliche Erziehung ermutigt indes eher zu Reformbewußtsein und Engagement in der Gesellschaft.

Jugendprotest und Generationenkonflikt

Einig war sich die Kommission darin, daß der Jugendprotest wesentlich als Reaktion auf ungelöste gesellschaftliche Probleme verstanden werden muß und nicht als klassischer Generationenkonflikt erklärt werden kann. Da der neue Protest Angehörige

*) Sozialisation = Entstehung und Entwicklung der Persönlichkeit in Abhängigkeit von ihrer Umwelt.

aller Generationen einbezieht, ist selbst die Bezeichnung „Jugendprotest“ fragwürdig. Alles deutet darauf hin, daß es sich bei der heutigen Protestbewegung um den Ausdruck eines tiefgreifenden Wandels von Auffassungen und Einstellungen in weiten, über die Jugendlichen hinausgehenden Teilen der Gesellschaft handelt.

Dies heißt nicht, daß es keinerlei Probleme im Verhältnis zwischen den Generationen gäbe. Von mehreren Sachverständigen wurden Vorurteile und Mißverständnisse im Verständnis der Generationen untereinander als Teilursache für den Jugendprotest betont. Oft wird nicht verstanden, daß bewußte Provokationen oder aggressive Akte von Jugendlichen Hilferufe sein können. Ein Grund für die Zuspitzung zu gewaltsamen Auseinandersetzungen liegt auch darin, daß das Gespräch zwischen den Generationen häufig verstummt ist. Die zunehmende Absonderung älterer und jüngerer Menschen in getrennte Lebensräume sowie alters- und erfahrungsbedingte Auffassungsunterschiede können die Konflikte zwischen Jugendlichen und ihrer sozialen Umwelt hervorrufen oder verschärfen.

Wenn heute Erwachsene von Jugendlichen öfter und härter kritisiert werden, so liegt dies auch daran, daß überkommene Vorstellungen von Autorität abgebaut sind. Außerdem haben Jugendliche heute in nahezu unbegrenztem Umfang Zugang zu Erfahrungen von Erwachsenen und halten sich daher weit mehr als früher für berechtigt, deren Umwelt zu beurteilen.

Zur Problematik des Aussteigens

Vielen protestierenden Jugendlichen geht es auch darum, ihre eigenen Wertvorstellungen und Lebensformen in der Erwachsenenwelt zu verwirklichen. Darum fordern sie nachdrücklich Mitsprache und Mitentscheidungsrechte in der Gesellschaft. Sie suchen Raum, nach ihren eigenen Vorstellungen leben zu können. Wenn ihnen aber Mitwirkung und Entfaltung verwehrt werden, kommt es gelegentlich zu Reaktionen des „Aussteigens“ bis hin zu krassem Individualismus und zur Ablehnung jeglicher sozialer Verantwortung. Im Gegensatz zu verbreiteten Auffassungen haben die Anhörungen der Kommission deutlich gemacht, daß die übergroße Mehrheit der protestierenden Jugendlichen nicht aus der Gesellschaft aussteigen, sondern in sie hineinwirken will, wenn auch nicht unbedingt in den herkömmlichen Formen.

Zukunftsangst und Ohnmachtsgefühle

In vielen Stellungnahmen der Jugendlichen selbst und auch in den Ausführungen der Sachverständigen und Jugendverbandsvertreter wurde auf die Zukunftsangst als eine Ursache des jugendlichen Protestes verwiesen.

Als Gründe für ihre Zukunftsangst führen Jugendliche zum Beispiel an:

- Arbeitslosigkeit und generelle Verschlechterung der Ausbildungschancen und Berufsaussichten für Jugendliche,
- zunehmende Zerstörung der natürlichen Umwelt, gewachsener Lebenszusammenhänge und der persönlichen Beziehungen,
- fortschreitendes Wettrüsten und zunehmende Kriegsgefahr,
- weitere Einengung der persönlichen Entfaltungsspielräume durch die Ausdehnung wirtschaftlichen Denkens und Handelns auf alle Lebensbereiche, durch Bürokratisierung und staatliche Kontrolle,
- Probleme wachsender Minderheiten in der Wohlstandsgesellschaft.

Viele Jugendliche bedrückt die Angst, ob man in der Zukunft überhaupt noch ein lebenswürdiges Dasein führen könne und ob die Welt in Zukunft für Menschen noch bewohnbar sei.

In dieser Angst um ihre Zukunft äußern sie den Verdacht, daß die Erwachsenen, die heute die Entscheidungen für die Zukunft treffen, ihrer Verantwortung für die Erhaltung menschenwürdiger Lebensbedingungen nicht gerecht würden. Auf der anderen Seite seien sie selbst von wirklicher Mitsprache und Mitentscheidung ausgeschlossen, obwohl sie diese sich abzeichnenden bedrohlichen Fehlentwicklungen „auszubaden“ hätten. Dieser Angst kann auch nicht mit dem berechtigten Hinweis auf Verbesserungen in Teilbereichen des Umweltschutzes wirksam begegnet werden, weil täglich Informationen über neue Umweltgefährdungen auf die Menschen einwirken.

Der „neue Mangel“

Neben dem Gefühl, von politischen Entscheidungen ausgeschlossen zu sein, äußert sich im Protest von Jugendlichen ein „neuer Mangel“: Jugendliche beklagen oft den Mangel an Zuwendung, an persönlicher Geborgenheit sowie an sozialem und gefühlsmäßigem Angenommensein. Dieser Mangel erschwert es den Jugendlichen oft, für ihren künftigen Lebensweg einen beständigen Sinn und lebenswerte Ziele zu sehen. Lebensangst und die Vorstellung einer verschlossenen Zukunft werden also nicht nur von objektiven wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten hervorgerufen, wie sie von jungen Menschen entsprechend ihrem Alter wahrgenommen und bewertet werden, sondern wurzeln auch in dem individuellen Gefühl und Empfinden junger Menschen. So sehr die heute verbreiteten Gefühle von Angst und Unsicherheit etwas mit der allgemeinen Lebenssituation der Menschen zu tun haben, liegen individuelle Ursachen aber auch in der geringeren Belastbarkeit heutiger Jugendlicher.

Veränderungen in der Familie

Viele Jugendliche werden heute mit ihren Problemen alleingelassen. Daraus entstehen Ich-Schwä-

chen *) und eine selbstsüchtige Konzentration auf die eigene Person, die als Narzißmus bezeichnet wird. Die hier beschriebenen Mängel in der Sozialisation von Jugendlichen können auch nicht vollständig dadurch ausgeglichen werden, daß sich heute mehr als früher ein Teil des Erziehungsprozesses auf die Gruppe der Gleichaltrigen verlagert.

Eine besondere Verunsicherung in ihrem Rollenverständnis erleben heute junge Mädchen. Sie erfahren die Spannung zwischen emanzipatorischen Bestrebungen und einem traditionellen Selbstverständnis.

Unpersönlichkeit der Gesellschaft

Die allgemeine Lebenssituation wird durch die Undurchschaubarkeit und Unpersönlichkeit der modernen Industriegesellschaft, den Vorrang zweckbetonter Verhaltensweisen und die Zwänge bürokratisierter Lebensformen geprägt. Viele Menschen fühlen sich überfordert und klagen gleichzeitig über die Behinderung eigenverantwortlicher Tätigkeit. Eine wachsende Zentralisation und Bürokratisierung in Wirtschaft, Verbänden und Staat droht die persönliche Leistung und Verantwortung des einzelnen zu untergraben. Ferner fördert sie die Neigung, Schuld für erlittenes Unrecht und eigenes Versagen ausschließlich der Gesellschaft anzulasten.

Jugend ohne Zukunft

Unter den protestierenden Jugendlichen sind es vor allem die Jugendlichen ohne Schulabschluß und Berufsausbildung, die sich in einer überaus schwierigen Lage befinden und besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Sie verfügen nicht über die Fähigkeiten und Kenntnisse, ihre eigenen Interessen wirksam zu vertreten und können deshalb in vielen Fällen auf Verhandlungsangebote der Behörden gar nicht eingehen. Auch unter den Hausbesetzern gibt es diese Gruppe, die weder konkrete Ziele kennt noch in der Lage ist, planvoll vorzugehen. Hier entstehen Hilflosigkeit und Wut, die gelegentlich zu Akten sinnloser Gewalt führen. Diese Jugendlichen haben zu anderen Protestgruppen in der Regel auch nur kurzlebige Beziehungen. Gleichwohl üben sie mit ihrer Hoffnungslosigkeit und Aggressivität auch auf andere Jugendliche Einfluß aus. Das Schlagwort „no future“ trifft auf sie besonders zu.

Neues Engagement

Vor diesem Hintergrund wertet es die Kommission als ein Zeichen demokratischer Lebendigkeit, daß in letzter Zeit mehr Jugendliche und junge Erwachsene sich in der Gesellschaft wieder vielfältig enga-

gieren. Dabei können Konflikte mit den bestehenden Institutionen und der durch sie vertretenen Politik ausgelöst werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, wie von seiten der Behörden und der Politiker auf Kritik und Protest reagiert wird. Je weniger sich die Politiker und Verwaltungen als fähig erweisen, Kritik und gewaltfreien Protest als fruchtbaren Beitrag zur demokratischen Willensbildung und Veränderung aufzufassen und je unverständlicher und abweisender ihre Reaktionen den Jugendlichen erscheinen, um so wahrscheinlicher ist eine Steigerung der Konflikte. Dadurch wird eine vernünftige Lösung schwierig, wenn nicht unmöglich gemacht. Vielfach sind es die persönlich erlebten oder über Dritte erfahrenen Reaktionen der Behörden auf Kritik und Protest, die bei Jugendlichen das Gefühl der Angst und der Ohnmacht verstärken und sie entweder in die Resignation oder in den Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt treiben.

Wertwandel und Sinnfrage

Die große Mehrheit der befragten Sachverständigen versuchte, den Jugendprotest auch durch die Folgen eines Wertwandels zu erklären, der sich seit Mitte der sechziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland vollzogen hat. Dieser Wertwandel, der zuweilen im Verdacht des Wertzerfalls steht, führt weg von einem Denken, das Wohlstand, Verdienst, Lebensstandard, Sicherheit und Leistung zu den hervorragenden Bezugspunkten der Lebensgestaltung macht. Statt dessen genießen Selbstverwirklichung, Gemeinschaft, Kreativität und Mitbestimmung (sogenannte postmaterialistische Werte) höhere Beachtung. Teilweise werden dabei auf neue Weise alte Werte wiederentdeckt und verwirklicht.

Dieses neue Wertbewußtsein findet sich vornehmlich bei jungen Leuten. Sie versuchen, es vor allem in alternativen Lebensformen und in einem „produktiven Lebensstil“ zu verwirklichen. Viele Jugendliche verstehen und bewerten die soziale Wirklichkeit anders als die Mehrheit der Erwachsenen. Sie versuchen auch, ihre eigenen Vorstellungen in anderen Formen des Zusammenlebens und des Zusammenarbeitens zu erproben. Diese veränderten Lebensformen verteidigen sie gegen eine oft unduldsame Umwelt.

Bewertung des Wertwandels

Die These, daß sich die „postmaterialistischen Werte“ insbesondere in der jungen Generation ausbreiten, ist zwar in der Sozialwissenschaft nicht ganz unumstritten, scheint aber teilweise durch empirische Untersuchungen bestätigt zu werden. Der hier angesprochene „Wertekonflikt“ hängt zusammen mit den unterschiedlichen Erfahrungen der Älteren, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren allgemein Not erlebten und wesentlich vom Streben nach Wohlstand und sozialer Sicherheit geprägt sind, sowie den Erfahrungen der Jüngeren, die in Wohlstand und sozialer Sicherheit aufgewachsen sind und dies als selbstverständlich hinnahmen.

*) Ich-Schwäche äußert sich in geringem Durchhaltevermögen, übersteigertem Harmoniebedürfnis und einer sehr geringen Belastbarkeit.

Bestand über die Tatsache eines gesellschaftlichen Wertwandels und seines Einflusses auf die Protestbewegung noch weitgehend Einigkeit, so zeigten sich bei den Sachverständigen in der Einschätzung dieser Vorgänge unterschiedliche Meinungen. Man wird den positiven Ansätzen in der Protestbewegung nicht gerecht, wenn man ihr allgemein eine tiefe Gefühlsbetontheit und Verstandesfeindlichkeit, die Ablehnung des Leistungsprinzips und eine sich als „anarchistisch“ verstehende Freiheitsauffassung zuweist. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß eine Selbstverwirklichung, die ihre Sozialbindung bestreitet und sich nur an den eher lustbetonten eigenen Bedürfnissen orientiert, sich selbst wieder zerstören würde. Sie würde auch jenen inneren Zusammenhang auflösen, der zwischen dem neuen Wertbewußtsein und der Sinnfrage gerade für junge Menschen besteht.

Arbeitsmoral

Im Zusammenhang mit den hier angesprochenen Fragen des Wertwandels darf auch nicht übersehen werden, daß die Struktur und Dynamik unserer Industriegesellschaft und ihrer Arbeitsweise selbst die Herausbildung einer „ambivalenten“ oder „doppelten Moral“ begünstigt hatten. Dies läßt sich beispielhaft am Spannungsverhältnis zwischen Arbeits- und Konsummoral zeigen: Wie nie zuvor in der Geschichte wurden in der Industriegesellschaft Mensch und Gesellschaft von der Arbeit und der ökonomischen Leistung her definiert. Arbeit und Erwerb wurden weithin zum wichtigsten Mittel gesellschaftlichen Erfolges und eines sinnerfüllten Lebens; sie sind fortan nicht mehr nur notwendige Bedingungen menschlicher Existenz, sondern vielfach beherrschender Lebensinhalt. Die — auch gegenüber vorindustriellen Epochen — verlängerte Arbeitszeit und erheblich gesteigerte Arbeitsintensität, die erhöhten Mobilitätsanforderungen und die damit zusammenhängende Zerstörung traditioneller Lebensbezüge machten das Leben für die meisten Menschen weitgehend zum Arbeitsleben. Entsprechend war Erziehung nun vor allem andere Erziehung zur Arbeit; Tugenden wie Fleiß, Sparsamkeit und Disziplin hatten Vorrang.

Konsummoral

Erst die Weiterentwicklung der Industriegesellschaft zur Gesellschaft des Massenkonsums brachte hier einen Wandel. Der Aufspaltung des Lebens in Arbeits- und Freizeit, die durch die fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit immer deutlicher wurde, entsprach bald eine Aufspaltung der Moral in eine asketische Arbeitsmoral und eine hedonistische, d. h. eine ausschließlich und zumeist auch auf unmittelbaren Lustgewinn ausgerichtete Konsummoral. Die Konsumgesellschaft förderte gleichzeitig beide sich widersprechenden Moralen und begünstigte so eine folgenreiche gesellschaftliche Bewußtseinspaltung. Die Klammer zwischen den beiden Moralhaltungen besteht vor allem im Ökonomismus, in der Auffassung nämlich, daß al-

lein das ökonomisch Verwertbare im Leben zählt. Etwas — wenn möglich, immer mehr — leisten und sich etwas — wenn möglich, immer mehr leisten können, darauf reduziert sich nach ökonomistischer Sicht der Inhalt des menschlichen Lebens.

Viele Menschen, insbesondere diejenigen, die unter Bedingungen arbeiten müssen, die wenig oder kaum Raum für Selbsttätigkeit, selbstverantwortetes Tun, Phantasie und Kreativität lassen, und dies ist heute die Mehrzahl, betrachten die Arbeitszeit als „verlorene Zeit“ und suchen in der Freizeit das eigentliche Leben. Umfragen zeigen, daß heute die Freizeit und die sich in ihr bietenden Möglichkeiten, trotz wachsender Probleme bei der Sicherung der Arbeitsplätze, vor der Arbeit als Ort der Wertverwirklichung und Persönlichkeitsbildung rangieren. Damit geht einher, daß auf die Freizeit bezogene Wertvorstellungen die auf die Arbeit bezogenen als Leitwerte der Gesellschaft abzulösen beginnen. Diese Entwicklung dürfte sich fortsetzen, wenn die sich abzeichnenden großen Rationalisierungsschübe zu weiteren erheblichen Arbeitszeitverkürzungen führen.

Dies bedeutet für viele Menschen, daß es für sie wichtiger wird, sich entsprechend der vorherrschenden Konsummoral immer mehr leisten zu können, als selbst immer mehr zu leisten. Es hat wenig Sinn, nur darüber Klage zu führen und in diesem Zusammenhang von Sittenverfall oder persönlichem Versagen zu sprechen; es handelt sich hier auch um Auswirkungen von allgemeineren gesellschaftlichen Veränderungen wie exzessiver Arbeitserlegung und beschleunigter Rationalisierung und Automation, der Zerstörung der traditionellen Arbeitskultur und der weiteren Steigerung des Massenkonsums.

„Postmaterialistische Werte“

Allerdings ist das bisher Geschilderte nur die eine Seite des Prozesses. Mit der Verschiebung der Gewichte zwischen Arbeit und Freizeit geht nicht nur und nicht überall der Vorrang der Konsummoral vor der traditionellen Arbeitsmoral einher. Auf der Grundlage eines hohen Niveaus der materiellen Lebenssicherung und des Zurücktretens der Arbeitswirklichkeit als beherrschenden Faktors in der Gesellschaft gewinnen auch nicht-ökonomische, postmaterialistische Werte an Bedeutung. Dies spielt in neuerer Zeit vor allem, aber keineswegs ausschließlich, bei den Jüngeren eine Rolle. Der Jugendprotest ist in weiten Teilen nur zu verstehen, wenn man auch diesen — in objektiven Veränderungen gründenden — Wertwandel und den damit zusammenhängenden Wandel der Lebensformen berücksichtigt. Die verstärkt vorgebrachte Forderung nach „Selbstverwirklichung“ und „Selbstbestimmung“, die im neuen Jugendprotest ebenso wie in der Studentenbewegung am Ende der sechziger Jahre eine zentrale Rolle spielt, ist aber insofern doppeldeutig, als sie sowohl im Sinne der Konsummoral, d. h. hedonistisch, als auch im Sinne einer neuen sozialen postmaterialistischen Sicht und Lebensweise verstanden werden kann.

Im Jugendprotest treten die hedonistische und die postmaterialistische Variante gelegentlich vermischelt auf. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß hier — oft im Gegensatz zu der eher hedonistisch geprägten Erwachsenenkultur — das postmaterialistische Moment vorherrscht. Daß es sich bei der sich im Jugendprotest ankündigenden Umwertung nicht einfach um die Absolutsetzung einer hedonistischen Konsummoral handelt, wird besonders deutlich an den von Minderheiten unternommenen Versuchen, auch die Arbeitswelt im weitesten Sinne von den neuen Werten her umzugestalten. Die mit dem Jugendprotest eng verflochtenen „neuen sozialen Bewegungen“, insbesondere die Alternativbewegung, streben auch danach, Formen des Arbeitens, des Produzierens, der gesellschaftlichen Leistungserbringung durchzusetzen. Diese erlauben in einem erweiterten Sinne die Entfaltung menschlicher Möglichkeiten und suchen Strukturen der Unterordnung, übertriebene Konkurrenz, zu weit getriebene Spezialisierung und Monotonie zu vermeiden. Es geht also auch hier im Kern nicht um Verneinung von Leistung, sondern um die Veränderung der Bedingungen, unter denen Leistung erbracht wird, und um den humanen und sozialen Sinn der Leistung.

Damit im Zusammenhang sind auch die Versuche zu sehen, die rigide Trennung von Arbeit und Freizeit zu überwinden, Formen der Integration von Wohnen und Arbeiten zu entwickeln und insgesamt eine ganzheitliche Sicht gegen die moderne Zerstückelung des Lebens und der Menschen durchzusetzen. Die neuen sozialen Bewegungen setzen im ganzen weniger auf die Befreiung von der Arbeit als auf die Befreiung der Arbeit. Ihr Motto lautet weder „Leben, um zu arbeiten“ noch „Arbeiten, um zu leben“; ihr Leitziel ist die Entfaltung der Persönlichkeit in einem nach humanen und solidarischen Grundsätzen neugeordneten sozialen Leben, das Arbeit und Muße, Spiel und Ernst, Dienst am Nächsten (sowie am Fernsten!) und Selbstverwirklichung gleichrangig und ohne falsche Entgegensetzung umfassen soll. Der einheitliche Gesichtspunkt oder der „Sinnhorizont“, von dem her diese Vorstellungen entwickelt werden, ist kaum je ausdrücklich formuliert. Eine entscheidende Rolle scheint aber ein „ganzheitliches“, dem ökonomistischen entgegengesetzten Menschenbild zu spielen.

Eines freilich kann auch diese Entwicklung nicht aufheben: den asketischen Grundzug, der in aller, auch der als sinnvoll erlebten und selbstbestimmten Arbeit liegt. Auch sie ist notwendig mit einem gewissen Maß an Mühe und Triebverzicht verbunden. Aus diesem Grunde darf die neue sich herausbildende Arbeits- und Leistungsmoral, wenn sie sozial funktionsfähig sein soll, nicht hedonistisch sein. Sie wird notwendig jenseits der falschen und zerstörerischen Alternative einer hedonistischen Konsummoral und einer den Menschen als Person neugierenden Arbeitsmoral zu suchen sein.

Jugend und Leistung

Jugendliche lehnen Leistung nicht schlechthin ab; Jugendliche setzen die Leistung lediglich nicht als

obersten Wert ihres Lebens und lassen sich nicht für alles einspannen. Sie können und wollen außerordentliche Leistungen erbringen, wenn sie von den Zielen überzeugt sind und sich auch persönlich gefordert fühlen. Beispiele für eine sinnbringende Arbeit sehen sie im Einsatz für Jugendzentren, für sozial Benachteiligte, für Völker der Dritten Welt, für Abrüstung und Friedenssicherung. Leider werden sie oft an einer eigenständigen sozialen Leistung gehindert, manchmal sogar in ein gesellschaftliches Abseits gedrängt. Statt Ermutigung erleben sie häufig Entmutigung.

Leistungsbewertung in der Schule

Über die Leistungsbewertung in der Schule konnte in der Enquete-Kommission keine einvernehmliche Auffassung erzielt werden. Eine Mehrheit der Kommission vertrat folgende Meinung: Die Praxis der Leistungsbewertung in unseren Schulen sollte als eine der Ursachen für das vielfach beklagte gebrochene Verhältnis von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Wert der „Leistung“ nicht übersehen werden. Mit Hilfe von Ziffernnoten wird in der Schule eine kleine Leistungselite aus der Gesamtzahl der Schüler ausgelesen, anstatt daß jeder Schüler entsprechend seinen individuellen Fähigkeiten und Neigungen gefördert und mit der ihm möglichen Leistung anerkannt wird. Da die Zahl der erreichbaren Rangplätze aber nicht vermehrbar ist, bedeutet eine gute Leistung zwangsläufig, daß viele andere auf der Strecke bleiben müssen.

Der Zwang zur Auslese nach Rangplätzen bringt es mit sich, daß es als Leistung nicht anerkannt werden kann, wenn man zusammen mit allen anderen Lernfortschritte macht, sondern nur, wenn man viele andere hinter sich läßt. Damit ist aber von vornherein ein entsolidarisierendes Konkurrenzverhältnis gesetzt: Wer in der Schule eine gute Leistung erreichen will, muß zwangsläufig daran interessiert sein, daß viele andere Schüler schlechtere Leistungen erbringen. Diese ruinöse Leistungskonkurrenz macht die Schule vielfach zu einem Ort der Angst. Lernen sollte als freudige Erprobung der eigenen Fähigkeiten und Leistungen erlebt werden. Angst vor dem Versagen lähmt aber eher, als daß sie zur Leistung beflügelt.

Darüber hinaus sind die Ziffernnoten ein viel zu grober Maßstab, um auch nur annähernd zutreffende Informationen über das wirkliche Begabungsspektrum der Schüler zu geben. Deshalb sollten seit Jahren erprobte und praktizierte Wortgutachten als überzeugende Alternativen zur Ziffernbenotung Eingang auch in die höheren Jahrgangsstufen der öffentlichen Schulen finden. Solche pädagogischen Wortgutachten geben dem Schüler gezielter Auskunft über seine Begabungen und Lernfortschritte und sind ihm eine fördernde Hilfestellung für seine Schul- und Berufslaufbahn. Da Wortgutachten keine Platzziffern zuweisen, können sie nicht eingeklagt und überprüft werden; hierdurch wird zugleich die zunehmende Verrechtlichung der Schule abgemildert. Hinzu kommen muß eine pädagogische Begleitung durch die Lehrer, die sich am

Ziel einer optimalen Schülerförderung und nicht an der herrschenden Auslesepraxis orientiert. Denn das in der Schule vorherrschende Ausleseprinzip ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig: Es wirkt nicht nur entsolidarisierend, sondern auch leistungshemmend und liefert keine ausreichend genauen Hinweise auf die jeweils besonderen Fähigkeiten der Schüler. Natürlich ist es in jeder arbeitsteiligen Gesellschaft notwendig und sinnvoll, nach den je besonderen Fähigkeiten und Neigungen zu differenzieren. Aber gerade wenn der ganze Reichtum menschlicher Fähigkeiten sich nach Möglichkeit entfalten soll, darf nicht schon in der Schule eine Form der Auslese betrieben werden, die genau dies verhindert, indem sie wenige Erfolgreiche und viele Versager produziert.

Darüber hinaus weist ein Teil der Enquete-Kommission auf folgendes hin: Die Auslese nach Rangplätzen, wie sie in der Schule vorgenommen wird, ist nicht unabhängig von der übrigen Gesellschaft zu sehen. Die hierarchischen Strukturen der privaten und öffentlichen Institutionen, auf die hin die Schule ausbildet, und die in der Gesellschaft vorherrschenden Karrieremuster wirken auch in dieser Hinsicht prägend auf die Schule zurück. Die krassen Rangunterschiede in den gesellschaftlichen Teilsystemen, denen Schule und Hochschule vorgelagert sind, müssen deshalb abgebaut werden.

Eine Minderheit der Enquete-Kommission vertritt zur Frage der Leistungsbewertung in der Schule folgende Ansicht:

Nicht die Leistungsbewertung an den Schulen ist der Grund für das angeblich gebrochene Verhältnis junger Menschen zur Leistung. Nicht die Ziffernnoten allein sind Ursache einer Auslese. Vielmehr stellt die Welt des Berufs bestimmte Anforderungen an Können und Leistung jedes einzelnen. Leistungsbereitschaft und Differenzierung nach den individuellen Neigungen und Fähigkeiten der jungen Menschen sind die Grundlagen der arbeitsteiligen Gesellschaft. Nur wer Leistung grundsätzlich ablehnt, wird auch jede differenzierende Leistungsbewertung als inhuman erklären. Wenn aber Schule keine eindeutige, objektive und vergleichbare Aussage über den Leistungsstand des Schülers trifft, werden Berufswelt und Hochschule mit eigenen Prüfungen ihre Auslese treffen; denn Schule und Gesellschaft hängen innerlich zusammen.

Subjektiver Leistungsdruck und abqualifizierende Auslese sind keine eindeutigen Folgen einer objektiven Leistungsbewertung. Vielmehr muß sich eine Bildungsreform, die als einziges Bildungsziel das Abitur und die akademische Bildung propagierte und damit gleichzeitig die berufliche Bildung abwertete, vorwerfen lassen, eine Differenzierung der Schüler nach ihren individuellen Anlagen erschwert und gleichzeitig den Druck auf die Schulen und die Schulnoten verstärkt zu haben. Wenn dazu noch vielfach aus einer fragwürdigen Nachsicht heraus die Auswahl der Schulnoten auf die ersten Bewertungsstufen zusammengeschrunpft ist, muß-

te der für viele nicht mehr begreifbare Kampf um Zehntelnoten zwangsläufig einsetzen. Wenn zudem Jugendliche in ihrem Leistungsbemühen von der eigenen, oft überforderten Familie allein gelassen wurden, mußten sie durch die vage Rede vom „Leistungsstreß“ noch mehr persönlich getroffen werden.

Richtig verstandene und praktizierte Leistungsbewertung dient zuerst dem Ziel, dem Schüler mitzuteilen, inwieweit seine Leistungen einem objektiven Maßstab entsprechen, wie sie in den Anforderungen der Lehrpläne zu sehen sind. Schulische Leistungsbewertung stellt damit aus sich heraus nicht auf Konkurrenz um den besseren Platz einer Rangliste ab. Sie geht nicht von einer vorgegebenen Prozentquote der einzelnen Notenstufen im Sinne einer Normalverteilungskurve aus. Leistungsbewertung an sich zerstört auch nicht notwendigerweise die Solidarität in Schulklassen. Die meisten Schüler wissen, daß für ihre weitere Berufslaufbahn nicht ein Rangplatz innerhalb einer Klasse, sondern ihr objektiv festgestellter Kenntnisstand entscheidend ist. Dabei soll nicht bestritten werden, daß in der Schule zuweilen die Vermittlung jener sozialen Werte behindert wird, die sie eigentlich anstrebt.

Wenn Leistung und Leistungsbewertung aufgrund der Lebenssituation eines Jugendlichen sinnvoll und der Anforderungen in der Berufswelt notwendig sind, ist die Ziffernnote immer noch die objektivste, gerechteste, am besten vergleichbare Form der Leistungsbewertung. Sie steht auch nicht allein: Motivierende und fördernde Anmerkungen und Aussagen erteilt der Lehrer während des ganzen Schuljahres — vor allem als Anmerkungen auf schriftliche Arbeiten, in der Sprechstunde mit den Eltern, in der menschlichen Begegnung mit dem Schüler. Engagiert sich ein Lehrer in der Schule persönlich, können auch schlechte Noten auf einen Jugendlichen motivierend wirken. Wortgutachten können in ihren Aussagen oft nur vom Lehrer entschlüsselt werden. Sie sind zudem stark subjektiver Beeinflussung ausgesetzt und laufen Gefahr, zu standardisierten Schablonen zu entarten.

Sie greifen auch viel tiefer in die Persönlichkeitsphäre des Schülers ein. Bei dem Versuch, fehlenden Fortschritt in Worten auszudrücken, muß zwangsläufig von menschlichen Schwächen die Rede sein — und das in einem für alle, auch für den zukünftigen Arbeitgeber, einsichtigen Dokument. Wortgutachten verhindern nicht die Nachprüfbarkeit schulischer Leistungen vor dem Gericht, im Gegenteil: sie fordern sie geradezu heraus. Ziffernnoten geben hingegen nur eine Aussage über den Leistungsstand des Schülers wieder und vermeiden damit diese Nachteile der Wortgutachten.

Statt der — auch von namhaften Wissenschaftlern abgelehnten — Wortgutachten ist eine Anerkennung auch der praktischen Begabungen und der beruflichen und handwerklichen Ausbildung nötig. Die voraussehbaren Chancen für Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt machen deutlich, daß nicht der Streit um Notensysteme, sondern eine

Ausrichtung der Ausbildung nach den individuellen Fähigkeiten und Begabungen der einzelnen jungen Menschen und eine Anerkennung des Schülers als Mensch auf der Sinnsuche für ihre Motivation und auch für das Verhältnis unter den Schülern wesentlich sind.

Politische Einstellungen von Jugendlichen

Wie in der Frage der Einstellung der Jugendlichen zur Leistung muß auch in der Frage ihrer politischen Einstellung unterschieden werden. Nicht die pluralistische Demokratie, das Mehrheitsprinzip und die Notwendigkeit des Kompromisses werden abgelehnt, sondern — wie es Jugendliche empfinden — die Undurchschaubarkeit der politischen Entscheidungswege, der Mangel an tatsächlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger, der starke Einfluß wirtschaftlicher Interessen, die Unfähigkeit zu zukunftsgerichtetem Handeln. In ihrem Streben nach mehr Mitbestimmung treffen sie sich mit gleichlaufenden Interessen der Erwachsenen.

Neben dem gestiegenen materiellen Wohlstand bieten wachsende Freizeit und breitere Ausbildung diese Voraussetzungen für mehr Mitsprache und Mitbestimmung. Ebenso veranlaßt die Bürgerferne mancher politischer Entscheidungen viele, ihr Begehren nach Mitbestimmung in Bürgerinitiativen oder in der Protestbewegung zum Ausdruck zu bringen. Dieser friedliche Protest kann im wesentlichen als prodemokratisch angesehen werden. Leider wird er zuweilen durch die ihm eigene Unduldsamkeit wieder fragwürdig.

Entfremdung zwischen Jugend und Politik

Der Staat und seine Vertreter werden von den protestierenden Jugendlichen zumeist als ihre eigentlichen Gegner, wenn nicht gar als Feinde wahrgenommen. Dies bedeutet freilich nicht, daß sie durchweg vom „Staat“ nichts mehr erwarten. Vielmehr richten sie ihre Forderungen fast immer an staatliche Stellen und sind enttäuscht, wenn ihren Forderungen und Erwartungen nicht entsprochen wird.

Doppelte Erwartungen an den Staat

Dieses auffällige Schwanken zwischen einer schroffen Ablehnung des Staates und der Forderung nach Beistand und Unterstützung durch den Staat — wie es etwa in der Diskussion um die „Staatsknete“ in der Alternativbewegung zum Ausdruck kommt — ist keineswegs kennzeichnend für den Jugendprotest allein. Wie anhand von umfangreichem Untersuchungsmaterial belegt werden kann, findet sich diese Art von „Steinbruchmentalität“ gegenüber dem Staat — Nehmen ohne zu Geben — auch bei vielen Erwachsenen. Der eigentliche Grund dürfte darin liegen, daß dem Staat in den letzten Jahr-

zehnten in allen entwickelten Industriegesellschaften gleichsam eine Allzuständigkeit für die Lösung von Problemen zugewachsen ist. Er kann ihr aber — vor allem bei fortschreitender weltwirtschaftlicher Krisenentwicklung — zunehmend weniger gerecht werden.

Erfahrungen mit dem Staat

Wenn Jugendliche — und in geringerem Umfang auch Erwachsene — versuchen, sich eigene Handlungsräume zurückzuerobern, geraten sie allerdings oft mit den Zuständigkeitsansprüchen des Staates in Konflikt. Das Streben, alle Lebensbereiche gesetzlich regeln zu wollen und bürokratische Unbeweglichkeit drohen vielfach, ihre Initiativen von vornherein zu ersticken. Für viele Jugendliche ist der Staat deshalb eine Macht, die sich jedem gesellschaftlichen Wandel widersetzt, und der Vertreter einer fertigen Welt, in die man sich einzufügen hat und die für selbstbestimmte Aktivitäten keinen Raum läßt.

Kritik am Staat

Das Aufbegehren junger Menschen gegen den Staat ist zu einem erheblichen Teil gegen die Versuche gerichtet, immer tiefer in die Lebensgestaltung des einzelnen einzugreifen. Ein immer wieder vorgebrachtes Beispiel ist der Anspruch staatlicher Behörden, die Gewissensentscheidung von Kriegsdienstverweigerern überprüfen zu wollen.

In der Kommission bestehen unterschiedliche Ansichten darüber, ob mit der inzwischen erfolgten Neuregelung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung die bisherigen Bedenken ausgeräumt sind.

Das Handeln des Staates wird heute von vielen Jugendlichen eher als Knebelung und nicht als Grundlage eigener Selbständigkeit erfahren. Der Staat gilt neben den großen Konzernen für viele protestierende Jugendliche als der verantwortliche Träger einer wirtschaftlich-technischen Entwicklung, die zunehmend als „lebensbedrohend“ empfunden wird. In Politik und Verwaltung werden Lebenszusammenhänge zumeist nach bürokratischen Zuständigkeiten aufgespalten. Viele Menschen haben deshalb das Gefühl, daß die „Rationalität“, die durch Staat, Verwaltung und Großinstitutionen verkörpert wird, im Kern „lebensfeindlich“ ist.

Diese Auffassung spiegelt sich auch in dem vor allem in der Jugend verbreiteten Vorbehalt gegen Institutionen und in der Überschätzung der Spontaneität. Sie berührt sich auch mit einer verallgemeinernden Kritik an der Bürokratie und einer ebenso verallgemeinernden Verteufelung großer Konzerne, wie sie heute vielfach üblich geworden ist. Sie verfestigt sich bei Jugendlichen in dem Maße, in dem sie erfahren, daß ihre Anregungen, ihr Protest, ihr Streben nach Mitwirkung vom politischen System nicht zur Kenntnis genommen oder abgewehrt wird.

Zur Frage der Gewalt

In der Wahrnehmung vieler Jugendlicher existiert eine tiefe Kluft zwischen dem offiziellen, auch von der Verfassung vorgegebenen Verständnis von gewaltlosem Protest in der Demokratie und der staatlichen Reaktion auf diesen Protest.

Junge Menschen erleben häufig, daß ihren Forderungen hinhaltend begegnet wird, indem sich eine ausufernde Bürokratie oftmals für unzuständig erklärt oder rechtliche Schwierigkeiten vorgibt. Dies verschärft Konflikte oder führt zu Resignation bei den Betroffenen.

Einige Jugendliche glauben, aus dem mangelnden Willen oder der mangelnden Fähigkeit des Staates, auf ihre Forderungen einzugehen, ein Widerstandsrecht ableiten zu können. Da sie ihre eigene Zukunft, ja die Zukunft der Menschheit schlechthin, gefährdet sehen, halten sie letztlich auch die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele für berechtigt.

Allgemein ist festzustellen, daß die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen eher überschätzt wird und weit geringer ist, als es durch die Darstellung in den Medien erscheint. Häufig bestimmen kleine Gruppen von gewalttätigen Jugendlichen das öffentliche Bild von ansonsten friedlichen Massendemonstrationen. Gleichwohl zeigt sich in der Gewaltbereitschaft auch kleiner Gruppen ein Verlust an politischer Kultur.

Staatliches Gewaltmonopol

Die Kommission ist der Auffassung, daß in der Bundesrepublik Deutschland als einer Demokratie allein der Staat berechtigt ist, Gewalt auszuüben und damit über das Gewaltmonopol zum Schutz für die Schwächeren und als Garantie für ein friedliches Zusammenleben aller Bürger verfügt. Wenn andere zur Durchsetzung ihrer Interessen dies für sich beanspruchen, kann die eigentliche Aufgabe des Staates, die Freiheit der Bürger, das Recht jedes einzelnen sowie inneren Frieden zu gewährleisten, nicht mehr erfüllt werden. Die Weichen in eine „Ellenbogengesellschaft“, in der der Schwächere auf der Strecke bleibt, weil das Faustrecht des Stärkeren die Wirklichkeit prägt, wären gestellt.

Freiheit für den einen darf nicht Unfreiheit für den anderen bedeuten. Das heißt, daß der Schutz der Freiheit des einen nicht auf Kosten der Freiheit des anderen gehen darf.

Legalität und Legitimität

Die Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols bedingt jedoch, daß staatliches Handeln für die Bürger einsichtig und nachvollziehbar ist. Gerade in der Demokratie muß sich der Staat bei seinem Handeln stets neu um Glaubwürdigkeit bemühen. Zur Rechtfertigung staatlicher Entscheidungen reicht der Hinweis, daß sie in einem formal einwandfreien Verfahren zustande gekommen sind, nicht aus. Viel-

mehr muß staatliches Handeln von den Bürgern als menschlich und gerecht empfunden werden können. So ist die Kehrseite einer glaubwürdigen Behauptung des Gewaltmonopols durch den Staat eine Politik, die Mißstände beseitigt und als dauernde Aufgabe gerechtere gesellschaftliche Zustände anstrebt.

Daneben ist es notwendig, daß legitime staatliche Gewalt nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eingesetzt wird und Überreaktionen vermieden werden. Die Organe des Staates sind aufgerufen, Konflikte möglichst gewaltlos abzubauen und sie nicht durch unverhältnismäßigen Einsatz staatlicher Gewalt zu schüren.

Die Frage nach der Amnestie

Dies bedeutet, daß es unter Umständen durchaus vertretbar sein kann, Rechtsverstöße dann nicht zu verfolgen, wenn bei der Durchsetzung von Gesetzen eine unverhältnismäßige Gefährdung für den inneren Frieden entstünde. Der Verzicht auf die Räumung von Häusern, die lange leerstanden und dann besetzt wurden, ist dafür ein Beispiel.

Wo und wann immer Mißstände durch staatliches Handeln oder Unterlassen verursacht worden sind, stellt sich die Frage, was mit jenen zu geschehen hat, die dagegen mit unrechtmäßigen Mitteln vorgegangen sind. Die Kommission setzt sich dafür ein, daß Straftaten, die von Jugendlichen im Zusammenhang mit Protestaktionen begangen worden sind, nicht unangemessen geahndet werden. Eine Mehrheit der Kommission beobachtet eine Tendenz zu unangemessen hohen Strafen. Eine Minderheit der Kommission sieht eine solche allgemeine Tendenz nicht. Nach Auffassung der Kommissionsmehrheit fördern derartige, mit dem ohnehin problematischen Mittel der Abschreckung begründete Strafen in Wahrheit die Abwendung junger Menschen von Staat und Gesellschaft.

Eine Mehrheit der Kommission kritisiert ferner die zu beobachtende Praxis, für andere Sachverhalte geschaffene und problematische Straftatbestände wie etwa den § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen) auf Protestverhalten Jugendlicher anzuwenden. Eine Minderheit sieht eine solche Praxis nicht.

Eine Mehrheit meint, daß nach dem Vorbild einer Amnestie, wie sie nach 1968 für Teile der damaligen Studentenbewegung erlassen wurde, auch heute Straffreiheit gewährt werden soll. Eine solche Erklärung der Straffreiheit soll eine weitere Ausgrenzung von Teilen der Gesellschaft vermeiden helfen und die Auseinandersetzungen zwischen Staat und protestierender Jugend entkrampfen. Der Staat muß durch Beseitigung gesellschaftlicher Mängel die Voraussetzung dazu schaffen. Über den Umfang von Straffreiheitserklärungen bedarf es einer eingehenden Diskussion unter Hinzuziehung von Fachleuten.

Eine Minderheit lehnt eine Amnestie ab. Der Verzicht auf strafrechtliche Verfolgung würde als ein

Zurückweichen des Staates erscheinen und zu weiteren Rechtsverstößen ermutigen. Weitgehende Rechtsunsicherheit wäre die zwangsläufige Folge, zumal die Wiederanwendung ausgesetzter Rechtsvorschriften dann als staatliche Willkür erscheinen könnte. Rechtstreue müßten sich fragen, warum sie sich überhaupt an das Gesetz halten. Die Rechtsuntreuen wären geradezu ermuntert, weiterhin gegen das geltende Recht zu verstoßen, da sie keine Gegenmaßnahmen des Staates zu befürchten hätten. Eine individuelle Auseinandersetzung mit Rechtsverstößen, die bei Antragsdelikten die Möglichkeit der Rücknahme von Strafanträgen einschließen kann, erscheint gerechter als eine allgemeine Straflosigkeit.

Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz

Die in kleinen Gruppen anzutreffende Ablehnung des Mehrheitsprinzips und der repräsentativen Demokratie gibt der Kommission aber auch Anlaß, auf die Unverzichtbarkeit dieser friedensstiftenden Grundsätze hinzuweisen. Nur wer Mehrheitsentscheidungen respektiert, kann erwarten, daß seine Auffassung in gleicher Weise anerkannt wird, wenn sie sich mehrheitlich durchsetzt. Die Behauptung des Mehrheitsprinzips heißt aber zugleich, daß Minderheiten geschützt werden und ihnen ausreichende Möglichkeiten zu Veränderungen in verfassungsmäßiger Weise eingeräumt werden müssen. Die Kommission hält es für durchaus angemessen, wenn in diesem Zusammenhang über die Verlagerung von Entscheidungen „nach unten“ und über den Ausbau von Elementen unmittelbarer Demokratie ernsthafter nachgedacht wird. Ihre Einfügung in das System einer repräsentativen Demokratie könnte durchaus dazu beitragen, einen weiteren Verlust an Glaubwürdigkeit des politischen Systems zu vermeiden.

Glaubwürdigkeit von Politik und Politikern

Die Frage der Glaubwürdigkeit von Staat und Politik ist einmal eine Frage der Leistungen bzw. des Versagens von Politikern und Parteien bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme. Die Anhörungen zeigten, daß das Vertrauen der protestierenden Jugendlichen in Politiker und Parteien erheblich darunter gelitten hat, daß diese sich in den Augen vieler zur Bewältigung der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme als mehr oder weniger unfähig erweisen. Glaubwürdigkeit und Vertrauen sind aber auch eine Frage von Stil und Methoden von Politik. Gerade Vorgänge um die sogenannte Spendenaffäre dürften die Glaubwürdigkeit der Politik weiter erschüttert haben. Die Glaubwürdigkeit von Politikern und Parteien ist für die protestierenden Jugendlichen von besonderer Bedeutung, da sie ein im Kern moralisch-idealistisches Politikverständnis besitzen.

Immer wieder wurde in den Anhörungen von seiten der Jugendlichen den Politikern Unehrlichkeit und Opportunismus vorgehalten. Es wurde darüber Klage geführt, daß die Politiker, statt sich der Ver-

antwortung für die Probleme zu stellen, die Justiz und die Polizei gegen die protestierenden Jugendlichen mobilisieren. Dabei zeigte sich auch, daß das Verhalten des Staates und der Politiker als ungerichtet empfunden wird; Hausbesetzer würden kriminalisiert, während Spekulanten unter dem Schutz des Rechtsstaates ihr Unwesen treiben könnten. Gerade in Berlin spielt diese Argumentation unter protestierenden Jugendlichen eine große Rolle.

Fragwürdiger Dialog mit der Jugend

Auch der von Politikern und Parteien schließlich mit großem Aufwand inszenierte „Dialog mit der Jugend“ erregt bei den betroffenen Jugendlichen eher Mißtrauen. Vielfach wird unterstellt, daß es Politikern und Parteien nicht eigentlich darum gehe, die Probleme der Jugendlichen zu diskutieren. Ihr Interesse an der Jugend erschöpfe sich darin, Wählerstimmen zu gewinnen. Allzuoft haben Jugendliche den Eindruck, daß statt des angebotenen Dialogs die Politiker nur an einem medienwirksamen Monolog interessiert seien.

Vertrauen zurückgewinnen

Die Anhörungen haben in der Kommission den Eindruck bestärkt, daß die eingetretene Entfremdung zwischen einem Teil der Jugend auf der einen und dem politischen System und seinen Vertretern auf der anderen Seite nicht durch kurzfristig taktische Maßnahmen behoben werden kann. Dies wird nach Auffassung der Kommission nur nach einer langen Phase „vertrauensbildender Maßnahmen“ und nach überzeugenden Schritten zur Veränderung von Stil und Inhalt der Politik gelingen können. Allerdings wird man negativen Vorurteilen gegenüber Staat, Parteien und deren Vertretern — insgesamt gegenüber „denen da oben“ — entgegentreten müssen. Unter Jugendlichen herrscht oft ein wirklichkeitsfremdes und vorurteilvolles Politikverständnis, welches die Gefahr in sich birgt, daß auch undemokratische Traditionen der Parteienkritik wieder aufleben.

Wertgrundlagen der Politik verdeutlichen

Viele junge Menschen sehen ihrer Zukunft mit Gefühlen der Angst entgegen. Die Kommission hält es deshalb für besonders wichtig, bei politischen Entscheidungen nicht nur kurzfristig zu denken und zu handeln. Entscheidungen müssen überzeugend sein und es dem einzelnen ermöglichen, sein Handeln an Zielen auszurichten, die ihm als sinnvoll erscheinen. Politik muß deutlich machen, auf welcher Wertgrundlage die jeweiligen politischen Handlungen erfolgen, und sich auf Dauer daran orientieren. Wenn diese Wertorientierung nicht deutlich wird, ist politisches Handeln in der Gefahr, zum bloßen Pragmatismus zu geraten. Tagespolitik ohne Zukunftsperspektive ist nicht in der Lage, auf die Zukunftsangst junger Menschen sinnvolle Antworten zu geben. Aus diesem Grunde war es wichtig, den

amerikanischen Regierungsbericht „Global 2000“ auch im Plenum des Deutschen Bundestages zu diskutieren. Daraus sollten — wie ebenfalls aus dem Bericht der Nord-Süd-Kommission — sichtbare Konsequenzen gezogen werden. Mit pragmatisch-politischen Ansätzen und einer isolierten Jugendpolitik allein wird man dem Problem des Jugendprotestes nicht gerecht. Die Frage junger Menschen nach dem Sinn des Lebens enthält die Suche nach sozialen Bindungen und sozialen Aufgaben. Angesichts der Tatsache, daß in der Kleinfamilie weniger soziale Erfahrungen gemacht werden können und daß eine Gesellschaft, die eher auf Eigennutz ausgerichtet ist, soziales Engagement gering schätzt, müssen die Wahrnehmungsfähigkeit für soziale Not und die Bereitschaft zum Helfen gefördert und zur Grundlage zukünftiger Politik gemacht werden.

Jugend im Abseits — Gefahr für die Demokratie

Eine nennenswerte Zahl von Jugendlichen, darunter auch viele Kinder von Ausländern, erhält heute in unserer Gesellschaft kaum eine Chance, überzeugende Zukunftsaussichten zu entwickeln. Dieser Teil ist heute glücklicherweise noch relativ klein, würde aber weiter wachsen, wenn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und mit ihnen die Jugendarbeitslosigkeit zunehmen. Auf Dauer kann dies zur Herausbildung eines zahlenmäßig bedeutsamen ju-

gendlichen Subproletariats führen, das, da es nicht zu verlieren und auf normalen Wegen auch nichts zu gewinnen hat, zum Nährboden für Gewalt und Kriminalität und zum Sammelbecken links- und rechtsextremistischer Gruppen wird.

Eine Verschärfung der Auseinandersetzungen würde aller Voraussicht nach dazu führen, daß immer mehr Jugendliche, die sich im Protest engagieren und mit der Staatsgewalt in Konflikt geraten, ins Abseits abgedrängt werden. Ist ein Jugendlicher erst einmal straffällig geworden, dürfte es ihm schwerlich gelingen, sich aus eigener Kraft wieder in das soziale Gefüge der Gesellschaft einzufinden. Schon heute lebt ein Teil der Jugend in unseren Großstädten in sozialen Gettos.

Das allen Bürgern dienende Recht zu wahren und den Brückenschlag zu den Jugendlichen zu versuchen, ist in der Praxis zweifellos schwierig, muß aber mit Nachdruck immer wieder versucht werden. Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland darf nicht den in mancher Hinsicht bequemer erscheinenden Weg der Ausgrenzung gehen. Ebenso wäre es falsch, dem jugendlichen Protest mit kritiklosem Nachgeben zu begegnen. Auch im Interesse der Festigung unserer Demokratie sollte statt dessen der spannungsreiche und sicher nicht immer einfache Weg des kritischen Dialogs, der sozialen Reform und der Integration beschritten werden.

V. Lösungsvorschläge

Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsfragen

Auswirkungen von Arbeitslosigkeit

Um die Jahreswende 1982/83 waren über 200 000 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos. Auch wenn der aktuelle Jugendprotest nicht durch die Jugendarbeitslosigkeit ausgelöst wurde, stellt die Sorge um Ausbildungschancen und um die berufliche Zukunft ein beherrschendes Thema für die junge Generation dar. Zunehmende Jugendarbeitslosigkeit und ein im Vergleich zum Ausbildungswunsch immer größerer Mangel an Ausbildungsplätzen für bestimmte Berufsfelder gliedern einen Teil der Jugend bereits vor dem Einstieg in das Berufsleben von der gesellschaftlichen Teilhabe und Anerkennung aus und bedrohen das Selbstwertgefühl der gesamten jungen Generation.

Arbeitslosigkeit bedeutet für junge Menschen, daß ihre Eigenständigkeit gefährdet ist und sie das Gefühl bekommen, nicht gebraucht zu werden. Arbeit, mit der man sich identifizieren kann, stellt auch für Jugendliche einen wesentlichen Teil der Sinngebung des Lebens dar. Wenn sie wegen Arbeitslosigkeit nicht arbeiten können, geraten Jugendliche in die Gefahr, ihr Leben als sinnlos anzusehen. Der Verlust eines zentralen Sinnbezugs führt insbesondere in Verbindung mit häufigen Mißerfolgen bei

der Stellensuche zur Erfahrung eigener Ohnmacht und der Ausweglosigkeit der eigenen Situation. Diese Erfahrungen können bei länger andauernder Arbeitslosigkeit in Resignation und Apathie umschlagen. Soziale Interessen und aktive Freizeitgestaltung bilden sich zurück, Langeweile wird empfunden. Experten sprechen von einem Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Jugendkriminalität.

Wenn sich auch bei bisherigen Untersuchungen keine direkten Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf politische Einstellungen und Verhaltensweisen haben nachweisen lassen, so ist doch davon auszugehen, daß arbeitslose Jugendliche ein mobilisierbares Potential für rechts- und linksextremistische Gruppierungen werden können.

Bei ihrem Besuch im Ruhrgebiet konnte die Kommission einen Eindruck davon gewinnen, wie sich die zunehmende Arbeitslosigkeit auf junge Menschen auswirkt. In einer Ausbildungsstätte der Ruhrkohle AG traf sie Lehrlinge, die optimistisch und selbstbewußt trotz ungünstiger schulischer Voraussetzungen waren, weil sie die Möglichkeit einer qualifizierten betrieblichen Ausbildung, die Aussicht auf einen Arbeitsplatz und die Chance einer sozialen Einbindung in einen Betrieb hatten. Bei einem Gespräch mit Schülern eines Berufs-

grundschuljahres, die keinen Hauptschulabschluß besaßen, mußte die Kommission erfahren, wieviel Resignation und Pessimismus aus solchen Schülern und vor allem Schülerinnen sprechen, die wissen, daß sie im Anschluß an die Schule kaum eine Chance für Ausbildung und Arbeit haben. Die Kommission konnte sich davon überzeugen, daß eine festgefügte und stabile soziale Struktur wie z. B. im Ruhrgebiet, jungen Menschen, die von Ausbildungsmangel und Arbeitslosigkeit betroffen sind, noch eine integrative Hilfestellung geben kann. Jedoch wird Arbeitslosigkeit in allen Altersgruppen immer mehr zu einer Erfahrung ganzer Regionen, deren sozialer Auswirkung sich niemand mehr entziehen kann.

Arbeitslosigkeit und Jugendprotest

Bisher sind arbeitslose Jugendliche nur zu einem geringen Teil an den verschiedenen Formen des Jugendprotestes beteiligt. Wenn auch im Augenblick eher Reaktionen der Passivität wie Resignation oder die Flucht in den Alkohol, unter Umständen auch die Beteiligung an Krawallen in Fußballstadien zu erwarten sind, so zeigt das Beispiel Großbritannien 1981, daß auch größere Unruhen denkbar sind. Verantwortliches politisches Handeln sollte aber nicht erst dann einsetzen, wenn es zu demonstrativen Aktionen und zum Ausbruch von Gewalttätigkeiten kommt. Die jetzt immer deutlicher werdende Gefährdung der Arbeitsplatzchancen der nachwachsenden Generation ist ein hinreichender Auftrag für die Politik.

Insbesondere an zwei Schwellen treten die Probleme für die Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf auf. Die erste Schwelle ist der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung. Über 95 v. H. der Schulabgänger wollen eine Berufsausbildung absolvieren. Die Zahlen derjenigen, die über die Arbeitsämter einen Ausbildungsplatz suchen, und der angebotenen Ausbildungsplätze geben nur ein ungefähres Bild der Lage auf dem Ausbildungsmarkt. Nicht jeder ausbildungswillige Jugendliche meldet seinen Wunsch dem Arbeitsamt; die von den Arbeitsämtern geführten Statistiken sind oft unvollständig; nicht alle Ausbildungsplätze werden über die Arbeitsämter angeboten; manche Bewerber verzichten von vornherein, weil sie ihre Lage als aussichtslos ansehen. Es ist davon auszugehen, daß in bestimmten Regionen und Ausbildungsberufen zu wenig Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Für die beiden kommenden Jahre ist auf Grund geburtenstarker Jahrgänge mit einer weiteren Belastung des Ausbildungsmarkts zu rechnen.

Berufsausbildung

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist jedoch vielfältiger, als es auf den ersten Blick scheint. So gibt es erhebliche regionale Unterschiede in der Verteilung der Ausbildungsplätze. Die Struktur von angebotenen und nachgefragten Ausbildungsplätzen ist nicht deckungsgleich.

Während sich das Interesse der Jugendlichen auf eine relativ kleine Zahl an Ausbildungsberufen konzentriert, in denen nicht genügend Lehrstellen angeboten werden, gibt es andere Ausbildungsgänge, in denen eine Reihe von offenen Lehrstellen nicht besetzt werden kann. Jugendliche ohne Schulabschluß, Mädchen, ausländische Jugendliche und Behinderte haben besondere Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu erhalten.

Diejenigen, die keine Lehrstellen erhalten, entscheiden sich in der Mehrzahl der Fälle, und zwar zu etwa 80 v. H., für eine schulische Berufsbildung oder den weiteren Verbleib in der allgemeinbildenden Schule. Andere, insbesondere Mädchen, kehren in die Familie zurück oder verzichten auf eine Ausbildung zugunsten einer ungelerten Tätigkeit.

Arbeitsmarkt

Die zweite Schwelle beim Weg in den Beruf ist der Übergang von der Berufsausbildung in den Beruf selbst. Nach einer Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit aus dem Jahr 1981 hatten von den arbeitslosen Jugendlichen bis 25 Jahre 59 v. H. keine abgeschlossene Berufsausbildung; 32 v. H. der Jugendlichen und 9 v. H. der jüngeren Arbeitslosen haben keine Berufserfahrung. Arbeitslosigkeit hat — wie der Mangel an Ausbildungsplätzen — regionale Schwerpunkte. Generell gilt, daß von ihr Mädchen, ausländische Jugendliche und Behinderte wiederum besonders betroffen sind. Die konkreten Zahlen der arbeitslosen Jugendlichen sind schwer zu ermitteln, weil sie oft keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben und deshalb der Arbeitsverwaltung nicht gemeldet sind.

Arbeitslose Jugendliche sind im Durchschnitt nicht so lange, dafür aber häufiger arbeitslos als ältere Arbeitnehmer. Im Vergleich zu anderen Altersgruppen haben mehr Jugendliche die konkrete Erfahrung der Arbeitslosigkeit. Viel stärker als bei Erwachsenen konzentriert sich die Arbeitslosigkeit bei ihnen auf Personen ohne Hauptschulabschluß. Jugendlichen Arbeitslosen droht die Gefahr eines Teufelskreises instabiler Beschäftigungsverhältnisse, besonders dann, wenn ungünstige Faktoren — wie die Herkunft aus sozial schwachen Familien, fehlender Schulabschluß, Ausbildungsabbruch, Prüfungsversagen — zusammentreffen.

Mehr Ausbildungsplätze

Diese Feststellungen zeigen klar die Bedeutung einer guten Berufsausbildung. Nach Ansicht der Kommission muß deshalb alles unternommen werden, um jedem Jugendlichen einen angemessenen Ausbildungsplatz und eine erfolgreiche Berufsausbildung zu sichern. Deshalb ist es auch erforderlich, über den aktuellen Bedarf der Wirtschaft für Fachkräfte hinaus auszubilden. Die Kommission hält deshalb folgende Maßnahmen für notwendig:

— Die Zahl der Ausbildungsplätze, auf die Bund, Länder und Gemeinden Einfluß haben, muß erhöht werden.

- In schlecht versorgten Regionen sind weitere Anstrengungen zur Schaffung zusätzlicher schulischer, betrieblicher und ergänzender überbetrieblicher Ausbildungsplätze in der Trägerschaft der zuständigen Stellen notwendig.
- Um die Benachteiligung von Mädchen und ausländischen Jugendlichen auszugleichen, müssen gezielte Fördermaßnahmen geschaffen und ausgebaut werden.
- Ausbildungsplätze, die mit schwerbehinderten Jugendlichen besetzt werden, sollten auf die Quote nach dem Schwerbehindertengesetz angerechnet werden, damit ein zusätzlicher Anreiz für die Ausbildung Schwerbehinderter geschaffen wird.
- Die finanzielle Ausstattung des Benachteiligtenprogramms, das sozial benachteiligten deutschen und ausländischen Jugendlichen einen anerkannten Berufsabschluß ermöglichen soll, ist zu erweitern. Der Bund sollte durch die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze beispielhaft wirken.
- Ein Teil der bisher nicht ausbildenden Betriebe könnte durch die Schaffung von regionalen Ausbildungsverbänden dazu motiviert werden, Lehrstellen anzubieten. Dabei werden die verschiedenen Ausbildungsabschnitte in unterschiedlichen Betrieben und Werkstätten — auch unter Einbeziehung öffentlicher Einrichtungen — durchgeführt. Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um einen solchen Verbund zu organisieren und Betriebe von ungewohnten administrativen Belastungen zu entlasten.
- Da nur der kleinere Teil der Betriebe heute selbst ausbildet, erscheint einer Mehrheit der Kommission eine Finanzierungslösung für Ausbildungsplätze zweckmäßig, wie sie heute bereits von einigen Branchen, z. B. der Bauindustrie, tarifvertraglich vereinbart wurde. Eine Minderheit sieht in diesem Vorschlag eine weitere Bürokratisierung und fordert statt dessen steuerliche Anreize insbesondere für mittelständische Betriebe zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze.
- Eine Mehrheit der Kommission hält es für möglich, Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes und der Arbeitszeitordnung, die eine Beschäftigung von Jugendlichen zu bestimmten Zeiten verbieten, flexibler zu gestalten. Dabei darf allerdings keinesfalls die Substanz des Jugendarbeitsschutzes im Interesse der Gesundheit und der Sicherheit von jungen Menschen in Frage gestellt werden.
Eine Minderheit der Kommission wendet sich mit Entschiedenheit gegen derartige Modifizierungen, weil die jetzigen Bestimmungen zur Sicherung der Gesundheit und körperlichen Entwicklung von heranwachsenden Auszubildenden erforderlich sind.
- Die Kommission hält eine Überprüfung der Schutzgesetze für Frauen im Rahmen der von der Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ gemachten Vorschläge für notwendig. Insbesondere wird die Aufhebung des Beschäftigungsverbotes im Bauhauptgewerbe gefordert.
- Manche Jugendliche benötigen eine gezielte Förderung mit sozialpädagogischer Betreuung. Dies könnte in Werkstattprojekten in freier oder kommunaler Trägerschaft erfolgen, um ihnen eine betriebliche Ausbildung zu ermöglichen. Jugendhilfemaßnahmen könnten ebenfalls unter entsprechender Umwidmung der bisher schon eingesetzten Mittel dazu genutzt werden, den betroffenen Jugendlichen eine Ausbildung zu verschaffen.
- In der Ausbildung sollten nicht nur Fertigkeiten und Wissen vermittelt werden. Lehrlinge sollten auch an sinnvollen Produktionsabläufen beteiligt werden und so auch in der Ausbildung verwendbare Gegenstände herstellen. Durch Modellvorhaben des Bundes könnten entsprechende Erfahrungen aus alternativen Projekten genutzt werden, um einen gegenseitigen Lernprozeß zu fördern.
- Private, nichtgewerbsmäßige Initiativen — etwa von Unternehmen, Gewerkschaften, Kommunen, Eltern — zur Information über das Lehrstellenangebot, zur Steigerung der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und zur Lehrstellenvermittlung sind in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern zu unterstützen.
- Eine Mehrheit der Kommission hält darüber hinaus eine Meldepflicht der Unternehmen über freie Ausbildungsplätze für zweckmäßig, um einen genaueren Überblick über das vorhandene Angebot zu erhalten. Eine Minderheit der Kommission hält die Einführung einer solchen Meldepflicht für eine unnötige Bürokratisierung, die keine neuen Ausbildungsplätze schafft.
- Die Hauptschule muß ihre Schwerpunkte, Inhalte und Arbeitsweisen stärker als bisher auf die Anforderungen der Berufswelt ausrichten und damit für den Eintritt in das Berufsleben befähigen. Es sollte geprüft werden, ob nicht in den Abschlußklassen eine Wahlmöglichkeit zwischen der weiteren Teilnahme am Englischunterricht oder einer zusätzlichen Förderung in den Fächern Deutsch und Mathematik geschaffen werden kann. Mangelhafte Kenntnisse im Fach Englisch sollten kein Hindernis für den Hauptschulabschluß sein.
- Dem Fach Arbeitslehre bzw. Arbeit/Wirtschaft/Technik muß im Fächerkanon der Hauptschule stärkere Bedeutung zukommen. Die Berufswahl ist durch zwei bis drei berufsbezogene Praktika in den Abschlußklassen der Schulen, durch die Stärkung des Systems der Beratungslehrer an den Hauptschulen sowie durch eine Verbesserung der Berufsberatung der Arbeitsämter zu erleichtern.
- Die Berufsschulen müssen in der Ausstattung mit Lehrern und Sachmitteln die gleiche Bedeutung wie die allgemeinbildenden Schulen haben.

Berufsschullehrer sollten für berufsspezifische Unterrichtsfächer eine Berufsausbildung absolviert haben und in regelmäßigen Abständen zur Auffrischung ihres Fachwissens Praktika absolvieren.

- Das vollzeitschulische Berufsgrundschuljahr sollte nur dann automatisch angerechnet werden, wenn es flächendeckend eingeführt worden ist; ansonsten ist die Anrechnung frei mit dem Lehrbetrieb zu vereinbaren.
- Absolventen des Berufsgrundbildungsjahres sollten automatisch den Hauptschulabschluß erwerben. Schülern ohne Schulabschluß und Sonderschülern sollte ein freiwilliges Berufsvorbereitungsjahr zur Vorbereitung auf das Berufsgrundbildungsjahr angeboten werden.
- Die Kammern werden aufgefordert, ihr Netz an Ausbilderarbeitskreisen auf freiwilliger Basis auszubauen und die berufs- und arbeitspädagogische Schulung zu erweitern.
- Eine Minderheit der Kommission fordert die Auflösung des Bundesinstituts für Berufsbildung, da die Ausbildungsordnungen auch im Einvernehmen zwischen den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft und den zuständigen Ministerien erlassen werden können. Die dadurch freiwerdenden Mittel sollten ausbildungsfördernden Maßnahmen zugute kommen.

Rechte der Jugendvertreter stärken

Die Interessen von Jugendlichen, die sich im Ausbildungsverhältnis oder danach in einem Arbeitsverhältnis befinden, werden durch gewählte Jugendvertreter wahrgenommen. Da viele Jugendliche erst später mit einer Ausbildung beginnen, sollte die Altersgrenze für die Wahl dieser Jugendvertreter heraufgesetzt werden. Die Jugendvertretung sollte sich auf Ausbildungsfragen und die Wahrnehmung der Interessen jugendlicher Betriebsangehöriger beschränken. Außerdem sollten die Jugendlichen zur Wahl des Betriebsrates vollstimmrechtlich sein.

Arbeitslosigkeit bekämpfen

Die Kommission ist sich darüber im klaren, daß das Problem der Jugendarbeitslosigkeit — abgesehen von den Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung — im wesentlichen nur im Rahmen einer allgemeinen Wiederherstellung der Vollbeschäftigung gelöst werden kann. Sie geht außerdem davon aus, daß eine Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ausschließlich über wirtschaftliches Wachstum im herkömmlichen Sinne in den nächsten Jahren Wachstumsraten in einer Höhe erfordert, die in absehbarer Zeit nicht realistisch und auch langfristig ohne erhebliche negative Folgen an anderer Stelle nicht erreichbar sind.

Arbeitszeitverkürzung

Unterschiedliche Auffassungen bestehen in der Kommission über die Gewichtung und Ausgestal-

tung von Arbeitszeitverkürzung in einer wirtschaftspolitischen Zukunftsstrategie.

Ein Teil der Kommission ist der Auffassung, daß die Tarifvertragsparteien in Zukunft Zuwächse der Produktivität in größerem Umfang dafür verwenden sollten, Freizeit zu schaffen. Dadurch könnten auch Arbeitsplätze für jetzt Arbeitslose freigemacht werden. Im einzelnen werden folgende Maßnahmen zur Erwägung gestellt:

- Auf die Verkürzung der Lebensarbeitszeit soll durch einen Ausbau der Möglichkeiten, früher in den Ruhestand zu wechseln, Vorrang gelegt werden. Die entsprechenden versicherungsmathematischen Abschläge sind dabei zu berücksichtigen.
- Durch Modelle des Jobsharings und den Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen besteht die Möglichkeit, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.
- Eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist nur ohne Lohnausgleich möglich. Dadurch würden allerdings in besonderem Maße die Realeinkommen der unteren Einkommenschichten eingeschränkt werden. Außerdem ist die Arbeitslosigkeit durch strukturelle und konjunkturelle Probleme sowie durch das Eintreten der geburtenstarken Jahrgänge in das Berufsleben verursacht, so daß die Arbeitslosigkeit durch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht ursächlich reduziert werden kann.

Ein anderer Teil der Kommission ist der Auffassung, daß Arbeitszeitverkürzung angesichts steigender Produktivität und geringer Wachstumsraten ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument ist. Sie erleichtert den Eintritt der nachwachsenden Generation in das Erwerbsleben. Neben dem Beschäftigungseffekt ist die Verkürzung der Arbeitszeit ein Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens. Arbeitszeitverkürzung trägt darüber hinaus zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Als Maßnahmen für die Verkürzung der Arbeitszeit kommen vorrangig in Frage:

- eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch einen früheren und einen gleitenden Übergang in den Ruhestand;
- eine Änderung der Arbeitszeitordnung, die bisher noch von der 48-Stunden-Woche ausgeht;
- eine schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche. Diese muß gegebenenfalls auch über einen geringeren Lohnanstieg finanziert werden; dabei muß die Belastung der unteren Einkommensgruppen durch besondere Regelungen gemildert werden.

Darüber hinaus sollten Maßnahmen, die zu einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Bildungs- und Ausbildungssystem und somit zu verstärkter Nachfrage Jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt führen, wie z. B. die Streichung beim BAföG, unterbleiben. Statt dessen muß das Bildungsangebot im Sinne einer Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen weiter ausgebaut werden. Ebenso müssen die Möglichkeiten der berufsbegleitenden Fortbildung und

des Bildungsurlaubs erweitert werden. Die Einführung eines „Sabbatjahres“, durch das Arbeitnehmer für ein Jahr aus dem Arbeitsleben ausscheiden, ohne auf den Arbeitsplatz auf Dauer zu verzichten, sollte ebenfalls ernsthaft geprüft werden.

Frauen, ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmer in höheren Einkommensgruppen wünschen in vielen Fällen Teilzeitarbeit. Hier gilt es insbesondere, die rechtliche und tarifvertragliche Ausgestaltung dieser Arbeitsverhältnisse zu verbessern.

Demgegenüber stehen die Kommissionsmitglieder Abg. Eimer und Pfarrer Seeger auf folgendem Standpunkt: Der Ansatzpunkt der Kommissionsmehrheit ist falsch, wonach Wachstum erforderlich sei, um Arbeitsplätze zu schaffen. Nicht Wachstum schafft Arbeit, sondern Arbeit schafft Wachstum.

Vollbeschäftigung produziert mehr Güter, die in der Volkswirtschaft als Wachstum bilanziert werden. Richtig ist es, die Frage zu stellen, ob diese zusätzlichen Güter zumindest kurz- und mittelfristig gebraucht werden. Angesichts der von allen Kommissionsmitgliedern geteilten Ansicht, daß

- Umweltschutz mehr Arbeit und damit mehr Arbeitsplätze erfordert,
- Entwicklungspolitik uns vor große Aufgaben stellt,
- wünschenswerte sozialpolitische Maßnahmen Arbeitsplätze fordern,

muß diese Frage bejaht werden.

Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit kuriert nur an Symptomen, kann aber unter Umständen Arbeitslosigkeit mildern. Diese Verkürzung kann jedoch aus mehreren Gründen nur auf wenige Jahre begrenzt eingesetzt werden. Heute ist die Arbeitslosigkeit durch strukturelle und konjunkturelle Probleme unserer Volkswirtschaft und den Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in das Berufsleben verursacht. In den neunziger Jahren zeichnet sich wegen der geburtenschwachen Jahrgänge ein Überhang an Ausbildungsplätzen ab.

Berufliche Eingliederung

Für die berufliche Eingliederung der Jugendlichen sollten nach Meinung der Kommission mehrere Maßnahmen ergriffen werden.

- Die Förderungsmöglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes, wie Leistungen zur Förderung der Arbeitsaufnahme, Eingliederungsbeihilfen, Einarbeitungszuschüsse, berufsvorbereitende Maßnahmen, Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sind voll auszuschöpfen. Bei der Entscheidung über die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Ermessensleistungen sind vorrangig arbeitslose Jugendliche zu berücksichtigen, da sie häufig schon deshalb schwerer zu vermitteln sind, weil sie noch keine ausreichende Gelegenheit erhalten haben, Arbeitserfahrungen zu sammeln.

- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für junge Arbeitslose sind auszuweiten. Dabei sollten mehr als bisher kombinierte Maßnahmen angeboten werden, die zusätzlich eine berufliche Qualifizierung — vor allem den Erwerb des Hauptschulabschlusses — und eine sozialpädagogische Begleitung vorsehen. Die Art der geförderten Arbeiten sollte möglichst weitgehend die besonderen Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen berücksichtigen.

- Auch arbeitslose Jugendliche, die wegen der geringen Dauer ihrer bisherigen Erwerbstätigkeit noch nicht die Voraussetzungen einer Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung nach dem Arbeitsförderungsgesetz erfüllen, müssen an geeigneten Bildungsmaßnahmen teilnehmen können. Hierzu gehören Vorbereitungslehrgänge zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses. Die Befristung des Gesetzes über die Gewährung von Bildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche aus Bundesmitteln, wie sie Artikel 3 des Beschäftigungsförderungsgesetzes vorsieht, ist zu überprüfen.

- Jugendliche sollten nach Abschluß ihrer Lehrzeit auf eigenen Wunsch sofort ihren Wehrdienst bzw. zivilen Ersatzdienst ableisten können.

Alternative Projekte

Zielsetzungen

In den letzten Jahren sind neue Beschäftigungsformen in alternativen Projekten und Betrieben entstanden. Es handelt sich vor allem um Versuche, in kleinen, überschaubaren Lebensräumen neue Formen gemeinschaftlichen Zusammenlebens, die Verbindung von Wohnen, Leben und Arbeiten sowie sozial- und umweltverträgliche Produktionen und selbsthilfeorientierte soziale Dienstleistungen zu entwickeln. Zum Teil entstanden sie auch aus den Erfahrungen der Sozialarbeit — insbesondere im Bereich der Jugendhilfe — mit den Schwierigkeiten im unmittelbaren Umgang mit Arbeitslosen und stellen einen Versuch dar, Arbeitslose nicht nur zu betreuen und zu verwalten, sondern ihnen sinnvolle Beschäftigungs-, Arbeits- und Qualifikationsmöglichkeiten zu eröffnen.

Die Kommission hat während ihres Aufenthaltes in Berlin verschiedene alternative Projekte besucht, so die UFA-Fabrik. Dabei hat sie den Eindruck gewonnen, daß derartige Projekte, vor allem in bestimmten sozialen Bereichen und im Dienstleistungsgewerbe, eine wertvolle Ergänzung zu bestehenden öffentlichen und privaten Einrichtungen und Betrieben darstellen können. So gibt es Projekte, in denen Jugendlichen ohne Schul- und Berufsschulabschluß eine Ausbildung ermöglicht oder für jugendliche Arbeitslose ein Arbeitsplatz bereitgestellt wird. Auch die Sozialarbeit mit psychisch Gestörten, Suchtabhängigen oder anderen Hilfsbe-

dürftigen nimmt in alternativen Projekten einen nicht unerheblichen Raum ein. Problematisch erscheint, daß nicht bei allen Projekten Mindestnormen des Arbeitsschutzes eingehalten und Sozialabgaben geleistet werden.

Förderungsmöglichkeiten

Die Kommission spricht sich für eine öffentliche Förderung sinnvoller Projekte auch deswegen aus, da sie dort das Prinzip der Subsidiarität bzw. den Genossenschaftsgedanken zumindest in Ansätzen verwirklicht sieht. Außerdem sind sie ohne Unterstützung aus öffentlichen Mitteln häufig nicht lebensfähig. In der Praxis ergeben sich allerdings eine Reihe von Schwierigkeiten, da die Projekte oft nicht herkömmlichen Institutionen entsprechen, der Wunsch nach Eigenverantwortung und Autonomie häufig in Widerspruch zu den üblichen Förderungsformen steht und große Skepsis gegenüber staatlichen Institutionen zu verzeichnen ist. Bei einer Unterstützung ist darauf zu achten, daß die erwähnten Mindestnormen eingehalten werden und daß eine Kontrolle über die Verwendung der gewährten Mittel sichergestellt ist. Allerdings sollten mit einer solchen Förderung keine Auflagen verbunden werden, die dem besonderen Charakter der Projekte widersprechen. Hier könnten Prinzipien der Wagnisförderung, bei der haushaltsrechtliche Auflagen nur in begrenztem Umfang gemacht werden, als Modell dienen.

Die Kommission hält darüber hinaus folgende Grundsätze im Umgang mit den Selbsthilfeprojekten — insbesondere denen, die sich das Ziel gesetzt haben, neue Beschäftigungsformen zu bieten — für wesentlich.

- Eine Finanzierung des Lebensunterhalts der in den Projekten Beschäftigten sollte nach Möglichkeit über Lohn und sei er auch niedrig, über Ausbildungsvergütung oder Ausbildungsbeihilfe erfolgen und nicht über Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Jugendhilfe.
- Die Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes, das Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Eingliederungszuschüsse vorsieht, sollten so weiterentwickelt werden, daß sowohl Wege einer projektorientierten Förderung als auch einer degressiven Förderung leichter zugänglich werden. Damit könnten Staatszuschüsse für Projekte gegeben werden, die sich anschließend selbst tragen. In die Projektkosten sollten dabei auch die Kosten für Beratung und Begleitung von Selbsthilfemaßnahmen eingehen, auch wenn hierfür in Einzelfällen festbeschäftigtes, qualifiziertes Personal in Anspruch genommen wird.
- Jugendämter und kommunale Wirtschaftsförderungsgesellschaften sollten in die Lage versetzt werden, kleine Beträge, Darlehen oder Bürgschaften als Startfinanzierung für Selbsthilfebetriebe zur Verfügung zu stellen. Auf entsprechende französische Vorbilder sei in diesem Zusammenhang hingewiesen. Alternative Wirt-

schaftsprojekte arbeiten möglicherweise mittelfristig wirtschaftlich, erfordern jedoch in der Anfangsphase einen großen Aufwand an Beratung und externem Sachverstand. Die finanzielle Hilfe kann häufig auch auf Darlehensbasis gegeben werden.

- Die Förderung von Beratung, Entwicklung und Vernetzung alternativer Projekte sollte möglichst dezentral erfolgen.
- Das Gemeinnützigkeits- und Genossenschaftsrecht muß so abgeändert werden, daß es auch für kleine, nicht gewinnorientiert arbeitende Einheiten paßt.
- Es muß versucht werden, den Gedanken der Selbsthilfe und der gruppenbezogenen Förderung anstelle individueller Förderung in möglichst vielen Bereichen organisatorisch und finanziell zu verankern. Hierzu können auch modelhafte Förderungen beitragen.
- Die Erfahrungen der neuen Projekte sollten verstärkt Kommunen, Trägern der Jugendhilfe, Ausbildungsbetrieben und überbetrieblichen Ausbildungsstätten zugänglich gemacht werden, um so einen Erfahrungsaustausch zwischen Alternativprojekten und herkömmlichen Projekten zu eröffnen.

Zur Situation der Mädchen und jungen Frauen

Jugendprotest und junge Frauen

Die Ergebnisse der Shellstudie zeigen, daß sich Jungen und Mädchen in ihren Erwartungen an die Zukunft unserer Gesellschaft und der Menschheit insgesamt nicht unterscheiden. Im Jugendprotest und in den neuen sozialen Bewegungen sind heute anders als in der Protestbewegung am Ende der 60er Jahre junge Frauen ebenso wie junge Männer aktiv beteiligt. In der Friedensbewegung, in den Umweltschutzinitiativen, in Alternativprojekten und in besetzten Häusern sind Frauen nicht mehr allein passive Zuschauer des Protestes, sondern sie treten als Handelnde auf.

Daß am Jugendprotest die jungen Frauen in so großer Zahl beteiligt sind, ist zum einen zweifellos darauf zurückzuführen, daß Mädchen und Frauen sich heute eher öffentlich engagieren als zu früheren Zeiten. Zum anderen dürften aber auch die Inhalte und Wertorientierungen des Jugendprotestes den jungen Frauen den Zugang erleichtert haben. Hierbei ist vor allem an die Betonung der Spontaneität und des Gefühls, an die Suche nach Geborgenheit, Gemeinschaft und Unmittelbarkeit in den menschlichen Beziehungen zu denken.

In der Shellstudie wird zu den Unterschieden in der „Einstellung von Mädchen und Jungen heute gesagt: Vorsichtig interpretiert könnte das bedeuten, daß die Jungen stärker als die Vertreter der Teile der Jugendkultur anzusehen sind, die ihre Hauptaufgabe im Widerstand gegen die derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse sehen, wenn auch ohne

viel Hoffnung, daß dieser Widerstand erfolgreich sein wird. Mädchen vertreten intensiver als die Jungen die positiven Ziele dieses Widerstands, nämlich das „Gemeinsame Leben statt Isolation.“

Mädchen und junge Frauen sind aber auch in ihrer Mehrheit auf den Einstieg in die Gesellschaft orientiert. Obwohl der Anteil von Mädchen und jungen Frauen an der Protest- und Alternativbewegung groß ist, wurde diese überwiegend analysiert, ohne die Lebenssituation junger Frauen zu berücksichtigen. Die Diskussion um die Jugend darf sich nicht einseitig an einem männlichen Lebensentwurf orientieren.

Mädchen in der Ausbildung

Noch nie zuvor haben so viele junge Frauen mit guten Abschlüssen das Schulwesen verlassen. Mädchen haben heute in etwa den gleichen Erfolg beim Hauptschulabschluß und bei der Hoch- und Fachhochschulreife wie Jungen. Sie sind unter den Abgängern der Realschule sogar stärker vertreten als Jungen und verlassen die Hauptschule nicht so oft wie diese ohne Abschluß. Ihre Benachteiligung im Hinblick auf die schulischen Bildungschancen ist heute überwiegend abgebaut. In Teilbereichen schneiden sie sogar besser als Jungen ab.

Der Beruf steht an erster Stelle der Zukunftswünsche von Mädchen. Sie sehen im Beruf die Voraussetzung dafür, auf eigenen Füßen zu stehen, erfolgreich zu sein und eine größere Chance zur Selbstentfaltung zu haben. Deshalb streben sie eine Berufsausbildung an. Die jungen Frauen haben jedoch zwei Schwellen auf dem Weg zum Beruf zu überwinden. Trotz besserer Voraussetzungen von ihrer Schulbildung her haben sie einerseits Schwierigkeiten, eine gute berufliche Ausbildung zu erhalten. Andererseits ist es für sie auch bei einer guten Berufsausbildung unter den Bedingungen des Arbeitsmarktes schwieriger, einen Arbeitsplatz zu bekommen. In der Brigitte-Studie wird dennoch festgestellt, daß die Mädchen heute realistisch und in der Grundtendenz optimistisch sind. Ihre schlechteren Chancen im geteilten Bildungs- und Arbeitsmarkt versuchen sie durch verstärkte Bildungsanstrengungen wettzumachen. Nach wie vor wird aber die Mehrzahl der bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplätze nur für Männer angeboten. Während bei den Männern 26 v. H. aller Auszubildenden auf die fünf häufigsten Ausbildungsberufe entfallen, liegt dieser Prozentsatz bei den Frauen bei 38 v. H. Die Ausbildungsgänge der Frauen sind darüber hinaus in der Regel kürzer und von der Qualität her weniger anspruchsvoll wie die der Männer.

Auch heute ist kaum mehr als jeder dritte Ausbildungsplatz im dualen System von einem Mädchen besetzt (38 v. H. 1982 gegenüber 35 v. H. 1970). Die leichte Zunahme des Mädchenanteils ist auch auf die Aktion „Mädchen in Männerberufen“ zurückzuführen. 61 v. H. aller 1981 bei den Arbeitsämtern gemeldeten, aber nicht vermittelten Bewerber für Berufsausbildungsplätze waren Mädchen.

Junge Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Auf dem Arbeitsmarkt sehen die Chancen junger Frauen noch schlechter aus. Die Türen, die ihnen im Bildungsbereich noch offengestanden haben, sind hier wieder zugeschlagen. Die Daten der letzten Strukturanalyse der arbeitslos Gemeldeten zeigen, daß das Risiko, arbeitslos zu werden, bei Mädchen und jungen Frauen höher liegt als bei gleichaltrigen Männern. Nach wie vor stimmt die Aussage, daß sie im Vergleich zu ihrer Erwerbsbeteiligung überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Auf allen Qualifikationsebenen sind junge Frauen nach wie vor in der Mehrheit in den kürzeren Ausbildungsgängen vertreten sowie in traditionellen Frauenberufen, in rationalisierungsbedrohten Berufen und in jenen Berufsbereichen des öffentlichen Dienstes, in denen Stellen reduziert werden.

Junge Frauen streben heute nicht nach Traumberufen. Sie haben realistische und zum Teil schon recht reduzierte Erwartungen; sie bewerben sich häufiger, werden entsprechend häufiger abgelehnt und stehen eher in Gefahr, am Ende doch zu resignieren.

Junge Frauen in Beruf und Familie

Junge Frauen sind in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht nur berufs-, sondern auch familienorientiert. Nur wenige wünschen sich nicht, Kinder zu haben. Sie wollen mit Recht Beruf und Familie miteinander vereinbaren. Als Lösung stellen sie sich überwiegend das Drei-Phasen-Modell vor: Ausbildung und Berufstätigkeit, zeitweiliges Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit, solange die Kinder klein sind, anschließend Rückkehr in den Beruf.

Jedoch ist bereits heute der Wiedereinstieg in den Beruf für Frauen, die wegen Kindererziehung zeitweilig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren, außerordentlich schwer. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit erhöht sich die Wahrscheinlichkeit noch, daß junge Frauen im Anschluß an die Berufsausbildung keinen Berufseinstieg finden oder daß ihnen die Rückkehr in den Beruf noch weiter erschwert wird. Einrichtungen und Hilfen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit wie etwa Ganztageseinrichtungen zur familienergänzenden Betreuung von Kindern oder Beurlaubungsmöglichkeiten für Väter fehlen weitgehend und werden unter dem Diktat der leeren Kassen eher ab- als ausgebaut. So ist festzustellen, daß junge Frauen verstärkt und entgegen ihren Wünschen und Lebenszielen erneut ausschließlich auf die Familie verwiesen werden. Angesichts der objektiv schwierigen Situation, die subjektiv als noch schwieriger wahrgenommen wird, nehmen die Mädchen ihre Erwartungen im Bezug auf ihre Lebenspläne, ihr Engagement, ihre Neugier, ihren Unternehmungsgeist zurück.

Auch die schon erwähnte starke Beteiligung junger Frauen und Mädchen an der Protest-, vor allem an der Alternativbewegung, ist zu einem erheblichen

Teil durch die besonders großen Schwierigkeiten bei der beruflichen Integration bedingt.

Lösungsmöglichkeiten

Die Kommission hält folgende Vorschläge für die Lösung der oben genannten Probleme für erforderlich:

- Ausbildungsangebot für alle: Gerade im Interesse der Mädchen kommt es darauf an, für alle Jugendlichen ein Ausbildungsplatzangebot in Betrieben, beruflichen Schulen und Hochschulen sicherzustellen.
- Frauenförderung bei der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze: Bei Programmen zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen sollten Frauen besonders gefördert werden. Im öffentlichen Bereich sollten Zielzahlen zur Erhöhung des Frauenanteils an den neu zu besetzenden Ausbildungsplätzen vereinbart werden.
- Öffnung neuer Berufswege für Mädchen und Frauen: Um neue Ausbildungswege für Mädchen außerhalb des traditionellen Berufsspektrums für Frauen zu eröffnen, sollten in den Schulen der Berufswahlunterricht ausgebaut und die Möglichkeiten von Betriebspraktika im gewerblich/technischen Bereich erweitert werden. Da die Zunahme des Mädchenanteils unter den Auszubildenden nahezu ausschließlich auf Öffentlichkeitsarbeit und staatliche Förderaktivitäten, insbesondere das Modellprogramm des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zur Ausbildung von Mädchen in gewerblich/technischen Berufen, zurückzuführen ist, sollten diese Aktivitäten ausgebaut und auch bei Ländern und Gemeinden fortgeführt werden. Insbesondere von der Bundesebene her sollten weitere Modellvorhaben und Pilotprojekte, besonders auch zur Nachqualifizierung von jungen Frauen, gefördert werden.
- Überwindung des geteilten Arbeitsmarktes und Abbau beruflicher Diskriminierungen: Um die Berufserwartungen und Berufschancen der jungen Frauen stärker in Einklang zu bringen, müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, die Aufteilung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes in einen Markt für Männer und einen weiteren für Frauen zu überwinden. In diesem Zusammenhang sollte auch das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz im Sinne eines Gleichstellungsgesetzes überarbeitet werden.
- Aufstellung von Frauenförderungsplänen:
Durch Frauenförderungspläne nach dem Beispiel der USA könnten in großen Betrieben und Verwaltungen Beschäftigungs- und Aufstiegschancen junger Frauen erhöht werden. In einigen Firmen in der Bundesrepublik Deutschland wird bereits nach diesem Modell verfahren.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Durch überzeugende Konzepte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen frühzeitig Anhalts-

punkte und Perspektiven für eine realistische Lebensplanung angeboten werden. Ebenso müssen auch die tatsächlichen Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter ausgebaut werden. Die Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung sollten bedürfnisgerecht ausgebaut werden.

— Familiengerechte Ausbildung:

In einer Vielzahl von Fällen entstehen für junge Frauen in der Ausbildungsphase erhebliche Probleme dadurch, daß Examen, Praktika, Ausbildungsabschnitte in festen Fristen zu absolvieren sind, ohne Zeiten der Kindererziehung zu berücksichtigen. Hier sollten die entsprechenden Bestimmungen flexibler gehandhabt werden. Ebenso sollten die Kindererziehung und Familientätigkeit für Frauen, die nach der Familienphase eine Ausbildung oder Nachqualifizierung beginnen, in größerem Umfang als bisher als Berufspraxis anerkannt werden. Nach wie vor fehlen auch Bildungsangebote im Rahmen der Weiterbildung und Arbeitsförderung zur nachträglichen Qualifizierung von Frauen.

- Frauenspezifisches Angebot in Jugendhilfe- und Weiterbildung: Im Rahmen der Jugendhilfe und der Weiterbildung sollten Bildungsangebote für Mädchen und junge Frauen modellhaft erprobt werden, die es erlauben, intensiver und genauer als bisher auf die Lebensprobleme der Frauen einzugehen.

Zur Lage der ausländischen Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland

Zahlenangaben

Die ausländischen Jugendlichen sind in der Bundesrepublik Deutschland, anders als etwa in Großbritannien, bisher an Jugendprotest und insbesondere an gewalttätigen Auseinandersetzungen nicht beteiligt gewesen. Auch bei Hausbesetzungen traten sie höchstens am Rande auf. Wenn jedoch eine zunehmende Zahl ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation in eine aussichtslose Situation an den Rand unserer Gesellschaft gerät, wächst die Wahrscheinlichkeit, daß auch sie mit Protest reagieren.

Unter den ausländischen Jugendlichen sind insbesondere zwei Gruppen zu unterscheiden, und zwar diejenigen, die hier geboren sind und die sogenannten Späteinsteiger, die erst im Kindes- oder Jugendalter von ihren Eltern in die Bundesrepublik Deutschland nachgeholt wurden.

In der Bundesrepublik Deutschland leben 1,17 Mio. ausländische Kinder unter 16 Jahren. In den Jahren zwischen 1974 und 1982 wurden 670 000 Kinder hier geboren. Diese haben die besseren Chancen, beruflich eingegliedert zu werden. Von den in Deutschland geborenen Kindern besuchte Mitte 1980 rund die Hälfte einen Kindergarten. Hier aufgewachsene ausländische Jugendliche erreichen etwa mit gleichem Erfolg wie deutsche Schüler den Hauptschul-

abschluß. Im Besuch weiterführender Schulen gleichen sich ihre Anteile denen deutscher Schüler an.

Die Gruppe der Späteinsteiger umfaßt Kinder und Jugendliche, die im Alter von 6 bis 18 Jahren in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind. Man rechnet außerdem mit etwa 200 000 Jugendlichen, die noch in die Bundesrepublik Deutschland einreisen werden. Sie haben zum Teil bereits in ihren Heimatländern den Schulbesuch abgeschlossen. Im Rahmen der längeren Schulpflicht in der Bundesrepublik Deutschland sind sie insbesondere wegen fehlender Sprachkenntnisse oft nicht in der Lage, den Hauptschulabschluß zu erreichen.

Probleme der Integration

Wichtige Unterschiede unter den ausländischen Jugendlichen ergeben sich aus der Nationalität, der Dauer des Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland und dem Grad der Integration ihrer Eltern. Während sich etwa die Zahl der Spanier, der Griechen, der Jugoslawen und der Portugiesen seit Erlaß des Anwerbestopps Ende 1973 zum Teil erheblich verringert hat, stieg der Anteil der Türken beträchtlich an. Jeder dritte Ausländer ist Türke. Mehr als die Hälfte aller Ausländer hält sich acht Jahre und länger in der Bundesrepublik Deutschland auf. Im Gegensatz dazu steht insbesondere bei den Älteren der Wunsch, eines Tages wieder in die Heimat zurückzugehen. In diesem Sinne äußerten sich 1980 noch 75 v. H. der Befragten. Allerdings konnte nur jeder fünfte dafür einen Zeitpunkt angeben. Ein großer Teil derer, die sich bisher nicht auf einen klaren Zeitpunkt festlegen wollen, wird aller Voraussicht nach in der Bundesrepublik Deutschland bleiben, weil ihrer Rückkehr in ihre Heimatländer Gründe wie die dortige Arbeitsmarktlage oder politische Situation entgegenstehen.

Da die Eltern ihre eigene kulturelle Identität nicht aufzugeben wünschen, besteht bei ihnen nur geringe Bereitschaft, sich in ihrer Lebensplanung auf ein ständiges Verbleiben in der Bundesrepublik Deutschland einzustellen. Die Integration der Türken dürfte aus diesem Grund am schwierigsten sein. Hindernisse für eine erfolgreiche Eingliederung ergeben sich zusätzlich aus den Vorbehalten gegen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, die in den letzten Jahren mit der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und der Diskussion um die Asylbewerber alarmierend zugenommen haben.

Eine kurzfristige Lebensplanung der Eltern beeinflußt auch die Chancen für die ausländischen Kinder negativ. In diesem Fall besteht weniger Bereitschaft, in die Ausbildung der Kinder Zeit und Geld zu investieren. Der Schulerfolg und die Bereitschaft der Jugendlichen zu einer qualifizierten Berufsausbildung hängen davon entscheidend ab.

Die Situation der ausländischen Jugendlichen ist noch schwieriger als die ihrer Eltern, weil sie nicht wissen, wo sie hingehören. Sie sind zum Teil in der Bundesrepublik Deutschland geboren oder haben den wesentlichen Teil ihrer Jugend hier verbracht. Die Kultur ihrer Eltern und deren Herkunftsländer

ist ihnen weitgehend fremd. Auf der anderen Seite sehen sie sich einer zunehmend abweisenden deutschen Umwelt gegenüber. Zudem versuchen viele Eltern, ihre eigenen kulturellen Vorstellungen auf ihre Kinder zu übertragen. In diesem Zusammenhang spielen etwa bei manchen Türken das Verlangen nach einer Unterordnung unter die Autorität der Familie auch nach Erreichen der Volljährigkeit sowie unter durch religiöse Führer besonders einseitig ausgelegte Vorschriften eine wichtige, in den Augen der Kommission problematische Rolle. Türkische Mädchen sind besonders benachteiligt. Traditionelle Sitten und Gebräuche, in denen ein religiös und kulturell geprägtes Verständnis der Frauenrolle zum Ausdruck kommt, behindern sie dabei, mit gleichaltrigen Deutschen Kontakt zu bekommen. Sie haben damit weniger Möglichkeiten, die deutsche Sprache zu erlernen, sich in einer fremden Welt zurechtzufinden und selbständig zu werden.

Die Probleme der jungen Ausländer bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit, die durch die unterschiedlichen Einflüsse der Kulturen ihrer Eltern und der Deutschen verursacht werden, verlangen eine klare Bereitschaft unserer Gesellschaft, diejenigen, die dazu bereit sind, vollwertig aufzunehmen. Die ausländischen Jugendlichen verstehen sich oft als Deutsche und vergleichen sich mit ihren deutschen Altersgenossen. Sie stellen dabei fest, daß sie schlechtere Ausbildungs- und Berufschancen haben und daß sie vielfach benachteiligt werden. Sie sehen dies auf dem Hintergrund einer Familiengeschichte, die sich durch Risikofreudigkeit und sozialen Erfolg, wie die Wanderung nach Deutschland persönlich gewertet wird, ausgezeichnet.

Besonders schwierig ist die Lage junger Ausländer im Bereich der beruflichen Ausbildung. 75 v. H. der jungen Ausländer im berufsschulpflichtigen Alter bleiben ohne Ausbildung oder weiterführende Bildung gegenüber 8 v. H. bei den Deutschen. Ihre Arbeitslosigkeit nimmt rapide zu. Bereits 1981 wurde vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung geschätzt, daß 75 000, d. h. fast ein Drittel aller ausländischen Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 18 Jahren, ohne Ausbildung oder arbeitslos waren.

Wenn sich dadurch bisher auch noch keine Proteste oder gewalttätigen Handlungen ergeben haben, so gibt doch der Blick in die Kriminalstatistik zur Sorge Anlaß. So äußerte das Bundeskriminalamt 1980 die Vermutung, daß die zweite Ausländergeneration unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen zunehmend an Bedeutung gewinne.

Nach Meinung der Kommission müssen deshalb gerade in einer Zeit leerer öffentlicher Kassen und wachsender Ausländerfeindlichkeit eine Reihe von Maßnahmen zur Eingliederung der Ausländer ergriffen werden, um nicht durch Untätigkeit das Entstehen sozialer Unruhen zu verschulden.

Die Darstellung von Beispielen für erfolgreichen beruflichen Aufstieg und für eine gelungene Integration im sozialen und politischen Bereich könnte positive Wirkungen für das Verständnis von Deutschen für die Ausländer und deren eigenes Selbstverständnis haben. Der Ausländerfeindlichkeit soll-

ten alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen geschlossen entgegneten. Auch die Medien haben hier eine große Verantwortung.

Ausbildungsfragen

Die Bemühungen um die Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher sollten so früh wie möglich einsetzen. Wenn deutsche und ausländische Kinder zusammen aufwachsen, werden sie die anderen, ihre Religion und ihre Mentalität nicht als fremd und bedrohend empfinden. Ausländische Kinder können in Kindergärten die deutsche Sprache spielend lernen. Die Kommission hält es deshalb für notwendig, bei ausländischen Eltern für den Besuch von Kindergärten zu werben und bestehende Hindernisse wie zu hohe Beiträge, zu beseitigen. Insbesondere im Hinblick auf die ausländischen Mütter sollte ein erweitertes Familienbildungsangebot gemacht werden. Die deutschen Eltern sollten ebenfalls auf die integrierte Vorschulerziehung vorbereitet werden. Für die Betreuung der Kinder sollten auch ausländische Kräfte eingesetzt werden.

Der Schulerfolg ausländischer Kinder ist dann am größten, wenn sie einen bestimmten Anteil in einer Klasse nicht überschreiten. Das dürfte jedoch in Ballungsgebieten oft nicht mehr der Fall sein. Nach Meinung der Kommission ist es erforderlich,

- ausländische Kinder nicht zu lange in reinen Ausländerklassen zu belassen,
- kleinere Klassen zu bilden,
- Lehrer nach Möglichkeit in der Sprache der ausländischen Kinder fortzubilden,
- von den eingesetzten ausländischen Lehrern gute Deutschkenntnisse zu verlangen und sie vollständig der deutschen Schulaufsicht zu unterstellen,
- eine ergänzende Sprachförderung in Deutsch für die ausländischen Kinder auszubauen,
- die Möglichkeit der Medien, insbesondere des Fernsehens, für eine Vermittlung von Deutschkenntnissen zu nutzen,
- die Grenzen der Schulbezirke flexibel zu handhaben, um ein besseres Zahlenverhältnis von deutschen zu ausländischen Schülern zu erreichen,
- die Muttersprache als zweite Fremdsprache anzuerkennen,
- das Lehrmaterial, das mit den Grundsätzen unserer Verfassung vereinbar sein muß, auch auf die Bedürfnisse dieser Schüler auszurichten,
- das Angebot der Schulen für die Vor- und Nachbereitung des Lehrstoffes auszubauen; dieses sollte unter pädagogischer Betreuung und wenn möglich mit freiwilliger Mithilfe deutscher Jugendlicher und Eltern organisiert werden,
- für Späteinsteiger besondere Sprachförderkurse einzurichten, in denen sie auf den Besuch deutscher Schulen vorbereitet werden,

— einen entsprechenden Unterricht für Jugendliche muslimischen Glaubens anzubieten, um das Problem der Koranschulen zu entschärfen.

Im Bereich der Berufsbildung und der Arbeitslosigkeit gelten die Erwägungen der Kommission zum Problem der deutschen Jugendlichen ohne Lehrstellen entsprechend. Darüber hinaus gilt es, durch eine Verbesserung der Berufsberatung — wenn möglich unter Einbeziehung ausländischer Bezugspersonen — ausländischen Eltern und Jugendlichen den Nutzen einer guten Berufsausbildung zu vermitteln. Vorurteile und Hemmschwellen, die kleinere Unternehmen davon abhalten, ausländischen Jugendlichen ein Lehrverhältnis anzubieten, sollten über die Organisationen des Handwerks und des Handels abgebaut werden. Für die Bewältigung von Problemen während der Lehrzeit sollte eine entsprechende Beratungshilfe angeboten werden. Außerdem sollte eine ausbildungs- und berufs begleitende Fortbildung für die Verbesserung von Deutsch- und Allgemeinkenntnissen organisiert werden.

Die Kommission schlägt vor, für alle Späteinsteiger, die zwar in ihren Heimatländern eine Schulbildung erhalten haben, aber nur unzureichende Deutschkenntnisse besitzen, die Einführung eines obligatorischen Bildungsjahres nach dem Muster der Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer zu prüfen. Diese Maßnahmen sollten, solange ein entsprechender Bedarf besteht, fortgeführt, noch stärker auf die Bedürfnisse der Teilnehmer zugeschnitten und nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit Betrieben durchgeführt werden, um die spätere Übernahme in ein ordentliches Lehrverhältnis zu fördern. Diejenigen, die keine Lehrstellen im Bereich der Wirtschaft erhalten, sollten nach Möglichkeit in überbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen mit entsprechender Betreuung zum Ausgleich der noch vorhandenen Defizite vermittelt werden.

Freizeit

Kontakte und Begegnungen zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen sind zu fördern. Das Angebot der Jugendhilfe für Mädchen und junge Frauen ist zu erweitern. Auch bei diesen Jugendlichen dürfte die Förderung selbstorganisierter Freizeitaktivitäten den größten Effekt haben. Hier könnten auch Ansatzpunkte für die Jugendlichen liegen, die Probleme der Selbstfindung zu bewältigen und zu verarbeiten. Wichtig wäre es auch, ihnen den Zugang zu deutschen Sportvereinen zu erleichtern und sie zum Beitritt zu ermuntern.

Aufenthaltsrechtliche Fragen

Eine wichtige Voraussetzung für die Eingliederung der ausländischen Jugendlichen ist ein geklärt Aufenthaltlicher Status. Die Kommission geht davon aus, daß kein Jugendlicher, der auf Grund gültiger rechtlicher Bestimmungen in die Bundesrepublik Deutschland gekommen ist, später auf

Grund geänderter Bestimmungen gegen seinen Willen und den seiner Familie abgeschoben werden kann. Abg. Sauter (Ichenhausen) ist der Ansicht, daß Jugendliche aufgrund geänderter Bestimmungen auch gegen ihren Willen zur Rückkehr in ihre Heimatländer veranlaßt werden können, insbesondere dann, wenn sie keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden.

Die Kommission ist der Auffassung, daß jugendliche Ausländer unter folgenden Voraussetzungen einen Anspruch auf Einbürgerung haben sollten: Der Antrag soll vor der Vollendung des 21. Lebensjahres gestellt werden; der Antragsteller soll längere Zeit ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland gelebt haben; er darf nicht zu einer umfangreicheren Freiheitsstrafe verurteilt worden sein und muß im Regelfall seine frühere Staatsbürgerschaft aufgeben.

In der Frage der Familienzusammenführung war sich die Kommission einig, daß sie nicht zu einer Umgehung des Anwerbestopps mißbraucht werden darf. Eine Mehrheit der Kommission geht davon aus, daß im Interesse der Kinder und Jugendlichen die Einreise grundsätzlich möglichst früh erfolgen sollte. Um des Schutzes der Familie willen sollte aber die Möglichkeit des Nachzugs bis zum 16. Lebensjahr offengehalten werden. Eine Minderheit der Kommission hält es dagegen im Interesse einer möglichst reibungslosen Eingliederung für erforderlich, daß die Altersgrenze für den Nachzug bei zwölf bzw. sechs Jahren festgelegt wird.

Trotz aller Versuche, durch staatliche Regelungen und Initiativen zu einer Eingliederung der jungen Ausländer beizutragen, kommt es aber entscheidend auf das Verhalten aller Bürger in unserem Lande an, ob sie nicht nur gute schulische und berufliche Voraussetzungen für eine Integration erhalten, sondern sich auch gesellschaftlich anerkannt und nicht ins Abseits gedrängt fühlen.

Schule und Hochschule

Schule und Gesellschaft

Die Schule sollte neben dem erforderlichen Allgemeinwissen intellektuelle, praktische, musisch-künstlerische und emotionale Fähigkeiten vermitteln, die in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen müssen. Daher sollte die Schule auch verstärkt Erfahrungen für das soziale Verhalten in einem demokratischen Gemeinwesen sowie Freude am Lernen und Mut zur Zukunft fördern. Die Kommission ist sich dabei bewußt, daß die Schule für Kinder und Jugendliche ein Lernort unter anderen ist — neben der Familie, der Gruppe der Gleichaltrigen und dem Wohnviertel. Außerdem sollte die wichtige Rolle der Medien im Erziehungsprozeß nicht übersehen werden.

Jugendliche von heute stehen mit unterschiedlichen Einstellungen der Schule gegenüber. Die einen passen sich den Ansprüchen der Schule an, um nicht aufzufallen oder um jene Lebensziele, die sie

sich gesetzt haben, zu erreichen. Die anderen arrangieren sich mit der Schule, indem sie intensiv in ihrer Freizeit leben und gleichzeitig einen ausreichenden Schulabschluß anstreben. Wieder andere stehen in innerer Distanz zur Schule und finden durch ihren Protest gegen eine von ihnen als unsinnig bewertete Leistung und gegen den anonymen Stil in der Schule zu sich selbst. Dabei trifft oft zu, daß diese protestierenden Jugendlichen sich außerhalb der Schule sehr engagieren. Schließlich gibt es auch jene, die aus totaler, teilweise apathischer Negation heraus alles, „was nach Schule riecht“, ablehnen.

Diese unterschiedlichen Reaktionen junger Menschen sind für den Jugendprotest nicht unerheblich. Sie treffen auf eine Schule, die als Bildungsinstitution nicht nur „auf das Leben“ vorbereiten will, sondern auch die Gesellschaft selbst in ihren Grundsätzen und vorrangigen Werten widerspiegelt. Durch diesen Widerspruch zwischen den Aufgaben der Schule für die allgemeine Bildung und die Ausbildung einerseits und ihrer gesamtgesellschaftlichen Orientierung andererseits entsteht jenes Zwielicht, in dem die Schule steht:

- Einerseits soll sie als Schule in einer Demokratie zu Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit erziehen, andererseits fördert die in ihr teilweise praktizierte Leistungsauslese eher das Konkurrenzdenken und ein unsolidarisches Verhalten,
- einerseits stehen Ziele der Humanität an der Spitze des Bildungskanons, andererseits können nur Fertigkeiten oder nur angelernte Fakten benotet werden,
- einerseits will die Schule weithin nur bilden und nicht erziehen, andererseits kommt sie an der Tatsache nicht vorbei, daß jeder — zumal jeder institutionalisierte — Umgang mit Jugendlichen sich erzieherisch auswirkt.

Diese Problematik wird gerade von jungen Menschen sensibel wahrgenommen. Ihre Kritik richtet sich deshalb nicht nur gegen die Fülle und Lebensferne des Stoffes oder gegen einen hektischen Schulbetrieb. Die Jugendlichen fordern ebenso eine angemessene Mitverantwortung in der Schule. Sie möchten von ihren Lehrern als Menschen und nicht nur als Schüler ernstgenommen werden. In letzterem äußert sich jener Anspruch auf Lebensdeutung und Sinn, der für die Altersstufe eines jungen Menschen typisch ist.

Vorschläge

Als Folgerung aus der Situation der heutigen Schule ist folgendes anzustreben:

- Das persönliche Zusammenleben in der Schule sollte durch Situationen der Begegnung intensiviert werden.
- Auch in der Schule sollten den Schülern Hilfen zur Lebensdeutung gegeben werden.
- Die soziale Verantwortung sollte stärker als bisher in der Schule eingeübt werden. Neben der

- theoretischen Behandlung sozialer und staatsbürgerlicher Probleme sollten Angebote zu sozialem Engagement, wie etwa zur Betreuung behinderter Mitschüler und zur Hausaufgabenhilfe, von seiten der Schule erfolgen und anerkannt werden.
- Die Schule sollte nicht immer wieder durch zusätzliche Aufgaben belastet werden. Vielmehr sollten eine bessere Kooperation zwischen Schule und Familie/Elternhaus gefördert und Räume des sozialen Lernens — beispielsweise in Nachbarschaft und Vereinen — erschlossen werden.
 - Der Pädagogisierung des ganzen Lebens sollte dadurch entgegengewirkt werden, daß man junge Menschen stärker zu eigenen Erfahrungen außerhalb der Schule ermutigt.
 - Jugendliche sollten eine kritische Distanz gegen den Mythos von Jugendlichkeit gewinnen und auch wahrnehmen lernen, wie ihre Ausdrucksformen in Musik, Sprache und Lebensstil kommerziell vermarktet werden.
 - Schülermitverwaltung und Schülerpressearbeit sollten ermutigt werden. In diesem Zusammenhang sollte auch Kritik, wie sie in Schülerzeitschriften zum Teil in scharfer Form vorgetragen wird, gelassener ertragen werden.
 - Der Schulalltag sollte stärker von gemeinschaftsfördernden Aktivitäten wie klassen- und fachübergreifenden Projekten und Arbeitsgemeinschaften, vor allem musisch-kultureller und sportlicher Natur, bestimmt werden. Dabei sollte sich die Schule auch stärker nach außen öffnen.
 - Die Anzahl der Schüler an einer Schule sollte sich in einem überschaubaren Rahmen halten. Verstärkt sollte auf eine Kontinuität der Lerngruppen in der Schule geachtet werden.
 - Der zunehmenden Verrechtlichung der Schulen muß entgegengewirkt werden. Lehrer und Schüler brauchen mehr pädagogischen Freiraum.
 - Mit höherer Qualifikation und längerer Ausbildungszeit in Schule und Hochschule dürfen nicht automatisch Anrechte auf überdurchschnittliche Einkommen verknüpft werden. Dadurch kann zugleich der Eigenwert von Bildung wieder stärker betont und einem Konkurrenzverhalten entgegengewirkt werden.

Studienbewerber und Studenten befürchten eine Ausweitung des Numerus clausus und beklagen eine als unzureichend empfundene materielle Absicherung ihres Studiums, die in einigen Hochschulstädten besonders gravierende Wohnungsnot sowie die Ungewißheit ihres künftigen beruflichen Werdegangs. Die Kommission hält deshalb folgende Forderungen für vorrangig:

- Es müssen weitere Anstrengungen zur Schaffung neuer Studienplätze für die Studenten der geburtenstarken Jahrgänge unternommen werden.

- Durch die Einführung von Praktika vor dem Studium sollten (z. B. im Fach Medizin) gerechtere Kriterien für die Zulassung geschaffen werden.
- Während des Studiums sollten berufsbezogene Praktika eine größere Bedeutung erhalten.

Ausbildungsförderung

Durch die Ausbildungsförderung muß sichergestellt werden, daß jeder Jugendliche — unabhängig vom Einkommen seiner Eltern — diejenigen Bildungsgänge durchlaufen kann, die seinen Begabungen und Neigungen entsprechen.

Ein Teil der Kommission ist folgender Auffassung: Die Umstellung der Ausbildungsförderung für Studenten auf Darlehensbasis entspricht dieser Zielsetzung, zumal sie eine Verringerung der Rückzahlungsleistungen unter besonderen Bedingungen wie etwa bei guten Examen oder beizeitigem Abschluß des Studiums, vorsieht. Damit wird ein sozialer Lastenausgleich erreicht, weil einem gutverdienenden Akademiker eine Zurückzahlung der Studienhilfe zugemutet werden kann. Es ist nicht gerechtfertigt, daß diejenigen, die nicht studiert haben, jenen Teil der jungen Generation mitfinanzieren, der eine Chance zum Studium hat. Bei der Ausbildungsförderung für Schüler muß eine dauerhafte Regelung gefunden werden, die soziale Härtefälle ausschließt und gewährleistet, daß keinem Jugendlichen der Schulbesuch auf Grund der Einkommensverhältnisse seiner Eltern verwehrt bleibt. Darüber hinaus ist zu überlegen, ob die Ausbildungsförderung nicht auf die Länderebene verlagert werden kann, zumal unterschiedliche Regelungen bei den Lehrmittel- und Fahrkostenerstattungen in den einzelnen Bundesländern bestehen.

Ein anderer Teil der Kommission vertritt folgende Meinung: Die beschlossenen Kürzungen im Bereich der Ausbildungsförderung verschlechtern die Chancen von Schülern und Studenten aus einkommensschwachen Familien erheblich. Wegen der hieraus folgenden, teilweise beträchtlichen Kürzung der Familieneinkommen, werden diese Schüler, insbesondere Mädchen, vom Besuch weiterführender Schulen in die Berufsausbildung abgedrängt. Dadurch verschlechtern sich wiederum die Chancen leistungsschwächerer Jugendlicher erheblich, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Die vollständige Umstellung der Studentenförderung auf Darlehen wird Kinder aus einkommensschwachen Familien von einem Studium abhalten, da sie vor einer Verschuldung in der dann zu erwartenden Größenordnung — zudem bei einer schlechten Arbeitsmarktlage — zurückschrecken dürften. Durch diese Maßnahme wird der Gedanke der Solidarität zwischen den Starken und Schwachen in unserer Gesellschaft sowie zwischen den Generationen verletzt.

Familie — Ort der Solidarität und der Geborgenheit

Unsere Gesellschaft muß kinderfreundlicher werden. Kinder gelten heute häufig als Störenfriede; es

wird nicht verstanden, daß ihr Verhalten oft nur Ausdruck einer verzweifelten Suche nach Liebe und Geborgenheit ist.

Geborgenheit, Lebenssinn, Mitmenschlichkeit und Solidarität können gerade von Jugendlichen in unserer Gesellschaft immer weniger erlebt werden. Vor allem auch deshalb sieht die Kommission Sinn und Ziel der Politik gerade darin, kleine Einheiten wie die Familie darin zu unterstützen, selbständig und lebensfähig zu bleiben. Familien sind Grundbestandteil eines Netzes kleiner, überschaubarer Lebenseinheiten. Sie sind von der Verfassung als Leitbild für unsere Gesellschaft vorgegeben. Gerade die Familie bietet die Chance, die Erfahrung von Verlässlichkeit und das Bewußtsein persönlicher Zusammengehörigkeit zu vermitteln, wie sie ansonsten kaum noch erlebt werden können.

Wohngemeinschaften, nichteheliche Lebensgemeinschaften

Vermehrt sind in den letzten Jahren andere Formen des Zusammenlebens zum Teil als Gegenstück, zum Teil als Ergänzung der Kern- und Kleinfamilie aufgekommen. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene haben sich in großer Zahl auf Zeit oder auf Dauer in Wohngemeinschaften zusammengetan. Heute gibt es, vor allem in den größeren Städten, Tausende solcher Wohngemeinschaften, die von nüchternen Zweckbündnissen zur Erleichterung des Alltagslebens und zur Kostenersparnis bis zu anspruchsvollen Formen solidarischer Gemeinschaften reichen. In der Regel sind die Anforderungen, die an den einzelnen in einer Wohngemeinschaft gestellt werden, nicht geringer als in der herkömmlichen Familie. Vielfach sind die Spannungen und Konflikte, die ausgehalten und gelöst werden müssen, durchaus ähnlich. Für einen Teil junger Menschen, insbesondere solche, die aus elenden sozialen Wohnverhältnissen und kaputten Ehen in eine Wohngemeinschaft gelangen, haben Wohngemeinschaften nicht selten eine unersetzliche Funktion als Raum der Geborgenheit und der Einübung sozialen Verhaltens. Wohngemeinschaften als Lebensraum von Kindern dagegen bedürften einer eigenen Betrachtung.

Die vielen nichtehelichen Lebensgemeinschaften unter jungen Menschen sind ein weiterer Versuch menschlicheren Zusammenlebens. Trotz der Ablehnung der Institution von Ehe und Familie wegen der negativen Erfahrungen in ihrer Herkunftsfamilie wünschen sich gleichwohl viele Jugendliche eine glückliche Ehe. Dies belegt auch die Tatsache, daß die meisten Jugendlichen neben dem Beruf das Leben in Ehe und Familie an die Spitze ihrer Wünsche für die Zukunft stellen. Dieser weite Ausgriff in die Zukunft schließt nicht aus, daß dieselben Jugendlichen neue Formen des Zusammenlebens erproben. In den nichtehelichen Lebensgemeinschaften wird eine tiefe Bindung ohne rechtliche Gebundenheit angestrebt. Das bedeutet nicht von vornherein, daß egoistische Motive dabei ausschlaggebend sind. In der Ablehnung einer institutionellen Bindung äußert sich nicht nur eine traurige Erfahrung aus scheiternden Ehen. Allerdings darf auch nicht über-

sehen werden, daß jede partnerschaftliche Beziehung davon lebt, daß die Partner sich auf Dauer binden wollen. Diese Notwendigkeit gilt für die Ehe und ebenso für nichteheliche Lebensgemeinschaften. Letztlich bleibt richtig, daß für das Zusammenleben der Menschen nicht allein die äußere Form, sondern auch und vor allem die inhaltliche Ausgestaltung dieses Zusammenlebens bestimmend ist.

Für ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Jugend und Staat in der Gemeinde

Eine große Chance, zu einem partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Jugend und Staat zu finden, bietet sich auf der kommunalen Ebene. Gemeinden, Städte und Kreise sollten im Bereich der Jugendförderung unbürokratischer vorgehen, vor allem bei der Beratung und Unterstützung von spontanen Initiativen, Förderkreisen und Selbsthilfegruppen.

Die Art, in der Kommunalverwaltungen auf die Anliegen einzelner Jugendlicher oder von Gruppen eingehen, prägt entscheidend das Bild, das die Jugendlichen vom Staat gewinnen. Angesichts der Konflikte über die Einrichtung von selbstverwalteten Jugendzentren und anderen Formen unkonventioneller Jugendarbeit stellt sich für die politisch Verantwortlichen im kommunalen Bereich die Frage, wie sie auf die Anliegen Jugendlicher kooperativer eingehen können. Jugendliche müssen Gelegenheit haben, eigene Erfahrungen zu machen. Sinnvolle Initiativen auf kulturellem und sozialem Gebiet sind zu unterstützen.

In den Gemeinden sollten deshalb jungen Leuten mehr als bisher Angebote für soziales Engagement gemacht werden. Hierbei ließe sich vor allem denken an die Betreuung von Kindern der Gastarbeiter, an Kontakte mit alten Menschen, an die Pflege Behinderter, an die Sorge um Drogensüchtige, an Selbsthilfegruppen arbeitsloser Jugendlicher, an das Engagement im Umweltschutz. Solche Bemühungen greifen die Bereitschaft zum Engagement auf und führen zugleich in die oft unbekannte Not von Mitbürgern ein.

Die Kommission regt außerdem an, in Modellen der Zusammenarbeit zwischen hauptamtlichen Mitarbeitern in Verbänden und Verwaltung und ehrenamtlich Tätigen der Bereitschaft zum sozialen Engagement Raum zu geben, ohne die ehrenamtlichen Leistungen an Belohnung und Bezahlung messen zu wollen und damit abzuwerten.

Jugendhilfe

Die Gespräche, Diskussionen und Anhörungen in der Enquete-Kommission haben gezeigt, daß sich Formen des Jugendprotestes auch im Bereich der Jugendhilfe widerspiegeln. Die Strukturverschiebungen in der Jugendhilfe haben ihren Grund in den neuen Problemlagen, die auch in diesem Bericht an vielen Stellen deutlich gemacht werden. Das Programm der Nationalen Kommission zur

Vorbereitung und Durchführung des Internationalen Jahres des Kindes 1979 hat bereits auf die Fehlentwicklungen und Defizite im Bereich der Jugend- und Familienförderung aufmerksam gemacht und Kirchen, Verbände, Organisationen, freie Zusammenschlüsse und Initiativen sowie Gemeinden, Länder und Bund zum Handeln aufgefordert. Die Enquete-Kommission ermutigt die freien und öffentlichen Träger, ihre verdienstvolle Arbeit im Interesse der Kinder, Jugendlichen und Familien trotz finanzieller Engpässe fortzuführen.

Die Kommission betrachtet Jugendförderung als eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe, die sich den Herausforderungen der veränderten gesellschaftlichen Situation stellen muß. Da mit den klassischen Instrumenten der Jugendfürsorge, der Jugendpflege und der Jugendsozialarbeit, die sich zwar in den letzten 60 Jahren im Rahmen des Jugendwohlfahrtsgesetzes bewährt haben, die Jugendprobleme der Zukunft nicht optimal gelöst werden können, fordert die Kommission langfristig eine Reform des Jugendhilferechts, um die Jugendförderung den sich gewandelten Anforderungen anzupassen. Eine neue gesetzliche Regelung wird weitgehend von den Finanzierungsmöglichkeiten der Länder und Gemeinden abhängig sein. Bis dahin sollte die Jugendförderung stärker als bisher die Eigenverantwortlichkeit der Jugendlichen im Auge haben und sie weniger aus dem Blickwinkel der Betreuung sehen.

Die Kommission weiß um die Bedeutung der Jugendverbände. Diese nehmen nicht nur wichtige Aufgaben im Bereich der Freizeitgestaltung von Jugendlichen wahr, sondern sie fördern auch deren soziales und gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein. Sie üben damit eine wichtige Mittlerfunktion zwischen Jugend, Staat und Gesellschaft aus. Die Kommission befürwortet Formen offener Jugendarbeit mit Initiativgruppen und Selbsthilfegruppen, mit denen eine größere Eigenverantwortlichkeit von Jugendlichen erreicht werden kann. Außerdem empfiehlt sie, die Mittel für die Förderung der Jugendarbeit nicht weiter zu kürzen.

Wohnraum als Lebensraum

Viele Jugendliche protestieren dagegen, daß Häuser und Wohnungen zum Teil jahrelang leerstehen. Es ist für sie unverständlich, daß sie auf der einen Seite keinen angemessenen Wohnraum finden, auf der anderen Seite Wohnraum über längere Zeiten hindurch nicht genutzt oder vernichtet wird.

Lösungen zur Hausbesetzerfrage

Zur Lösung des Problems der Hausbesetzer verweist die Kommission unter anderem auf das Londoner Beispiel. Danach hatten die Bewohner besetzter Häuser innerhalb bestimmter Fristen die Möglichkeit, die Legalisierung ihrer Wohnverhält-

nisse zu beantragen. Diese könnte auch mit Hilfe von Treuhandverträgen erfolgen, wie sie vom Sozialpädagogischen Institut in Berlin bereits praktiziert werden. Unterschiedliche Meinungen herrschen in der Kommission darüber, wieweit bei einer Legalisierung Strafbefreiung für Straftatbestände, die in unmittelbarem Zusammenhang mit Hausbesetzungen stehen, gewährt werden soll und ob in Zukunft neubesetzte Wohnungen — mit entsprechenden Auflagen an die Eigentümer zur Instandsetzung — sofort zu räumen sind.

In bezug auf die Hausbesetzungen in Berlin, die ein wesentlicher Anlaß für die Einsetzung der Enquete-Kommission waren, konnte man auch durch den Einfluß der Enquete-Kommission eine gewisse Entspannung erkennen; jedoch sind auf dem Weg zur tatsächlichen Umsetzung friedlicher Lösungen Rückschläge in der Richtung festzustellen, daß heute die Chance der längerfristigen Realisierung anderer Wohn- und Lebensformen und einfacher Instandsetzungen in bisher besetzten Häusern unwahrscheinlicher erscheint als vor einem halben Jahr.

Wohngemeinschaften sollten durch die Bereitstellung von ausreichenden Kontingenten aus dem Wohnungsbestand kommunaler Wohnungsgesellschaften unterstützt werden.

Außen- und Sicherheitspolitik

Zur Friedensproblematik

Ein großer Teil der jungen Generation glaubt, daß die Strategie des militärischen Gleichgewichts und die Doktrin der Abschreckung den Frieden auf Dauer nicht zu sichern vermögen. Zugleich erscheint es diesen jungen Menschen ungerechtfertigt, daß die Rüstungsausgaben steigen, während die Aufwendungen für Bildung, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für soziale Zwecke gekürzt werden und die Verelendung in großen Teilen der Dritten Welt zunimmt.

Militärische Friedenssicherung

Unsere Sicherheitspolitik beruht gleichermaßen auf der Verteidigungsfähigkeit, auf dem Verteidigungswillen und der Entspannungsbereitschaft. Kritische Fragen nach den Alternativen zu den bisher vertretenen strategischen Konzepten müssen ernstgenommen werden. Besonders berührt sind davon die herrschende Gleichgewichtstheorie, aber auch die grundsätzliche Frage, ob überhaupt der Friede durch eine fortgesetzte Anhäufung von Waffen gesichert werden kann. Erst durch eine offene Diskussion, die alle Alternativen umgreift, können nach Ansicht der Kommission sicherheitspolitische Konzepte auch für kritische junge Menschen einsichtig gemacht werden. Zugleich kann auch nur so erreicht werden, daß der Verdacht, hier handle es

sich um einen Konflikt zwischen „Friedensfreunden“ und „Kriegstreibern“, ausgeräumt wird.

Nach gemeinsamer Meinung der Kommission ist die Erhaltung des Friedens in Freiheit oberstes Ziel politischen Handelns. Frieden ist nicht ein Ziel unter anderen politischen Zielen, sondern die Bedingung von Politik überhaupt. Unterschiedliche Auffassungen bestehen in der Kommission darüber, auf welchem Wege Frieden auf Dauer gesichert werden kann.

Alternativen entwickeln

Ein Teil der Kommission vertritt hierzu folgende Auffassung:

Gegenwärtig stehen Fragen des Einsatzes atomarer Waffen und die Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa bzw. deren Reduzierung im Mittelpunkt der Diskussion.

Nicht zuletzt auf der Grundlage der Stellungnahmen der Katholischen Bischofskonferenz der USA oder des Reformierten Bundes in der Bundesrepublik Deutschland sollten nach Auffassung dieser Kommissionsmitglieder folgende Thesen im Rahmen der geforderten Diskussion um Alternativen der Sicherheitspolitik behandelt werden:

- Die Frage der militärischen Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland muß rationaler diskutiert werden. Eine Diskussion, die von vornherein eine Bedrohung unserer territorialen Integrität nur durch die Sowjetunion annimmt, ist unhistorisch und unrealistisch. Es ist im höchsten Maße zweifelhaft, ob die Sowjetunion über die notwendigen Ressourcen verfügt, eine solche Drohung auch wahrzumachen. Daß sie einen entsprechenden Willen habe, kann nicht unterstellt werden. Gleichwohl muß sie veranlaßt werden, auch ihre Waffensysteme — zumal die SS-20-Raketen — zu reduzieren.
- Wenn die Vorstellung, daß atomare Waffen Sicherheit bedeuten, falsch und gefährlich ist und daher aufgegeben werden muß, muß der Prozeß des Vor- und Nachrüstens zum Stillstand gebracht werden. Unter diesem Blickwinkel gewinnt die Verhinderung der Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise missiles einen historischen Stellenwert. Hier wird nicht nur über die Einführung neuer, gefährlicher Waffensysteme entschieden, sondern darüber, ob es gelingt, den Rüstungswettlauf zu stoppen und den Weg in die Katastrophe aufzuhalten und vielleicht umzudrehen. Hier wird auch entschieden, ob die Politik jene Glaubwürdigkeit zurückgewinnen kann, die sie braucht, wenn sie Sicherheits- und nicht Unsicherheitspolitik machen will. Damit wird selbstverständlich, daß auch die Sowjetunion ihre Europa bedrohenden Waffensysteme reduzieren muß. Entsprechender Druck muß auf dem Verhandlungsweg ausgeübt werden. Wenn es gelingt, den Rüstungswettlauf zu

stoppen und die Politik der Entspannung weiter zu festigen, ist dies auch unmittelbar von Vorteil für die Menschen in Osteuropa. Ihre Chancen der Selbstbestimmung werden auf Dauer nur dadurch erhöht, daß die militärische Bedrohung aus dem Westen nicht mehr als Vorwand für Unterdrückung dienen kann.

- Als erster Schritt zur Reduzierung der Gefahren aus den vorhandenen atomaren Waffen muß ein umfassender Verzicht auf ihren Ersteinsatz vereinbart werden.
- Die Gefahr, die von atomaren Waffen ausgeht, ist auf Dauer nicht mit Einsatzverzicht zu bekämpfen. Es geht daher um die Entwicklung eines Bewußtseins und die Entfaltung von Druck, um zu einem Abbau von Kernwaffen zu kommen.
- Ein wichtiger Schritt dazu wäre, daß diejenigen Länder, die nicht über atomare Waffen verfügen und auch nicht verfügen wollen, sich der Lagerung von Kernwaffen auf ihrem Territorium widersetzen. Dies würde, was ausdrücklich begrüßt wird, zu atomwaffenfreien Zonen in Europa führen.
- Die hiermit vorgeschlagenen Thesen stellen noch kein schlüssiges sicherheitspolitisches Konzept dar. Sie sind aber geeignet, zu einer Diskussion beizutragen, die auf die Ängste der Menschen angemessen reagiert und in einem Diskussionsprozeß — auch mit der Friedensbewegung — die Militarisierung des sicherheitspolitischen Denkens überwinden kann, andererseits aber auch Einsichten in die begrenzten Möglichkeiten gegenwärtigen sicherheitspolitischen Handelns vertieft.

Die Kommissionsmitglieder, die eine Diskussion über diese Thesen für sinnvoll halten, tun dies nicht zuletzt in dem Bewußtsein, die Kluft in den Meinungen unserer Gesellschaft über die Möglichkeiten und Gefahren der derzeitigen Sicherheitspolitik nicht noch größer werden zu lassen. Sie gehen davon aus, daß Friede und Freiheit auf Dauer nur zu sichern sind, wenn irrationale Feindbilder und die Konfrontation zwischen den Blöcken abgebaut, weitere gefährliche Drehungen der Rüstungsschraube verhindert und wirkliche Schritte zur Abrüstung unternommen werden.

Ein anderer Teil der Kommission vertritt folgende Ansicht:

Die NATO: Grundlage unserer Sicherheit

Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland baut auf den Grundsätzen von Frieden in Freiheit auf. Das Atlantische Bündnis, dem die Bundesrepublik Deutschland angehört, ist eine Gemeinschaft freier Völker, die auf der Grundlage demokratischer Herrschaftsordnung, sozialer Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit beruht. Dieses Bündnis

verbürgt unsere Unabhängigkeit. Es dient dem Frieden in Europa und in der Welt, weil es die Freiheit schützt. Dieses Bündnis bleibt die Grundlage einer Politik der Entspannung. Wir wollen aber durch Entspannung nicht nur stabile internationale Beziehungen schaffen, sondern als eine Gemeinschaft freier Völker mit friedlichen Mitteln für das Recht und die Freiheit derjenigen eintreten, die selbst in Unfreiheit leben müssen.

Rüstungsbegrenzung ist notwendig

Zum Abbau der Spannungen zwischen Ost und West sind heute mehr denn je Rüstungsbegrenzung, Abrüstung und Rüstungskontrolle notwendig. Die Spirale des Wettrüstens hat ungeahnte, friedensbedrohende Ausmaße angenommen. Immer weniger Menschen begreifen, warum Milliarden für Rüstung ausgegeben werden, während zwei Drittel der Weltbevölkerung in unvorstellbarem Hunger und in existenzbedrohender Not leben.

Ein Ende des Wettrüstens durch eine kontrollierbare wechselseitige Abrüstung ist heute dringender denn je. Das Nordatlantische Bündnis hat den Gewaltverzicht zur Grundlage seiner Politik gemacht. Die NATO hat die Aufgabe, Frieden und Sicherheit der Bürger Westeuropas zu garantieren. Im Gegensatz zur Sowjetunion, die nur auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichtet hat, verzichtet die NATO auf den Ersteinsatz aller Waffen.

Wer die politische Verantwortung für den Frieden trägt, muß seine Bürger vor Angriffen schützen können. Er muß diesen Schutz glaubhaft machen.

Abschreckung auf hohem Rüstungsniveau

Aus dieser Überlegung resultiert der Gedanke der Abschreckung. Potentielle Angreifer sollen von ihrem Vorhaben abgehalten werden, indem ihnen glaubhaft gemacht wird, daß sie mit einem Angriff ihre eigene Existenz aufs Spiel setzen. Was heute zunehmende Skepsis gegenüber dem Konzept der Abschreckung auslöst, ist weniger das Konzept an sich, sondern das hohe Rüstungsniveau, auf dem Abschreckung gewährleistet wird.

Die Sowjetunion hat durch Aufrüstung im nuklearen wie im konventionellen Bereich das militärische Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten fortlaufend verändert. Sie hat bewiesen, daß sie bereit ist, die ihr dadurch erwachsenen Fähigkeiten zur Durchsetzung ihrer außenpolitischen Ziele zu nutzen. Bei aller Anerkennung der Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion dürfen diese nicht zu Lasten von Frieden und Freiheit der übrigen Welt gehen. Die Entschlossenheit der Sowjetunion, notfalls mit militärischen Mitteln ihren Anspruch zu untermauern, erfordert von uns einen nüchternen Blick und die fortdauernde Anstrengung zu wirklicher Entspannung und Rüstungskontrolle.

So sehr das System der Abschreckung eines Angriffs heute auch in Frage gestellt werden mag, so unverzichtbar ist diese Abschreckung, solange nicht andere, wirksame Mittel der Kriegsverhütung und Friedenssicherung gefunden sind. Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden, es sei denn als Antwort auf einen Angriff. Um dies deutlich und glaubhaft zu machen, bedarf es fortlaufender vertrauensbildender Maßnahmen zwischen den Blöcken, aber auch zwischen den einzelnen Völkern.

Zur Notwendigkeit, das Rüstungsniveau in Ost und West zu verringern

Rüstungskontrolle und Abrüstung sind integrale Bestandteile der Sicherheits- und Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Durch Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung, aber auch durch begleitende vertrauensbildende Maßnahmen muß ein stabiles Kräftegleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau hergestellt werden. Besonders dringend und notwendig sind ausgewogene und nachprüfbar vereinbarte Maßnahmen über

- den vollständigen Verzicht auf amerikanische und sowjetische landgestützte Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite,
- einschneidende Verringerungen bei den interkontinentalstrategischen Systemen der USA und der Sowjetunion sowie vertrauensbildende Maßnahmen im nuklearen Bereich zwischen diesen beiden Mächten,
- eine substantielle Verringerung der Truppenstärken in Mitteleuropa mit dem Ziel übereinstimmender kollektiver Gesamthöchststärken auf der Grundlage vereinbarter Daten,
- militärisch bedeutsame vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural im Rahmen einer Konferenz über Abrüstung in Europa, für die das KSZE-Folgetreffen in Madrid ein präzises Mandat vereinbaren muß,
- ein umfassendes Verbot aller chemischen Waffen als Ergebnis der Verhandlungen im Genfer Abrüstungsausschuß,
- konkrete vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen zur Erhöhung der Transparenz und gegenseitiger Berechenbarkeit im militärischen Bereich.

Diese Kommissionsmitglieder wollen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland nicht; sie wollen eine Verhandlungslösung, die diese Stationierung überflüssig macht. Wenn dies gelingt, könnte ein Durchbruch in den gesamten Abrüstungsverhandlungen erzielt werden. Ziel ist und bleibt es, den Frieden zu sichern und mit möglichst wenig Waffen zu erhalten. Vom Erfolg der Abrüstungsverhandlungen hängt die Überlebensfähigkeit unserer Welt ab.

Internationale Aspekte

Nach gemeinsamer Auffassung der Kommission darf Sicherheitspolitik jedoch nicht allein auf militärische und strategische Gesichtspunkte verkürzt werden. Die Sicherung des Friedens erfordert den dauernden Versuch, die Ursachen von Spannungen und Konflikten zu beseitigen. Deshalb müssen die Bemühungen um einen gegenseitigen kontrollierten Rüstungsabbau energisch vorangetrieben werden. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, die weltweit eine Ursache für Spannungen und Konflikte darstellt, muß durch eine konsequentere Entwicklungspolitik bekämpft werden. Für das Verhältnis der Jugend zu ihrem Staat ist es von entscheidender Bedeutung, daß die moralischen Grundwerte der Verfassung — wie z. B. die Sicherung von Frieden und Freiheit — auch unsere internationalen Beziehungen und unsere Sicherheits- und Außenpolitik prägen.

Bundeswehr und Wehrpflicht

Die Bundeswehr ist das Instrument unseres Staates zur Sicherung des äußeren Friedens. Fragen der Wehrpflicht und der Kriegsdienstverweigerung sowie der innere Zustand der Streitkräfte beschäftigen junge Menschen naturgemäß in besonderem Maße. Die Kommission ist sich darüber einig, daß auf die allgemeine Wehrpflicht als Grundlage unserer militärischen Landesverteidigung auch in Zukunft — solange der Frieden militärisch gesichert werden muß — nicht verzichtet werden kann. Sie sichert die ständige personelle Ergänzung der Streitkräfte in dem zur Erfüllung des Verteidigungsauftrages erforderlichen Umfang. Außerdem verklammert sie Bundeswehr und Gesellschaft und wirkt damit einer Abkapselung und Eigendynamik der Streitkräfte entgegen.

Kriegsdienstverweigerung

Die Kommission war sich in ihrem Zwischenbericht einig, daß das bisher bestehende Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer abgeschafft werden sollte.

Ein Teil der Kommission hält das im Dezember 1982 beschlossene Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung aus folgenden Gründen für eine geeignete Lösung:

- Dem durch das Bundesverfassungsgericht bestätigten Grundsatz, wonach der Wehrdienst die Regel und der Ersatzdienst die Ausnahme darstellt, wird voll entsprochen.
- Gewissen kann nicht geprüft werden. Es findet keine Gewissensprüfung statt.
- Das bisherige höchst problematische mündliche Anerkennungsverfahren wird abgeschafft. Im Regelfall entscheidet künftig in der überwiegenden Mehrheit der Fälle in einem vereinfachten schriftlichen Verfahren das Bundesamt für Zivildienst über die Anerkennung aufgrund des

tatsächlichen Gesamtvorbringens. Durch die zentrale Entscheidung durch das Bundesamt für Zivildienst ist eine völlige Gleichbehandlung aller Anträge im gesamten Bundesgebiet sichergestellt. Der Antragsteller hat neben einer ausführlichen, persönlichen und schlüssigen Begründung einen Lebenslauf und ein polizeiliches Führungszeugnis vorzulegen. Das ist das mindeste dessen, was staatlicherseits verlangt werden muß, um annähernd zu erreichen, daß nur echte Verweigerer anerkannt werden. Da das Bundesamt für Zivildienst Nachfragen nur an den Antragsteller richten kann und ansonsten über den vorliegenden Sachverhalt hinaus keine Ermittlungen anstellen darf, kann es nicht zu einer „Schnüffelpraxis“ kommen. Soweit ein Antrag nicht schlüssig ist, findet keine mündliche Anhörung statt; vielmehr wird sofort entschieden. Diese Entscheidung kann wiederum umgehend einer Nachprüfung durch ein Verwaltungsgericht unterzogen werden.

- Der Ersatzdienst wird künftig so gestaltet, daß eine größere Gleichbehandlung als bisher unter den Zivildienstleistenden und im Vergleich zu den Wehrdienstleistenden erreicht wird. Es geht dabei weder um Abschreckung noch um Bestrafung, sondern um ein gerechtes Verfahren, das im Einklang mit der Verfassung steht. Künftig werden 90 000 Zivildienstplätze zur Verfügung stehen, so daß jeder anerkannte Verweigerer umgehend seinen Zivildienst anzutreten hat. In Zukunft wird es im Gegensatz zum jetzigen Zustand, wo Antragsteller in der überwiegenden Mehrheit der Fälle aufgrund der sich über viele Jahre hinschleppenden Verfahren wegen Erreichens der Altersgrenze nicht mehr zum Zivildienst herangezogen werden können, gerechter zugehen. Um die zusätzlichen Belastungen auszugleichen, die Wehrpflichtigen dadurch entstehen, daß sie in der Regel heimatfern untergebracht sind, in zeitlicher Hinsicht oft stärker in Anspruch genommen werden und noch für Wehrübungen zur Verfügung stehen müssen, dauert der Zivildienst in Zukunft ein Drittel länger als der Wehrdienst. Da das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 1978 (BVerfGE Bd. 48, S. 127—206) eine Verlängerung des Zivildienstes um mehr als die Hälfte der Dauer des Wehrdienstes zuläßt, ist diese Regelung verfassungsrechtlich unproblematisch. Sie kann letztlich auch mit dazu führen, daß in der überwiegenden Mehrheit nur noch echte Verweigerer einen Antrag stellen.
- Durch die zeitliche Begrenzung des Gesetzes wird erzwungen, daß der Deutsche Bundestag sich in Kürze mit dem Komplex der Kriegsdienstverweigerung wieder beschäftigen muß. Erfahrungen, die mit dem jetzigen Gesetz gemacht werden, können bei einer Fortschreibung des Gesetzes entsprechend berücksichtigt werden.

Ein anderer Teil der Kommission dagegen kritisiert das beschlossene Gesetz insbesondere in folgenden Punkten:

- Das Verfahren der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer wird entgegen den öffentlichen Ankündigungen der Bundesregierung nicht abgeschafft. Die vorgesehene Schlüssigkeitsprüfung erlaubt es, jeden Kriegsdienstverweigerer mit dem Hinweis auf die Unschlüssigkeit seiner Darlegungen abzulehnen oder einer mündlichen Prüfung zu unterziehen. Die gegebenen Möglichkeiten der Amtshilfe für das Bundesamt für den Zivildienst eröffnen einer Schnüffelpraxis Tür und Tor.
- Es besteht nach wie vor die Gefahr einer Benachteiligung für sprachlich Ungewandte.
- Die Verlängerung des Zivildienstes um ein Drittel der jeweiligen Dauer des Wehrdienstes geht über das vom Bundesverfassungsgericht in seinem vorstehend erwähnten Urteil verlangte Maß hinaus. Diese Verlängerung ist im Hinblick auf Artikel 12 a GG verfassungsrechtlich nicht haltbar.
- Die vorgesehenen Erschwerungen des Zivildienstes, wie heimatferne Einberufung und Kasernierung, sind sachfremd und bedeuten eine Ungleichbehandlung der Zivildienstleistenden im Vergleich zu denen, die Wehrdienst leisten. Diese Erschwerungen sind ebenfalls verfassungsrechtlich höchst problematisch.
- Die zeitliche Begrenzung des Gesetzes auf zwei Jahre zeigt, daß alle Neuregelungen unter dem Vorbehalt der Entwicklung des Personalbedarfs bei der Bundeswehr stehen. Dies ist im Hinblick darauf, daß mit diesem Gesetz die Inanspruchnahme eines Grundrechtes näher ausgestaltet wird, wiederum verfassungsrechtlich nicht haltbar.

Angesichts dessen erwartet dieser Teil der Kommission, daß die gekennzeichneten Mängel in der kommenden Wahlperiode beseitigt werden.

Nach gemeinsamer Auffassung der Kommission muß alles daran gesetzt werden, um in der ganzen Gesellschaft den Respekt vor dem Engagement von Zivildienst- und Wehrdienstleistenden zu erhöhen.

Zur Lage der Wehrpflichtigen

Die Kommission ist der Auffassung, daß neben den grundsätzlichen Fragen der Wehrpflicht und der Kriegsdienstverweigerung auch andere Probleme der Bundeswehr im Interesse der Wehrpflichtigen ernsthaft behandelt werden sollten.

Viele Soldaten klagen über Eintönigkeit und Leerlauf im Dienstablauf, vor allem nach der Grundausbildung. Ihre Aktivität und Kreativität werden zu wenig gefragt. Häufig vermögen sie Sinn und Notwendigkeit militärischer Auftragserfüllung und gegebener Befehle nicht einzusehen. Das Gefühl persönlicher Bindung und kameradschaftlicher Ver-

pflichtungen nimmt offensichtlich ab. Der starke Personalwechsel, der nicht in jedem Fall als unabdingbar hinzunehmen ist, sowie die ausgeprägte Heimatorientierung der wehrpflichtigen Soldaten sind weitere Ursachen dafür, daß die notwendige menschliche Komponente im militärischen Bereich häufig als nicht ausreichend empfunden wird.

Die Bundeswehr muß sich den drängenden Fragen nach Sinn, Wert und Notwendigkeit von militärischer Verteidigung im atomaren Zeitalter stellen. Auch auf der kleineren Ebene von Dienstbetrieb und Dienstgestaltung müssen sich die dort Verantwortlichen darum bemühen, dem berechtigten Drängen nach besserer Unterrichtung über Sinn und Zielrichtung erteilter Befehle gerecht zu werden. Die Unterstützung der Vertrauensmänner in der Bundeswehr und die immer neue Verwirklichung der Grundsätze der Inneren Führung sind für die Kommission unverzichtbar. Die Vorgesetzten müssen durch eine auftragsgerechte und sinnvolle Gestaltung des militärischen Dienstes, zu der vor allem Eigenständigkeit, Initiative und auch Phantasie gehören, ihrerseits dazu beitragen, daß das Wort von der „Gammelei“ endlich der Vergangenheit angehört. „Fördern durch Fordern“ ist eine auch für den militärischen Betrieb sinnvolle und notwendige Erkenntnis.

Der Wehrsold ist — entgegen manchen falschen Vorstellungen — keine Bezahlung für geleistete Arbeit. Gleichwohl sollte seine Höhe — wie bisher — periodisch den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden.

Kontroversen in den Parteien austragen

In den Parteien sollte die offene Darstellung abweichender Meinungen selbstverständlich sein. Dies gilt ebenfalls für die Parlamente. Auch hier sollten Positionen, die innerhalb der Fraktionen kontrovers sind, öffentlich ausgetragen werden, um nicht zuletzt auch eine Belebung der Debatten zu erreichen.

In offenen und lebendigen Debatten kann das breite Spektrum von Interessen und Vorstellungen über die Gestaltung der politischen Zukunft wieder deutlicher gemacht und über Möglichkeiten und Alternativen fair und ohne Verunglimpfung des Gegners gestritten werden. Die Parteien gingen zu meist davon aus, daß Konflikte allenfalls intern ausgetragen werden sollten, um der Öffentlichkeit ein Bild der Geschlossenheit zeigen zu können. Gerade die kritischen Fragen junger Parteimitglieder haben aber oft Anstöße dazu gegeben, hergebrachte Denkweisen zu überprüfen und sich für neue Probleme zu öffnen. Dies führt zwar oft zu innerparteilichen Auseinandersetzungen. Aber auf diese Weise wird auch die schwierige innerparteiliche Willensbildung als Prozeß sichtbar und verstehbar. Zugleich kann Außenstehenden so auch einsichtig werden, daß eine einmal nach harten Auseinandersetzungen gefundene Entscheidung auch von der unterlegenen Minderheit mitgetragen wird.

Öffnung der Politik

Der Prozeß der politischen Öffnung sollte sich auch auf die Auswahl der Kandidaten für Wahlen beziehen. Es dient der Orientierung der Bürger, wenn unterschiedliche Interessen und Auffassungen möglichst offen und die sachlichen und personellen Alternativen klar herausgearbeitet werden.

Die berufliche und soziale Herkunft von Mandatsträgern muß vielfältiger werden, wobei auch die Frauen stärker als bisher zu berücksichtigen sind. Voraussetzung hierfür ist eine stärkere Beteiligung der Parteimitglieder bei der Aufstellung der Kandidaten für öffentliche Wahlen.

Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit

Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit in der Politik spielen gerade für junge Menschen eine besondere Rolle. In der Öffentlichkeit wird immer wieder die Verfälschung von Partei- und anderen Interessen beklagt. Hierbei wird oft die Abhängigkeit der Parteien von einer Finanzierung durch Spenden angesprochen. Dem Eindruck, daß politische Entscheidungen aus Rücksicht auf finanzielle Zuwendungen oder aus persönlichen Interessen getroffen werden, muß durch eine klare Haltung der Parteien begegnet werden. Sie sollten deshalb eindeutige gesetzliche Regelungen hinsichtlich ihrer finanziellen Grundlagen finden.

Ehrenordnung für Parteien

Um eine mögliche Verfolgung persönlicher Interessen bei der Mandatsausübung zu verhindern, sollten sich die Parteien eine Ehrenordnung geben, wie der Deutsche Bundestag dies bereits getan hat.

Verfassungstreue im öffentlichen Dienst

Ein großer Bereich, in dem das Spannungsverhältnis von Toleranz und Schutz der Demokratie angesprochen ist, ist die Frage der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst. Der Ministerpräsidentenerlaß von 1972 zu dieser Frage hatte eine weitgehende Überprüfung von jungen Menschen besonders im Hochschulbereich zur Folge, da die Verwaltungen bei einer eventuellen Einstellung in den öffentlichen Dienst entsprechende Erkenntnisse zu haben wünschten. Die Überprüfung und das Einstellungsverfahren selbst führten nach Meinung eines Teils der Kommission zu einer breiten Verunsicherung junger Menschen. Sie hätten insbesondere nicht verstehen können, daß ein Eintreten für eine nicht verbotene, also legale Organisation gleichsam bestraft werde. Ein anderer Teil der Kommission ist dagegen der Auffassung, daß eine Einzelfallprüfung nur von denen gefürchtet werden müsse, die durch

ihre Handlungen als Verfassungsfeinde ausgewiesen seien. Es sei daher auch nicht gerechtfertigt, davon zu sprechen, daß das Prüfungsverfahren zu einer Entfremdung zwischen den jungen Menschen und dem Staat geführt habe. 1982 waren 339 Rechts-extremisten (1980: 362) im öffentlichen Dienst tätig. Linksextremistischen Gruppierungen wurden 1980 und 1981 2 360 Beschäftigte im öffentlichen Dienst zugerechnet. Die Kommission ist der Auffassung, daß an dem Grundsatz, daß jeder Beamte sich verfassungstreu zu verhalten habe, nicht gerüttelt werden darf.

Inzwischen haben der Bund und einige Länder die sogenannte Regelanfrage abgeschafft. Dies wird von einer Mehrheit der Kommission ausdrücklich begrüßt. Sie vertritt die folgende Auffassung: Bei Bewerbern ist grundsätzlich von der Vermutung der Verfassungstreue auszugehen. Eine Einstellung kann nur dann verweigert werden, wenn dieser Grundsatz aus dem verfassungswidrigen Handeln des Bewerbers heraus als widerlegt angesehen werden kann. Ein Schluß von der Mitgliedschaft in einer legalen Organisation auf verfassungswidriges Handeln ist nicht zulässig. Entsprechendes hat auch für Angehörige des öffentlichen Dienstes zu gelten.

Eine Minderheit der Kommission ist folgender Meinung: Die Regelanfrage muß beibehalten werden, um u. a. eine willkürliche Handhabung bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst zu verhindern. Eine Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst ist weiter erforderlich, um nach den Erfahrungen der Weimarer Republik eine Unterwanderung des öffentlichen Dienstes durch Extremisten unmöglich zu machen. Bei der Prüfung dürfen nur gerichtsverwertbare Tatbestände oder Vorgänge verwendet werden, die in der Regel unbeachtlich sind, wenn sie vor dem 18. Lebensjahr liegen oder älter als fünf Jahre sind. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 22. Mai 1975 (BVerfGE Bd. 39 S. 334—391) zudem festgestellt, daß die Nichteinstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst, die nicht die Gewähr der Verfassungstreue bieten, keine berufliche Diskriminierung bedeutet und damit die Verwendung des Begriffs „Berufsverbot“ falsch ist.

Polizeieinsatz und Demonstrationsrecht

Die Kommission ist sich der Spannung zwischen Toleranz und dem Schutz unseres demokratischen Systems bewußt. Dieses Spannungsverhältnis ist besonders deutlich geworden bei den unterschiedlichen Bewertungen von Demonstrationen. In diesem Zusammenhang ist das Verhalten der Polizei häufig kritisiert worden. Ein Teil der Bürger verlangt ein härteres Vorgehen gegen Demonstranten. Andere beklagen sich über eine unangemessene Härte beim Einsatz der Polizei. Die Kommission stellt klar, daß nur friedliche Demonstrationen von der Verfassung geschützt sind. Dieses Grundrecht darf weder eingeschränkt noch mißbraucht werden. Zwischen gewalttätigen und friedfertigen Demonstranten muß stärker als bisher unterschieden werden.

Die Kommission regt an, in Gesprächen zwischen den für die innere Sicherheit zuständigen Ministerien, Behörden und Experten zu prüfen, ob und in welcher Weise Einsatzmethoden der Polizei geändert werden können. Erfahrungen in einigen Großstädten und Erkenntnisse aus der Friedensdemonstration in Bonn vom Oktober 1981 könnten beispielgebend für künftiges Verhalten der Polizei und Demonstranten sein.

Dezentralisierung in der Gesellschaft

Die Kommission geht davon aus, daß unsere Gesellschaft auch in Zukunft arbeitsteilig organisiert sein muß, wenn wir der Verantwortung für ein menschenwürdiges Leben in der Welt gerecht werden wollen.

Dies heißt aber nicht, daß wir die Tendenz zu immer weiterer Zentralisierung und Machtkonzentration in Wirtschaft und Gesellschaft tatenlos hinnehmen müssen. Wo immer es von der Sache her möglich und sinnvoll ist, sollten Entscheidungen nach unten verlagert werden, damit allzu große Machtkonzentrationen vermieden und die Lebensbereiche für die Bürger durchschaubarer gemacht werden. Dies ist für Bestand und Weiterentwicklung der Demokratie unerlässlich, da die Möglichkeit, bei öffentlichen Aufgaben mitzusprechen und zu entscheiden, sie gegebenenfalls sogar selbst zu übernehmen, wesentlich davon abhängt, daß die Bürger Voraussetzungen und Folgen der anstehenden Probleme einigermaßen überblicken können. Darüber hinaus entsprechen kleinräumige Organisationsformen dem verbreiteten Bedürfnis der Menschen nach Überschaubarkeit und Geborgenheit.

Kleine Einheiten

Kleine Einheiten sind auch die Voraussetzung der von Jugendlichen erwarteten Selbstverwirklichung:

VI. Zukunftsperspektiven

Zukunftsbilder entwerfen

Das Gefühl der Ohnmacht, der Hoffnungslosigkeit, aber auch der Wut, die Verweigerung der Mitarbeit in Parteien oder der Ausstieg aus unserer Gesellschaft prägen weite Teile der Protestbewegung. Viele Jugendliche glauben, daß Politiker mit Höchstgeschwindigkeit eine Sackgasse befahren, deren Ende längst in Sicht ist. Sie hoffen nicht mehr auf eine Lösung der Krisen und eine Bewältigung der Gefahren, die Gegenwart und Zukunft prägen. Bestenfalls versuchen sie, durch außerparlamentarische Aktivitäten auf diese Gefahren aufmerksam zu machen; aber nur allzu oft wandern sie innerlich aus dieser Gesellschaft aus.

Ein überschaubarer Raum, in dem sie Freiheit und Verantwortung, Gestaltungsmöglichkeiten und Rücksichtnahme gleichermaßen erproben und lernen können, wo sie mit anderen arbeiten, solidarisch zusammen Konflikte bewältigen, leben und lernen und menschlichen Kontakt finden.

Dezentralisierung bedeutet im Bereich der Wirtschaft, daß wirkungsvolle Maßnahmen gegen Konzentration und Zentralisation und zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe getroffen werden müssen. Dezentralisierung im staatlichen Bereich heißt zunächst, daß öffentliche Dienstleistungen möglichst bürgernah erbracht werden müssen.

Dazu schlägt die Kommission vor,

- Aufgaben auf die niedrigstmögliche Ebene der Verwaltung zu verlagern,
- die unteren Ebenen, besonders die Städte, Gemeinden und Kreise finanziell so auszustatten, daß sie ihren vielfältigen Aufgaben nachkommen können,
- Maßnahmen zu ergreifen, um den Wirrwarr der Mehrfachzuständigkeiten abzubauen und
- die Entscheidungskompetenz der Verwaltungsbediensteten vor Ort zu gewährleisten.

Aktives Engagement und demokratische Entwicklung

Aktives Engagement vieler Bürger für unseren Staat ist unersetzlich für eine demokratische Weiterentwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gehört auch die Beteiligung an Bürgerinitiativen. Bürgerinitiativen und das Entstehen neuer Parteien zeigen, daß entgegen der Meinung vieler Kritiker das politische System der Bundesrepublik Deutschland flexibel auf die Anliegen der Bürger reagieren kann. Dies wird auch bei den Erfolgen deutlich, die manche Bürgerinitiativen in den letzten Jahren erreicht haben.

„Erwachsene denken praktisch, Jugendliche denken, die Welt steht ihnen offen. Aber die Welt ist perfekt, verwaltet; alles, was in ihr existiert, gehört irgend jemandem, ist Besitz; alles in ihr ist verteilt ...

Wo kann man noch schöpferisch tätig sein? Das Leben ist langweilig geworden. Einen Freiraum gibt es nur nach dem Tod, deswegen laufen so viele Jugendliche zu Sekten.“*)

*) Mitglieder der Ufa-Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk, anlässlich eines Besuches von Mitgliedern der Enquete-Kommission am 8. Februar 1982 in Berlin.

Heute blicken viele mit Angst und Pessimismus in die vor uns liegende Zukunft. Wenn Politiker das Vertrauen junger Menschen wiedergewinnen wollen, darf sich ihr Tun nicht nur in tagespolitischem Aktivismus erschöpfen, sondern muß Perspektiven für die Gestaltung der Zukunft aufweisen. Zukunft muß gewonnen, ja erkämpft werden. Aufgabe der Politiker ist es, Zukunftsbilder zu entwerfen und zu diskutieren, die als Leitlinie und Handlungsziel politischer Entscheidungen Orientierung vermitteln. Zwar wird politisches Handeln immer dem Irrtum ausgesetzt bleiben. Aber die offene und alternative Diskussion über Zukunftsvisionen befähigt uns, den Blick auf die wesentlichen Fragen zu konzentrieren und diese deutlicher zu sehen. Zukunft wird immer auch Risiken beinhalten. Wenn aber Politik wieder mehr über Ziele und die Wege dorthin spricht, ist es ihr vielleicht möglich, einen neuen Konsens über die Gestaltung unserer Zukunft zu schaffen. Politiker müssen den Mut haben, neue Wege zu gehen und Entscheidungen auch gegen Widerstände von Interessengruppen zu vertreten und durchzusetzen. Vielleicht gelingt es dann, die Angst vor den Risiken der Zukunft leichter zu ertragen und ein wenig von dem Unbehagen abzubauen, Politik erschöpfe sich in einer blinden Fortschreibung des Status quo.

Unser Ziel ist es, die negativen Folgen der Entwicklung zur Industriegesellschaft zu überwinden, ohne daß die materiellen Voraussetzungen eines erfüllten Lebens, sozialer Sicherung und einer notwendigen Unterstützung der Länder der Dritten Welt gefährdet sind.

Entwicklungshilfe als politische Aufgabe

Gerade weil im folgenden von der Zukunft menschlichen Zusammenlebens in der Industriegesellschaft die Rede ist, sei hier vorweg auf unsere Verantwortung für die Menschen in der Dritten Welt verwiesen.

Es ist die große gemeinsame Aufgabe aller Nationen, den Hunger in der Welt zu besiegen. Die Industrieländer haben ihren besonderen Beitrag dazu zu leisten, indem sie z. B. angepaßte Technologien entwickeln, die auf die sozialen und kulturellen Gegebenheiten eines Landes Rücksicht nehmen und Fachleute für die Nutzung dieser Technologien ausbilden und vermitteln. Technik und Wissenschaft rechtfertigen sich durch ihren Dienst am Menschen. Sie sind Werkzeuge, die der Mensch benutzt, um sein Überleben zu sichern. Entwicklungspolitik darf deshalb nicht heißen, unsere Technik anderen Völkern einfach aufzubürden und unsere Kultur anderen aufzuzwingen.

Der Mensch in der Industriegesellschaft

Der Mensch darf nicht zum Sklaven der technischen Entwicklung werden, sondern er muß die Technik für mehr Humanität nutzen. Ein hoher Grad an Spezialisierung und Differenzierung wird auch in Zukunft notwendig sein; aber gleichzeitig

gilt es, wieder eine Lebensweise zu verwirklichen, die den ganzen Menschen als Person mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Vermögen fördert.

Das Leben in der Industriegesellschaft ist heute für eine Mehrheit der Bürger gekennzeichnet durch

- einen geringen inhaltlichen Zusammenhang zwischen beruflicher Arbeit und Freizeittätigkeit,
- die Trennung der Lebensräume der einzelnen Familienmitglieder,
- die räumliche Trennung von Arbeitsfeld und Freizeitfeld,
- die häufig geringe Entscheidungsfreiheit am Arbeitsplatz und die subjektive Einschätzung hoher Dispositionsfreiheit in der arbeitsfreien Zeit,
- die Bewertung der beruflichen Arbeit nach Kriterien der Funktionstüchtigkeit und die Suche nach Sinn außerhalb der beruflichen Arbeit.

Die Kommission wendet sich dagegen, daß der Mensch oft ein anderer ist, je nachdem, ob er arbeitet, seine Freizeit verbringt oder sich in seiner Familie aufhält: Die unterschiedlichen Lebensbereiche des Menschen müssen in einen neuen, integrierenden Zusammenhang gestellt werden. Je freier der Mensch über seine Arbeitszeit, -gegenstände, -instrumente und -umstände verfügen kann, um so mehr wird er nicht nur in seiner Funktionstüchtigkeit bestätigt, sondern erlebt dort Lebenserfüllung.

Eine ganzheitliche Lebensperspektive zerteilt den Menschen nicht in seine einzelnen Funktionen, sondern vernetzt seine unterschiedlichen Lebensräume miteinander.

Humane Zielsetzungen für die Technik entwickeln

Die Probleme, die vor uns liegen, erfordern unsere ganze Phantasie; die Bewältigung eines weltweiten Strukturwandels, Partnerschaft mit den Entwicklungsländern, Schutz und Verbesserung unserer natürlichen Umwelt, die Sicherung unserer Energieversorgung durch eine bessere Energienutzung und Energiesubstitution und die Humanisierung der Arbeitswelt erfordern ein Höchstmaß an Kreativität und Phantasie. Sie erfordern aber auch Innovationen und technische Fortentwicklung. Durch die Technik ist es uns gelungen, unser Leben menschlicher zu gestalten, die Lebenschancen der Menschen zu verbessern und Lasten von den Menschen zu nehmen. Es ist nicht zu leugnen, daß bestimmte Formen der technischen Entwicklung große Risiken bergen und schlimme Folgewirkungen zeitigt haben. Aber wenn wir in Zukunft die mit unserer Technik verbundenen Risiken bewältigen wollen, müssen wir technische Lösungen unserer Probleme finden, die besser den natürlichen und sozialen Bedingungen des menschlichen Lebens angepaßt sind. Technik birgt die Chance zu mehr Menschlichkeit. Sie kann dazu beitragen, die Menschen vom Druck der Arbeit zu entlasten, gegen Krankheiten zu

schützen, das Niveau von sozialer Sicherheit und Wohlstand zu halten und dem einzelnen mehr Chancen zur Freiheit, Kreativität und Selbstverwirklichung zu bieten. Nicht Technik an sich steht zur Disposition, diskutiert werden muß über Art und Umfang technischer Nutzung. Wir haben es in der Hand, darüber zu entscheiden.

Aspekte des Arbeitsmarktes

Die politische Diskussion wird sich weit mehr als bisher Gedanken über die Veränderungen machen müssen, denen das Arbeitsleben in unserer Gesellschaft unterliegt. Scheint der Umfang der Erwerbsarbeit auch zu sinken, so werden doch die Chancen für sinnvolles Tun nicht geringer, wie sie vor allem im sozialen Bereich, im Umweltschutz, im Recycling und in Hilfen für die Dritte Welt bestehen. Viele der neu aufkommenden oder schon vorhandenen Bedürfnisse lassen sich gar nicht oder nur mit ganz erheblichen Nachteilen durch bezahlte Beschäftigung, durch Kommerzialisierung und Vermarktung decken. Deshalb werden in Zukunft eigenbestimmte Aktivitäten, die nicht unmittelbar dem Erwerb dienen, neben der reglementierten Erwerbsarbeit an Bedeutung zunehmen. Dazu gehört, daß besonders die Bedingungen für Eigenarbeit, für freie soziale Dienste auf Gegenseitigkeit und für den Austausch von Dienstleistungen in unseren Wohnquartieren verbessert werden.

Eine Prognose darüber, unter welchen Bedingungen und in welcher Form Arbeit in den nächsten Jahren organisiert wird, scheint kaum möglich. Wir können aber annehmen, daß durch den Fortgang der Technik und der Automation Erwerbsarbeit weiter zurückgehen wird und die Chancen für dezentrale Arbeitsplätze und selbständig organisierte Arbeitsformen steigen werden.

Technische Innovationen können dazu beitragen, Arbeitslosigkeit abzubauen. Neue Technologien und Produkte können zu mehr Beschäftigung führen, auch wenn ihr Rationalisierungseffekt in einigen Bereichen zunächst zu einer Verringerung der Zahl von Arbeitsplätzen beitragen kann. Investitionen, die bei der Bewältigung der derzeitigen Strukturkrise der Wirtschaft helfen, bieten sich nach Auskunft von Sachverständigen an bei:

- den Bearbeitungs- und Verfahrenstechniken (Umweltschutz, Energiegewinnung und -einsparung, Biotechnologien, neue Methoden der Rohstoffgewinnung),
- der Entwicklung und Nutzung neuer Materialien (Glasfaser, Verbundwerkstoffe, faserverstärkte Kunststoffe, Keramik),
- den Organisations- und Kommunikationstechniken (Satelliten, Faseroptik, Sensortechnik, interaktive Computer und neue Schnellbahnsysteme).

Insgesamt eröffnet die Herstellung von Produkten, die eine bessere Qualität und eine größere Umweltverträglichkeit garantieren, Technologien für die Einsparung und die Wiederverwertbarkeit von Roh-

stoffen. Der gesamte Energiesektor ermöglicht große, zum Teil sehr arbeitsintensive Investitionen.

Die strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes haben schon bis heute eine Fülle von Arbeitsplätzen wegfallen lassen, die durch neue Arbeitsplätze nicht mehr ersetzt werden konnten. Durch verstärkte Investitionen in Zukunftsindustrien kann allerdings eine Vielzahl von neuen Arbeitsplätzen geschaffen werden. Neue Wachstumschancen ergeben sich nicht nur im Dienstleistungsbe- reich; Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt oder zum besseren Schutz unserer Umwelt bieten neue Investitions- und Wachstumschancen, ohne daß notwendige strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt blockiert würden.

Humanisierung der Arbeitswelt

Unser Ziel muß es sein, entscheidende Fortschritte bei der Humanisierung der Arbeitswelt zu erreichen. Im Beruf muß der Mensch Selbstverwirklichung erfahren können, seine Fähigkeiten und Fertigkeiten anwenden, soweit als möglich selbständig und verantwortlich handeln können. Die Anpassung der Arbeitswelt an die Bedürfnisse des Menschen gehört zu den wichtigen sozialen Forderungen der Gegenwart und darf nicht nur von der Frage nach möglichen Produktivitätssteigerungen bestimmt sein. Eine menschengerechte Arbeitsgestaltung muß an die Stelle monotoner und zusammenhangloser Teilarbeiten möglichst solche Arbeitsaufgaben stellen, bei denen einzelne Arbeitsschritte als zusammengehörig und in sich abgeschlossen erkennbar werden. Dieses Ziel kann u. a. durch Arbeitserweiterung und Arbeitsanreicherung erreicht werden. Weitere Schritte zu diesem Ziel sind unter anderem:

- eine Humanisierung der Organisation des Arbeitsablaufs, etwa durch Entkoppelung von Fließ- und Transportbändern, durch Pufferungsmöglichkeiten zwischen Arbeitsgruppen, durch mechanische Handhabungshilfen, die monotone Arbeitsgriffe übernehmen können,
- die Einführung von Gruppenarbeit und die Entwicklung neuer Transportsysteme für die Gruppenarbeit,
- flexibles Gestalten der täglichen, wöchentlichen und jährlichen Arbeitszeit,
- die Erweiterung der Selbstverantwortung, insbesondere bei Arbeitnehmern im Fertigungsbe- reich,
- die Einbeziehung von Mitarbeitern in die Entscheidungsvorbereitung und in Planungsprozesse,
- die Entwicklung von Formen der Mitbestimmung auf Unternehmensebene, die dem einzelnen direkte Beteiligung und unmittelbare Teilhabe ermöglichen,
- die Einführung einer dezentralen betrieblichen Struktur, die die Übernahme von Mitverantwortung

tung unterstützt und die Bildung autonomer und teilautonomer Arbeitsgruppen begünstigt, denen Aufgaben der Arbeitsorganisation und der Aufgabenverteilung übertragen werden können,

- die Reduzierung des Termindrucks bei Arbeitsvorgängen, die wie die Fließbandarbeit nach wie vor monoton ablaufen, und die Möglichkeit, daß die Arbeitenden ihren Arbeitsrhythmus variieren können. Soweit Fließbandarbeit durch Gruppenarbeit nicht ersetzt werden kann, ist hier verstärkt von der Automatisierung Gebrauch zu machen.

Gerade in Zeiten eines schnellen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Strukturwandels ist es notwendig, schon in der Berufsausbildung zu berücksichtigen, daß eine Erstausbildung für ein ganzes Berufsleben meist nicht mehr ausreicht. Deshalb erscheint es sinnvoll, weitere und zusätzliche Ausbildungsphasen in das Berufsleben einzuschieben und die Hochschulen auch für Arbeitnehmer und Angestellte zu öffnen, um zusätzliche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen während des Berufslebens anzubieten.

Wachsende Bedeutung der Freizeit

Heute gibt es vielfältige Konflikte zwischen der Arbeitswelt und dem privaten Bereich der Arbeitnehmer, zwischen Arbeitsplatz, Familie und Freizeit. Gerade junge Menschen versuchen heute, Lernen, Arbeiten, Wohnen und Leben miteinander zu verbinden. Sie wollen in Teilbereichen die Arbeitsteilung überwinden und ihren Alltag sinnvoller und solidarischer gestalten. Auf die große Mehrzahl von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sind solche Modelle jedoch kaum anwendbar. Deshalb sind hier vor allem die Humanisierung der Arbeit und Freiräume für Eigenarbeit im privaten Bereich wichtige Ziele. Die Überwindung der strikten Trennung zwischen Arbeit und Freizeit erfordert neben der Gleitzeit eine Anpassung des Arbeitslebens an den Lebensrhythmus des Menschen. Ein Teil der Arbeitnehmer — darunter besonders viele Frauen —, die nicht das übliche Stundensoll in der Woche erfüllen wollen, wünschen häufig Teilzeitarbeitsplätze, weil sie mit einem Teileinkommen zufriedenstellend leben können oder darin eine Möglichkeit sehen, die Tätigkeit in der Familie mit ihrer Erwerbstätigkeit zu verbinden. Der starke Anstieg an Teilzeitarbeitsplätzen in den letzten Jahren hat jedoch auch zu einer Reihe von Problemen geführt, die eine bessere rechtliche und tarifvertragliche Ausgestaltung der Teilzeitarbeitsverhältnisse erforderlich machen. Deshalb ist der gleitende Übergang in den Ruhestand auszubauen.

Zur Durchlässigkeit zwischen Arbeit und Freizeit gehört auch eine stärkere Verknüpfung von Arbeit und Bildung. Informationen über die Arbeitswelt sind schon während der Schul- und der Studienzzeit möglich, wenn Praktiker in die Schulen gehen und Schüler und Studenten — etwa als Praktikanten — Betriebe kennenlernen. In bestimmten Studiengängen können Praktikanten-Semester vorgesehen

werden. Umgekehrt gilt für Arbeitnehmer, daß ihr Besuch von Abendkursen oder Berufsförderungsmaßnahmen vom Betrieb anerkannt werden soll und der Betrieb selbst Möglichkeiten der Weiterbildung fördert.

Für viele Menschen wird die Zeit, in der sie nicht erwerbstätig sind, in Zukunft wachsen. Freizeit bietet Chancen für Formen der Bildung, die nicht unmittelbar nur dem Zwecke der beruflichen Fortbildung dienen; sie ist eine Aufforderung, verstärkt gesellschaftliche und politische Verantwortung zu übernehmen; sie macht es möglich, sich mehr als bisher seinem Mitmenschen zuzuwenden, Nachbarschaftshilfe zu praktizieren, sich seiner Familie zu widmen, Formen der Selbsthilfe zu ergreifen und Produkte, die man bisher arbeitsteilig hergestellt hat und kaufte, selbst herzustellen. Freizeit in diesem Sinne bietet die große Chance, in unserer häufig als kalt empfundenen Gesellschaft neue Formen der Solidarität, der Mitmenschlichkeit und der Übernahme von Verantwortung zu entwickeln und zu praktizieren:

- Eine besondere Bedeutung besitzt die Förderung des Vereinslebens, insbesondere die Förderung kultureller und musischer Aktivitäten. Hierzu sollten Engagement und Initiativen ausdrücklich ermuntert werden.
- Die Enquete-Kommission unterstützt besonders alle Formen des freiwilligen sozialen Engagements und der Selbsthilfe von Bürgern. Dies kann dazu beitragen, den Mangel an Menschlichkeit in unserer Gesellschaft durch eigenes Handeln wettzumachen.
- Das Stadtteilleben in verschiedenen Stadtteilzentren bietet die Möglichkeit zur aktiven Betätigung, wie etwa zu Theater, Film, Zeitungsmachen.
- Alle Aktivitäten, die nicht nur auf ein passives Konsumieren hin angelegt sind, sondern eigene Initiativen enthalten, sollen gefördert werden; Straßen- und Quartiersfeste, Feiern und gesellige Veranstaltungen fördern den Kontakt der Bewohner untereinander; Bürger können sich auch zusammenfinden und für ihren Bereich selber Fernsehsendungen machen.

Freizeit bietet die große Chance, diejenigen Tätigkeiten zu fördern, die im Beruf zu kurz kommen. Arbeitszeit und Freizeit wären damit Bereiche, die sich wechselseitig ergänzen. Der Beruf verlangt Einseitigkeit und Konzentration, er bedeutet eine ständige Steigerung einer sektoralen Fachkompetenz. Freizeit kann dazu dienen, übergreifende Zusammenhänge verstehen zu lernen, sich auf das Wissen und auf das Urteil anderer einzulassen.

Wohnen menschlicher gestalten

Je weniger der einzelne seine Zeit der Erwerbsarbeit widmen muß, um so intensiver erlebt er sein unmittelbares Wohnumfeld. Die Bedeutung, die Wohnung und Wohnumfeld heute schon haben,

wird in Zukunft noch steigen. Deshalb ist nicht nur die ausreichende Bereitstellung von Wohnraum eines der drängendsten Probleme der nächsten Jahre; Wohnungen müssen zudem so beschaffen sein, daß sich ihre Bewohner in ihnen auch wohlfühlen.

Stadtplanung

Wir müssen deshalb zunächst Städte und Gemeinden als Wohnumfeld verbessern. Dazu ist ein behutsamer Umgang mit gewachsenen und verwachsenen Stadtstrukturen unabdingbar, um einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Funktionen von Wohnen, Arbeiten, Erholen und Verkehr im einzelnen Stadtquartier zu finden. Weder in der Gesamtstadt noch in einzelnen Stadtteilen dürfen Lücken entstehen, die zur Vernachlässigung einer der lebenswichtigen Funktionen führen. Es war falsch, in der Vergangenheit Gewerbebetriebe aus Wohnvierteln gänzlich zu verlagern. Wir müssen in der Flächennutzung viel mobiler werden und die unterschiedlichsten Nutzungsmöglichkeiten in einem Quartier zulassen. Neben der Nutzungsvielfalt brauchen wir eine Formenvielfalt, die allein gegen die erdrückende Monotonie mancher Trabantsiedlungen hilft.

Wenn die unterschiedlichen Funktionen des menschlichen Lebens in einem Stadtteil wieder vereinigt werden, so ist damit ein Stück überschaubare Umwelt geschaffen. Überschaubarkeit beinhaltet das Gebot der Dezentralisierung. Durch die Fortentwicklung der Technik wird es möglich, auch Arbeitsplätze und Produktionsstätten dezentraler anzubieten. Arbeitsplätze können dadurch räumlich besser verteilt werden, so daß im Kern und im Umland der Städte eine stärkere Funktionsverflechtung zwischen Wohnen und Arbeiten stattfindet.

Die Kommission empfiehlt, weit mehr als bisher bei der Flächennutzungsplanung die Mischung unterschiedlicher Funktionen zu berücksichtigen und zuzulassen. Nicht nur die Zahnarztpraxis oder der kleine Gewerbebetrieb kann in einem Wohnviertel Platz finden. Eine generelle Mischung von Wohnflächen und Arbeitsflächen ist möglich geworden. Der Städtebau muß heute vor allem noch einfühlsamer vorhandene Substanzen achten und erhalten, sie vorsichtig und behutsam zu lebenswertem Wohnraum aufwerten und erneuern. Stadtbilder sind die sichtbare Geschichte eines Volkes. Der Mensch soll sich mit ihnen identifizieren können.

Oberstes Ziel einer vernünftigen Städtebaupolitik muß deshalb sein, Stadtviertel und Quartiere zu erhalten, in denen es eine gewachsene Sozialstruktur gibt und Veränderungen in der Bausubstanz dieser Struktur anzupassen sind.

Soziale Beziehungen fördern

Nicht die baulichen Veränderungen, sondern die Sozialbeziehungen der Menschen untereinander haben Vorrang. Stadtplanung muß deshalb darauf ausgehen, durch eine behutsame Veränderung und

Erweiterung von Stadtvierteln Zugezogene an eine gewachsene Sozialstruktur heranzuführen und in diese einzupassen. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist es allemal sinnvoller, zunächst Baulücken zu schließen, bevor Neubausiedlungen auf dem freien Feld geplant werden.

Gerade in Neubausiedlungen, in denen sich eine soziale Infrastruktur nur allmählich entwickelt, leiden die Bewohner unter der strikten Trennung von Wohnen, Arbeit und Leben, wie sie heute in der Planung unserer Städte vollzogen wird. Auch als Folge dieser Planung und des starken Verkehrsaufkommens haben Kinder kaum eine Chance, in der unmittelbaren Nähe ihrer Wohnung zu spielen, ohne daß sie einer Gefahr für ihr Leben ausgesetzt sind. Erwachsenen ist es kaum möglich, sich in der Wohnstraße zu begegnen, gegenseitig zu helfen und Dienste füreinander zu übernehmen. Es kommt deshalb heute besonders darauf an, die Knüpfung kleiner sozialer Netze durch eine geeignete Stadtplanung zu unterstützen. Familie, Wohngemeinschaften, Nachbarschaft und selbstorganisierte Gruppen füllen ein Wohnquartier mit Leben und geben einem Stadtteil ein menschliches Gesicht. Solche Gruppen brauchen entsprechenden Wohnraum, der auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist. Eine Fülle sozialer Probleme wie Alkoholismus und Drogenkonsum, psychische Erkrankungen und Kriminalität sind zumindest teilweise durch eine fortschreitende Zerstörung dieser kleingesellschaftlichen Einheiten hervorgerufen worden. Durch ein enges Netz gemeinschaftlicher Beziehungen in einem Stadtteil werden die Isolation seiner Bewohner verhindert, menschliche Zuwendung unterstützt und Nachbarschaftshilfe gefördert.

Selbsthilfe unterstützen

Besondere Schwierigkeiten haben heute Wohngemeinschaften, die über die herkömmliche Größe der Kleinfamilie hinausgehen. Für Großfamilien müssen Wohnungen bereitgestellt werden, die ihren Ansprüchen gerecht werden. Wenn mehrere Personen gemeinsam ein altes Haus erwerben oder mieten und es in gemeinsamer Anstrengung instandsetzen und renovieren wollen, sehen sie sich fast unüberwindlichen Problemen gegenüber. Zunächst stellt sich bei gemeinsamen Selbsthilfeaktivitäten die Frage nach der rechtlichen und formellen Organisation der Gruppe. Selbsthilfeaktivitäten sollten mehr als bisher unterstützt werden. Deshalb müssen Genossenschafts- und Gemeinnützigkeitsrecht im Wohnungsbereich überarbeitet werden. Ebenso sollten Modellmaßnahmen, die auf eine Bereitstellung erheblich verbilligten Wohnraums abzielen, gefördert werden.

Die Kommission möchte Eigenarbeit und Selbsthilfe im Wohnungsbau gefördert sehen. Eigenarbeit der Bewohner bei Planung, Bau, Ausbau und während der Nutzungsphase setzt kooperatives Planen und eine veränderbare und flexible Baustruktur voraus, die es erlaubt, eigene Vorstellungen einzubringen. Als eine Alternative zum herkömmlichen Massenwohnungsbau bietet sich eine individuelle

Gestaltung an, die sowohl wohnungsintern die Wünsche des zukünftigen Bewohners berücksichtigen kann als auch wohnungsextern Erweiterungsmöglichkeiten bietet, wobei bei solchen Erweiterungen die Eigenarbeit der Bewohner einbezogen werden kann.

Jugendlichen Raum lassen

Durch ein dichtes Netz sozialer Beziehungen wird eine Gemeinde und eine Stadt übersichtlich und überschaubar, sie kann von ihren Bewohnern als Lebensraum unmittelbar erfahren werden und wird nicht als anonym, unwirtlich und unbehaglich empfunden. Sie bietet Gelegenheit, vielfältig an der Gestaltung des unmittelbaren Wohnumfeldes mitzuwirken. Gerade junge Menschen wollen oft nicht Perfektion; sie suchen einfach einen Platz, eine Fläche, wo sie sich treffen, ein Motorrad fahren oder Gitarre spielen können, einen Ort, wo sie auch einmal von den Erwachsenen unbeobachtet bleiben. Sie wollen kein perfektes „Kommunikationszentrum“ im Quartier; ihnen ist viel mehr geholfen, wenn sie ein altes Haus finden, das sie in eigener Verantwortung, etwa als Jugendzentrum, selbst gestalten und verwalten können.

Das Unbehagen vieler Jugendlicher, ihre Unzufriedenheit mit gewohnten Lebensformen und der dadurch begründete Wunsch, den eigenen Lebensraum selbst zu gestalten, äußert sich vor allem im Bedürfnis nach eigenem Wohnraum. Gerade in Ballungszentren konzentriert sich dieser Bedarf nach Altbauwohnungen, da der Zuschnitt dieser Wohnungen ein Wohngemeinschaftsleben eher begünstigt, als neuere Mietwohnungen und Altbauwohnungen zudem meist preiswerter zu haben sind. Jugendliche wollen in besonderer Weise Selbsthilfeaktivitäten entfalten, wobei der Wunsch nach einer persönlichen Gestaltung des Wohnraums und des Wohnumfeldes häufig noch stärker zur Selbsthilfe motiviert als die beschränkten Finanzverhältnisse, in denen junge Menschen in der Regel leben.

Neue Formen des Wohnungsbaus

Den Vorzügen bestimmter Bauformen, nämlich auf die Individualität des zukünftigen Bewohners zugeschnitten zu sein, stehen derzeit in der Bundesrepublik Deutschland eine Fülle von reglementierenden Vorschriften im Rahmen der notwendigen Genehmigungsverfahren entgegen. Es ist deshalb zu überprüfen, ob nicht statt der Fülle von Einzelvorschriften in der Folge des Bauordnungsrechts eine Qualitätskontrolle über das Instrumentarium eines Bewertungssystems abgewickelt werden kann, wie dies in der Schweiz schon heute praktiziert wird, um so eine größere Flexibilität bei der Planung von Wohnungen zu ermöglichen.

Angesichts der wachsenden Baukosten und des knapper werdenden Baulandes insbesondere in den Verdichtungsräumen sind Alternativen zu den drei konventionellen Bauformen — freistehendes Eigenheim, Reihenhaussiedlung und Mietwohnungen im Geschoßhochbau — zu suchen.

Schonender Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen

Ökologische Zusammenhänge beachten

Eine ungesteuerte und ungebremsste technisch-ökonomische Entwicklung zerstört den natürlichen Gleichgewichtsstand zwischen Mensch und Natur, der allein das Leben der Menschheit auf Dauer garantieren kann. Unsere Erde ist der Lebensraum für Milliarden Menschen und viele Millionen Tier- und Pflanzenarten. Über Millionen von Jahren befand sich diese Erde im ökologischen Gleichgewicht. Jetzt ist dieses System in Gefahr. Wir können diese Gefahr nur abwenden, wenn wir uns auf die ökologischen Gesetzmäßigkeiten unserer Welt neu besinnen. Wir müssen lernen, uns diesen Gesetzmäßigkeiten unterzuordnen und die Grenzen des Machbaren zu begreifen. Die schwerste Gefährdung droht dem ökologischen System durch die Vielzahl von künstlichen Großsystemen, die der Mensch ohne Berücksichtigung der Folgen und Auswirkungen geschaffen hat.

Eine Beachtung ökologischer Erfordernisse berührt alle Bereiche des menschlichen Lebens: Sie beinhaltet den Naturschutz und die Rettung bedrohter Tier- und Pflanzenarten. Sie verbietet die weitere Belastung der Umwelt durch Schadstoffe, Abgase und Abwässer und zwingt zu einem anderen, sparsameren Umgang mit Rohstoffen sowie zur Erforschung neuer Substitutionsmöglichkeiten. Sie gebietet die Auffächerung von Großsystemen in kleine, dezentrale und in die Umwelt eingepaßte Kleinsysteme und fordert von uns allen eine neue Denkweise. Auch dürfen wir Natur nicht konsumieren, wie wir andere Gebrauchsgüter verbrauchen, sondern müssen Natur respektieren und uns in sie einpassen.

Alle Bereiche politischer Entscheidung haben darauf Rücksicht zu nehmen, vor allem die Wirtschafts- und Regionalpolitik, der Städtebau und der Landschaftsschutz, die Verkehrspolitik, die Abfallwirtschaft, die Wasserversorgung, die Lärmeindämmung, die Energiewirtschaft und die Land- und Forstwirtschaft.

Gigantomanie verhindern

Als wesentliche Bedrohung wird heute, unabhängig von der jeweiligen Technologie, mehr und mehr die Größenordnung, die Maßlosigkeit im Gebrauch technologischer Möglichkeiten empfunden: achtspurige Autobahnen, manövrierunfähige Supertanker, weit überdimensionierte Brücken- und Stauprojekte, ausufernde Riesenstädte, Überproduktion und Raubbau an natürlichen Rohstoffen und vieles andere mehr. Aus dieser technologischen Gigantomanie erwachsen Gefahren und Risiken, die nicht mehr zu bewältigen sind. Dem stehen heute dezentrale, autarke Lebens- und Versorgungsmodelle entgegen, die auf der Basis von Selbsthilfe und Eigenarbeit funktionieren. Die Gigantomanie wird jedoch nicht nur durch eine Alternativökonomie bekämpft.

Zahlreiche Dienstleistungen, insbesondere die personenbezogenen, sind auf autonom-dezentrale Organisationsformen angewiesen, um die notwendigen direkten menschlichen Beziehungen verwirklichen zu können. Über die Produktion von Sachgütern hinaus werden hierfür soziale Phantasie, Kreativität und Teilhabe verlangt.

Umweltpolitik und Arbeitsmarkt

Die Enquete-Kommission fordert dringend, die Umweltpolitik in das Zentrum politischer Entscheidungen der nächsten Jahre zu stellen. Sie erhebt diese Forderung nicht zuletzt angesichts der günstigen arbeitsmarktpolitischen Folgen, die sich durch einen Ausbau der Umweltschutztechnologie und durch die Umstellung auf umweltgerechte Formen des Wirtschaftens ergeben. Bereits heute gibt es in der Bundesrepublik Deutschland über 1 100 Unternehmen, die Umweltschutztechnik und -beratung anbieten. Sie haben insgesamt etwa eine halbe Million Beschäftigte mit hoher Qualifikation. Der Umweltschutz hat schon in den letzten Jahren mehr Arbeitsplätze geschaffen als vernichtet. Zusätzliche Maßnahmen, wie etwa der Ausbau der umweltfreundlicheren Fernwärme, neue Formen der Energiegewinnung oder ein umfassendes Programm zur Gesundung von Flüssen und Seen können enorme Investitionen freisetzen. Umweltschutz und Beschäftigungspolitik sind kein Widerspruch. Umweltschutz ist im Gegenteil ein unmittelbarer arbeitsmarktpolitischer Beitrag. Es ist die Aufgabe der Politik kommender Jahre, Ökonomie und Ökologie miteinander zu versöhnen und die dienende Funktion der Technik für den umweltpolitischen Fortschritt bewußt zu machen.

Umweltfreundliche Technologien entwickeln

Angesichts der Fülle bisher erhobener umweltpolitischer Forderungen konzentriert sich die Enquete-Kommission auf folgende Vorschläge:

- Besondere Bedeutung hat heute die Abschätzung von Technologiefolgen und die damit zusammenhängende Technologiebewertung. Durch eine in den letzten Jahren wesentlich verfeinerte und exakter gewordene Analysetechnik ist es heute leichter geworden, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen technologischer Innovation abzuschätzen, um sie unter ethischen und politischen Gesichtspunkten besser bewerten zu können. Eine intensivere Diskussion über Technologiebewertung beinhaltet den Dialog über unsere Lebensvorstellungen und Ziele. Wir können politische Entscheidungen über die Einführung neuer Technologien nur dann verantworten, wenn wir Vorstellungen über die Gestaltung unserer Zukunft besitzen.
- Eine besondere Aufgabe stellt sich uns bei der Entwicklung dezentraler Technologien. Hier bietet sich gerade im Bereich alternativer Energiequellen die Möglichkeit, mittlere und kleinere Anlagen zu entwickeln, die wirtschaftlich arbeiten können und einen vergleichsweise guten

Energienutzungsgrad besitzen. Das gilt nach Aussage der Wissenschaft für Kohle-, Wind- und Solaranlagen in ähnlicher Weise. Unser Ziel muß es sein, darüber hinaus weitere Formen dezentraler Energiegewinnung und -nutzung wirtschaftlich sinnvoll zu machen.

- Ökologisch und ökonomisch sinnvoll scheint schon heute die Brauchwasserbereitung mit Sonnenkollektoren. Auch in unseren Breitengraden liegen dafür im Sommerhalbjahr günstige Voraussetzungen hinsichtlich der eingestrahelten Energiemengen vor. Außerdem können bereits mit wenig aufwendigen Kollektoren günstige Wirkungsgrade erzielt werden.
- Aber die Errichtung alternativer Energieanlagen wie Sonnenenergiekollektoren, Energiedächer und kleiner Windenergiekonverter kann das Erscheinungsbild von Siedlungen und Landschaften beeinträchtigen. Darum sollte auch bei diesen technischen Anlagen darauf geachtet werden, daß sie sich möglichst organisch in die natürliche und soziale Umwelt einfügen. Im Konfliktfalle muß eine Interessenabwägung erfolgen, die der Nutzung alternativer Energieanlagen ein genügend hohes Gewicht zumißt.
- Häuser, Siedlungen und Städte sind so zu planen, daß sie im Zusammenwirken mit den natürlichen Standortfaktoren wie Klima und Gelände zu einem Biotop mit lebensfördernden und umweltverbessernden Eigenschaften werden. Auf diese Weise könnte der Energie- und Rohstoffbedarf minimiert und auf regenerierbare Energien zurückgegriffen werden; Luft- und Wasserverunreinigungen durch Abwärme, Abgase, Abfälle und Abwasser können reduziert werden und die biologischen Standortbedingungen für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt verbessert werden.
- Bei der industriellen Produktion sind die Emissionen von Rückständen in die Luft durch alle möglichen Maßnahmen nachhaltig zu reduzieren, etwa durch Substitution, durch andere Produktionsprozesse und durch bessere Filter. Im Kampf gegen die Luftverschmutzung empfiehlt sich zudem der Bau kleinerer dezentralisierter Kraftwerke mit Wärme-Kraft-Koppelung.
- Biodynamische Anbauweisen sind besser zu erforschen und stärker zu fördern.
- Die Klärung von Abwässern ist zu verbessern, indem etwa der Bau von chemischen Kläranlagen vorangetrieben wird.

Der Verbrauch der Umwelt muß stärker als bisher auch als Kostenfaktor gewichtet werden. Umweltschutz zum Nulltarif gibt es nicht. Produktivitätsfortschritte müssen zum Teil auch dafür benutzt werden, bisher erfolgte Umweltschäden wettzumachen. Wer die Umwelt schädigt, muß dafür zahlen.

Entscheidungsspielräume offenhalten

Politik wird auf Dauer nur dann Vertrauen gewinnen können, wenn sie auch für die nachfolgenden Generationen Gestaltungsspielräume läßt. Wenn

die Generation, die heute politisch entscheidet, die Probleme der Gegenwart auf Kosten der Zukunft löst, darf sie sich nicht wundern, wenn junge Menschen gegen diese Politik protestieren. Die Enquete-Kommission nimmt deshalb den Protest junger Menschen zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß

wir die Kosten politischer Lösungen nicht nachfolgenden Generationen aufbürden dürfen. Wenn junge Menschen über ihre eigene Zukunft entscheiden sollen, dann ist es heute unsere Aufgabe, Zukunft auch offenzuhalten, damit Entscheidungen noch möglich sind.

VII. Folgerungen aus der Arbeit der Enquete-Kommission

Kritische Erwartungen

Während ihrer Tätigkeit sahen sich die Mitglieder der Enquete-Kommission häufig mit dem Argument konfrontiert, daß ihre Berichterstattung kaum Aussicht habe, politisch umgesetzt zu werden. Insbesondere in Gesprächen und Diskussionen mit Jugendlichen wurde die Vermutung geäußert, daß die Arbeit der Kommission folgenlos bleibe. Immer wieder tauchte der Hinweis darauf auf, daß man ein Problem durch die Einsetzung einer Kommission vertage, deren Bericht dann allenfalls zur Kenntnis genommen und mit Sicherheit aber zu den Akten gelegt werde. In dieser Einschätzung wird die Tätigkeit einer Enquete-Kommission als Alibi dafür angesehen, daß Politiker Probleme, die zur Entscheidung anstehen, ausklammern.

Aufgaben und Grenzen einer Enquete-Kommission

Gegenüber diesen Bedenken ist es notwendig, die Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen einer Enquete-Kommission zu verdeutlichen. Sie hat eine doppelte Aufgabe. Im Vordergrund ihrer Tätigkeit steht die sachliche und fachliche Aufbereitung des ihr im Parlamentsauftrag zugewiesenen Problemfeldes. Dabei sollte betont werden, daß die Kommission nicht versucht hat, eine wissenschaftliche Abhandlung vorzulegen. Dennoch war die wissenschaftliche Beratung und die Zusammenarbeit von Politikern und Wissenschaftlern im Rahmen der Kommissionsarbeit notwendig, um den Zusammenhang zwischen allgemeinen gesellschaftlichen Tendenzen und den konkreten Lebenserfahrungen des einzelnen zutreffend zu erfassen.

Nach einer Darstellung der Probleme soll eine Enquete-Kommission auf ungelöste Fragen hinweisen und — soweit möglich — Lösungen anbieten und auf Alternativen aufmerksam machen. Daneben hat sie — wie sich aus ihrer interfraktionellen Zusammensetzung ergibt — auch die Aufgabe, den Prozeß der politischen Konsensfindung im Parlament vorzubereiten.

Die Schwierigkeiten dieses Prozesses werden bei aller Gemeinsamkeit, die in der Arbeit der Kommission entwickelt werden konnte, auch in den gegensätzlichen Voten deutlich. In der Einschätzung der Realisierungsmöglichkeiten ihrer Vorschläge ist die Kommission nicht einig.

Ein Teil der Kommission ist der Auffassung, daß jene positive Utopie, die die Kommission beschrie-

ben hat, nicht ohne grundlegende Strukturreformen und ohne Konflikte mit den vorherrschenden Machtstrukturen zu verwirklichen sein wird. Da Machteliten, Bürokratien in Großbetrieben und öffentlichen Verwaltungen, marktbeherrschende Medien und Politiker in Machtpositionen sich durch ein hohes Maß an Beharrungsvermögen und an Beharrungswillen auszeichnen, ist die Befürchtung berechtigt, daß das Leben im Jahr 2000 nicht ohne weiteres entlang den von uns aufgezeichneten Linien humaner wird, sondern daß

- die Wucherungen des ökonomischen Prinzips zunehmen werden,
- Technik sich entsprechend unternehmerischen Eigengesetzlichkeiten und nicht entsprechend den Zielen der Humanisierung der Arbeitswelt weiterentwickelt,
- Jugendarbeitslosigkeit nicht ab-, sondern zunimmt,
- die Umwelt weiter zerstört wird,
- die Rüstungsproduktion nicht gebremst werden kann.

Wie wenig eine Enquete-Kommission ausrichten kann, sieht dieser Teil der Kommission daran, daß sich im Zeitraum zwischen der Vorlage des Zwischenberichts und dem Schlußbericht in entscheidenden Punkten Verschlechterungen in den jugendrelevanten Themenfeldern ergeben haben.

Nach Auffassung eines anderen Teils der Kommission können bei zäher und geduldiger Arbeit aller Verantwortlichen in den kommenden Jahren entscheidende Fortschritte bei der Bewältigung der Herausforderungen, wie vor allem Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Humanisierung der Arbeitswelt und Rüstungsabbau, erreicht werden. Positive Weichenstellungen, z. B. bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sind gerade in den letzten Monaten zu verzeichnen. Die humane Weiterentwicklung unserer Gesellschaft auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft bietet die Chance, den Idealen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität näherzukommen.

Mit der Zuleitung ihres Schlußberichtes an den Deutschen Bundestag als den Auftraggeber und seiner Debatte im Plenum findet die Tätigkeit einer Enquete-Kommission ihr Ende. Ihre Arbeit ist mithin zeitlich begrenzt. Auf die Annahme und Umsetzung ihrer Vorschläge und Empfehlungen hat sie keinen Einfluß. Damit sind die Grenzen ihrer Wir-

kungsmöglichkeiten abgesteckt. Die Phase der Realisierung der Vorschläge beginnt nach dem Ende der Kommission.

Für die Verwirklichung der Kommissionsempfehlungen sind in erster Linie der Deutsche Bundestag und seine Organe angesprochen. Soweit gesetzliche Änderungen angeregt werden, ist es Sache der zuständigen Bundesorgane, die Vorschläge einer Enquete-Kommission umzusetzen und sie in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Ob und in welchem Umfang der Gesetzgeber Reformvorstellungen einer Enquete-Kommission Rechnung trägt, ist von ihr selbst nicht mehr zu beeinflussen. Wohl aber haben ihre parlamentarischen Mitglieder die Möglichkeit, in Ausschüssen und Fraktionen die Kommissionsvorschläge mehrheitsfähig zu machen.

Auch setzt die bundesstaatliche Ordnung von vornherein den Einwirkungsmöglichkeiten auf Länder und Kommunen Grenzen. Wo sich die Kommissionsvorschläge an die Parlamente und Regierungen der Länder richten, ist die Verwirklichung allein Sache der Länder.

Ein großer Teil der Kommissionsempfehlungen richtet sich auch an gesellschaftliche Einrichtungen und an einzelne Bürger. In diesem staatsfreien Raum ist nichtstaatliches Handeln in Gesetzgebung und Verwaltung mit den entsprechenden Durchsetzungsmöglichkeiten gefordert, sondern es geht um Bewußtsein, Meinungsbildung und die Verhaltensweisen, die dem Bürger nicht verordnet werden können.

Politik als Prozeß

Die Enquete-Kommission ist der Auffassung — wie bereits an anderer Stelle dieses Berichts angespro-

chen —, daß auf den Jugendprotest nicht nur auf dem Gesetzgebungswege geantwortet werden kann. Neben den von ihr vorgelegten Empfehlungen gibt sie zu bedenken, ob nicht ein neues Verständnis von Politik erforderlich ist. Politik ist nach ihrer Auffassung stärker als Prozeß zu begreifen, an dem viele beteiligt sind. Politiker können in Zukunft immer weniger selbst und alleine Entscheidungen fällen. Statt dessen ist es notwendig, Betroffene möglichst frühzeitig und umfassend an der Diskussion und der Umsetzung politischer Entscheidungen zu beteiligen. Politik wird dann gewissermaßen zum täglichen Handeln möglichst vieler in allen Lebensbereichen. Politiker wachsen immer mehr in die Rolle, soziale Lern- und Entwicklungsprozesse anzuregen und mitzugestalten. Sie werden damit stärker zum Vermittler im Prozeß des sozialen Wandels. In dieser Rolle orientieren sie sich nicht nur an den lautstark vorgetragenen Interessen, sondern an den Bedürfnissen aller Gruppen in einer pluralistischen Gesellschaft. Sie sind darauf angewiesen, mit allen diesen Gruppen gesprächsfähig und -bereit zu bleiben.

Bereitschaft zum Zuhören

In diesem Sinne sieht die Kommission in der Bereitschaft zum Zuhören eine wichtige Voraussetzung für die kritische Überprüfung des eigenen Verhaltens und der daraus folgenden Veränderungen an.

Die Enquete-Kommission hat versucht, offen für alle Probleme und Meinungen zu sein. Das erfreulichste Ergebnis für sie war, daß — bis auf wenige Ausnahmen — auch die protestierenden Jugendlichen zum Gespräch bereit waren. Es liegt an den verantwortlich Handelnden in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, diese Bereitschaft positiv aufzunehmen.

Bonn, den 12. Januar 1983

Wissmann	Hauck
Vorsitzender	Stellv. Vorsitzender

